

1. Quartal 1993, 23. Jg., Nr. 1, Einzelheft DM 3,-

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

wut

was uns betrifft

Thema:

Strafvollzug

Im Blickpunkt:

Kriegsspiele

KONTROVERS
OHNE AUTO LEBEN?

INTERN



Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 25.01.93

der Frieden in Deutschland ist in Gefahr! Ich mache hier keine Witze, das ist mein voller Ernst. Nein, ich befürchte keinen Krieg. Ich vermute weder fremde Invasionstruppen jenseits des Bodensees, noch sehe ich grüne Männchen auf den Äckern. Ich bin sogar Optimist und glaube, daß wir die multikulturellen Probleme im Inneren unserer Gesellschaft in den Griff kriegen werden. Nein, das mit der Gefahr für den Frieden meine ich ganz und gar wortwörtlich: Das schöne und teure Wort „Frieden“, das als althochdeutsches „fridu“ einst den Menschen „Schonung“ und „Freundschaft“ verhieß, ist zu Beginn des Jahres 1993 ganz massiv bedroht, um genau zu sein: militärisch und politisch verfolgt!

Die Anfänge der Verfolgung reichen weit zurück. Seit eh und je sind die Militärs hinter dem Frieden her. Jüngere Beispiele wären etwa die Forderung „Friedensnobelpreis für die Nato“ oder die Behauptung, die Bundeswehr sei „die größte Friedensbewegung“...

Man hat sich schon fast daran gewöhnt. Auch daran, daß man die (bewaffneten) Blauhelm-Einheiten „Friedenstruppen“ (peace-keeping forces) nennt und ihren Auftrag „Friedensmissionen“. Als wären die Bezeichnungen „UNO-Kontrollgruppe“ und „Überwachungs- und Schutzauftrag“ nicht sachgemäßer.

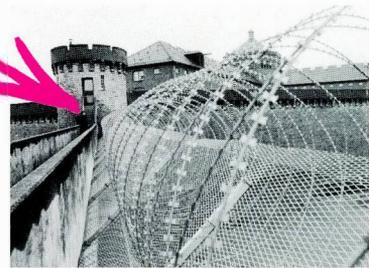
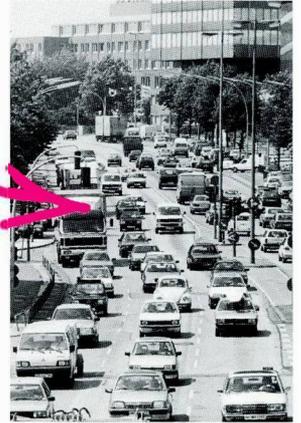
Was allerdings den Mißbrauch, die Vergewaltigung der Vokabel „Frieden“ auf die Spitze treibt, ist diese unsägliche Worterschöpfung von den „friedensschaffenden Einsätzen“ (peace enforcement). Dahinter steckt ja nun nichts anderes als: Krieg. In Bonn streiten die politischen Parteien derzeit heftig darüber, ob auch Bundeswehrsoldaten in den künftigen Kriegen sterben und sterben lassen sollen – „die neue Rolle Deutschlands bei der Sicherung des Weltfriedens“ nennt man das. Und Bundeskanzler Kohl hat angekündigt, daß er den Streit um „friedenserhaltende“ oder „friedensschaffende“ Einsätze (wörtlich „in die Wahlschlacht“ 1994 tragen werde. Aber diese Schlacht, so meine Befürchtung, dürfte das arg geschundene Wort vom Frieden nicht mehr überleben, denn: Wörter können aussterben, wenn sie niemand mehr gebraucht (einige haben dieses Schicksal schon lange dem Wort „Krieg“ zugegedacht), sie können aber auch am inflationären Gebrauch zugrunde gehen, weil ihre Bedeutung ausgehöhlt und ins Gegenteil verkehrt wird.

„Give peace a chance!“ – vielleicht sollte man John Lennon auch mal so verstehen: Gebt dem „Frieden“ politisches Asyl!

Herzlich Euer

INHALT

SEITE 3	3
IM BLICKPUNKT	4
Kriegsspiele	
PREISRÄTSEL	7
LESERBERICHT	8
Der Zivi als Sterbehelfer	
KONTROVERS	10
Ohne Auto leben?	
RECHT	12
Sich schützen kann nützen, 2. Teil	
wub-THEMA:	13
STRAFVOLLZUG	
Interview mit Rechtsanwalt Ulrich Hahn:	14
„Das Strafrecht abschaffen“	
„Mehr strafen nützt nichts“	16
Gefängniseseelsorge: Dienst inmitten von Widersprüchen	17
Freiwillig hinter Gittern – Freiwillige im Strafvollzug	18
Knastnotizen eines Totalverweigerers	20
SATIRE	21
UNTERWEGS	22
Begegnung in Israel	
PORTRAIT	24
Walter Fabian	
BUCHTIP	25
Rolf Winter: Wer, zur Hölle, ist der Staat?	
INFO	26
EINSICHTEN	28
Von Ernst Elitz	
BRIEFE	29
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
wub-ART	32
Henri Rousseau: Der Krieg – Ritt der Zwietracht	
Titel: Zellentrakt in der JVA Bruchsal Foto: A. Emmerling	



wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildiensteseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Gifhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 24 46 96. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Satz und Druck: Windhueter, Schamdorf. Repros: Sternstein, Stuttgart / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 49 000 / ISSN 0936-6520

Randnotiz

Wehrpflichtverweigerung durch Familienplanung: „Eine elegante, vom Gesetzgeber zugelassene Lösung“

Von Friedhelm Schneider

Daß im Deutschen Bundestag Ratschläge zur persönlichen Umgehung des Wehr- oder Zivildienstes erteilt werden, hat schon einen gewissen Seltenheitswert. Besonders ungewöhnlich ist es, wenn solche Tips aus dem Munde eines Staatssekretärs im Verteidigungsministerium kommen. Wir zitieren aus dem Protokoll der Bundestagssitzung vom 12.11.92 (in der es u. a. um den künftigen Bedarf an Wehrpflichtigen und die Nichtheranziehung verheirateter Väter ging):

Karl Stockhausen (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, würden Sie mir zustimmen, daß der betroffene Personenkreis das (Wehrpflicht-)Problem am elegantesten lösen kann, indem er zum Standesamt geht?

(Heiterkeit bei der SPD)

Bernd Wilz, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Stockhausen, es ist richtig, daß derjenige von den jungen Männern, der das in seinem Sinne lösen will, heiraten und sich Kinder anschaffen muß. Das ist eine elegante, vom Gesetzgeber zugelassene Lösung.

Die Bemerkung der Herren Stockhausen und Wilz verwundert. Sollte die Regierungsfraktion vergessen haben, was sie in früheren Zeiten regelmäßig über wehrunwillige „Drückeberger“ verlautbart hat („Die einen dienen, die anderen verdienen...“)? Oder werden in Bonn heute diejenigen als Drückeberger gesehen, die sich der Familiengründung entziehen und den Bedarf unserer Gesellschaft an künftigen Rentenzahlern und Wehrpflichtigen einfach ignorieren? Wer seiner Dienstplicht bei der Sanierung der Geburtenstatistik nachkommt, bekäme demnach die Erfüllung der Wehrpflicht erlassen, sein Beitrag zur Wehrgerechtigkeit läge sozusagen im Kampf gegen das Überhandnehmen der „Alterspyramide“... (- ist doch logisch, oder?). Vielleicht ist die parlamentarische Anregung, von der die Rede ist, auch ganz anders zu verstehen: Sie könnte eher zeichnerhaft gedacht sein, als eine Art humanitärer Geste, die nach dem Wegfall

des entmilitarisierten Status von Berlin künftigen Wehrflüchtlings einen neuen Hoffnungsschimmer bieten soll? An die Stelle der persönlichen Identifizierung mit einer entmilitarisierten Stadtinsel träte so das familienbezogene Engagement für neue gewaltfreie Keimzellen unserer gesellschaftlichen Ordnung... (- eine ebenso schöne wie staatstragende Vorstellung, nicht wahr?) Nicht auszuschließen ist auch ein dritter Erklärungsversuch: Sollte sich vielleicht das Geschichtsbild des Verteidigungsministeriums dem neueren Forschungsstand angepaßt haben? Sollten etwa die Zeiten vorbei sein, in denen die allgemeine Wehrpflicht nach französischem Vorbild als unverzichtbarer „demokratischer Maßanzug“ gepriesen wurde?

Erinnern wir uns: Auch in den Frühzeiten der allgemeinen Wehrpflicht in Frankreich galt, daß Verheiratete vom Militärdienst befreit waren. Wo immer Wehrpflichtige rekrutiert wurden, stieg die Zahl der Eheschließungen sprunghaft in die Höhe. Um dem Militärdienst zu entgehen, nahmen junge Männer bei ungünstiger Heiratsmarktlage auch wesentlich ältere Lebensgefährtinnen in Kauf. So ist aus Nordfrankreich überliefert, daß z. Z. der napoleonischen Kriege ein 18jähriger Wehrpflichtiger eine 80jährige Frau heiratete. Der zuständige Präfekt vertrat angesichts solcher Vorkommnisse die Ansicht, eine Befreiung Verheirateter zum Militärdienst dürfe nur noch ausgesprochen werden, wenn das Alter der angetrauten Wehrpflichtigen-Gattin 50 Jahre nicht überschreite... (Oktober 1813). Auch in den linksrheinischen Gebieten unter französischer Herrschaft (Rheinland, Pfalz, Saar) ist im Zusammenhang mit der geübten Wehrpflichtpraxis ein deutlicher Trend zur Frühehe festzustellen. Wie angesichts solcher Tatbestände „Lernen aus der Geschichte“ aussehen könnte, wird umstritten bleiben, denn über die Lebensqualität und -dauer von Familien, die mit militärischer Eheanbahnung zustande gekommen sind, liegen uns keine Erkenntnisse vor. Wir wagen es jedenfalls nicht, unsern Lesern hier ähnlich eindeutige Ratschläge zu erteilen wie Herr Staatssekretär Wilz. Vielleicht sollte sich zur Frage der Familien, die vorrangig zur Umgehung der Wehrpflicht gegründet werden, erst noch das Familienministerium äußern...

Letzter Aufruf!! KUNSTPREIS '93

WAS kann man einreichen?

Eigene Arbeiten aus den künstlerischen Bereichen Malerei, Zeichnen (Karikaturen), Grafik, Schnittechnik... (keine Plastiken, keine Fotos). Formate bis 50x70 cm ohne Rahmung, größte bitte mit Rahmung einschicken. Es steht jedem/r Einsender/in frei, den Kunstwerken eigene Kommentare, Aphorismen... beizufügen.

WER kann mitmachen?

Alle wub-LeserInnen, die uns ihre Werke einsenden. (Pro Frau oder Mann nicht mehr als drei!)

WIE lautet das Thema?

Wir legen kein Thema fest, aber wir schlagen vor, die Arbeiten diesmal unter das Motto „Es stand in wub Nr. .../92“

zu stellen. D. h. also, Berichte, Infos, Satiren, Fotos, Karikaturen aus dem wub-Jahrgang 1992 als Anregung für künstlerisches (Ver-)Arbeiten zu nehmen.

Wer die vergangenen Ausgaben nicht mehr zur Hand hat, der kann sie kostenlos bei uns mit dem Stichwort „Kunstpreis '93“ bestellen.

WAS passiert mit den Werken?

Die wub-Redaktion stellt eine Auswahl der Werke auf einer Ausstellung während des Deutschen Evangelischen Kirchentages in München (09.-13.06.93) aus. wub erhält für alle eingesandten Arbeiten die Abdruckrechte und veröffentlicht in Ausgabe 2/93 einen Vierfarb-Sonderdruck mit den besten Arbeiten. Eine unabhängige Jury bestimmt die Preisträger. Die Entscheidung wird am 15.04.93 bekanntgegeben. Die Werke werden nach dem Kirchentag den EinsenderInnen wieder zurückgeschickt.

WER vergibt die Preise

Entschieden wird die Preisverteilung durch eine Jury, bestehend aus einem Künstler, einem Kunstlehrer, zwei ambitionierten Zivis und Vertretern der wub-Redaktion.

WOHIN einsenden?

Ausreichend frankiert an: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, (dort gibt's auch Auskunft bei Nachfragen).

WANN ist Einsendeschluß?

Am 15.03.93, definitiv! (Poststempel)

WAS gibt es zu gewinnen?

1. Preis: 500.- 3. Preis: 150.-
2. Preis: 200.- 4.-10. Preis: je 50.-



Foto: epd/Leser

Mit Laser-Shootern, Luft-Luft-Missiles und Gotcha-Pistolen:

Jeder gegen jeden

Neue Kriegsspiele sind auf dem Vormarsch

Ich bin durchlöchert wie ein Sieb: man hat mir neun Treffer in die Brust und vierzehn in den Rücken verpaßt. Eigentlich müßte ich 23mal jämmerlich verbrannt sein. Aber tatsächlich sitze ich an der Theke und trinke als „Hobby-Killer“ (20 Volltreffer habe ich selbst auf dem Konto) unter „Kollegen“ in aller Ruhe noch ein Bier. War ja alles nur ein Spiel.

Deutschland spielt Krieg, und wub war dabei, für 16 Mark im „Laserdrome“, dem „Räuber- und Gendarmenspiel auf elektronischer Basis“.

Ein Bericht von Werner Schulz

Dieses Foto stammt aus dem „Laserdrome“ Werbefrospekt. Im Text heißt es vieldeutig: „It's more than just a game!“ Eigene Fotos durften wir nicht aufnehmen. Eine Foto-Lizenz erhält offenbar nur, wer eine wohlwollende Berichterstattung verspricht – was wir nicht garantieren wollten.



„Linker Arm durch die rechte Öffnung“, den Neulingen hilft der Geschäftsführer des „Laserdromes“ beim Einkleiden. „Das Pack muß richtig sitzen“, sagt er ernst und kontrolliert noch einmal alle elf Mitspieler. Das „Pack“, das ist unsere Ausrüstung. Wie eine Art doppelter Rucksack, je ein kleines Kästchen im Format eines Telefons vorne und hinten, wird sie um den Oberkörper geschnallt. Um die Hüfte zieht man einen breiten Gurt fest, und an dem baumelt – für Rechtshänder links – die ganze Herrlichkeit des Laser-Kriegers: Sag nicht Pistole, sag nicht Kanone, sag „Shooter“ dazu. Vom Design her erinnert das Ding eher an ein modernes Lackierwerkzeug als an eine Waffe. Es ist aus Kunststoff und ziemlich leicht, soll aber, wie mir Mitspieler Alwin erklärt, „wahnsinnig teuer“ sein. „Für das ganze Pack“, weiß er, „kriegst Du einen guten Mittelklassewagen“. Ich glaube ihm das, denn erstens kennt sich Alwin aus im „Laserdrome“, mehr als hundertmal sei er schon

drin gewesen, und zweitens hab' ich so kurz vor meinem ersten Mal irgendwie das Gefühl, es könnte nicht schaden, sowas wie einen Verbündeten zu haben – ein, wie ich inzwischen weiß, ziemlich törichter Gedanke, denn die Hauptregel des „Spiels“ heißt schlicht und einfach: jeder gegen jeden.

„Ein wirklich schöner, dunkelroter Lichtstrahl“

„Noch irgendwelche Probleme?“, fragt der Geschäftsführer und läßt uns Aufstellung nehmen. „Einer hinter dem anderen eine Reihe bilden!“ Eine Frau, merke ich erst jetzt, ist auch in der Gruppe. „Jetzt den „Shooter“ ausklinken und in Schulterhöhe nach oben richten!“ Das sieht nun aber doch arg nach Exerzierplatz aus, denke ich, aber noch ehe ich mir recht überlegen kann, ob ich da mitmache, geht's auch schon los. Laute Synthesizer-Musik aus allen Ecken, das

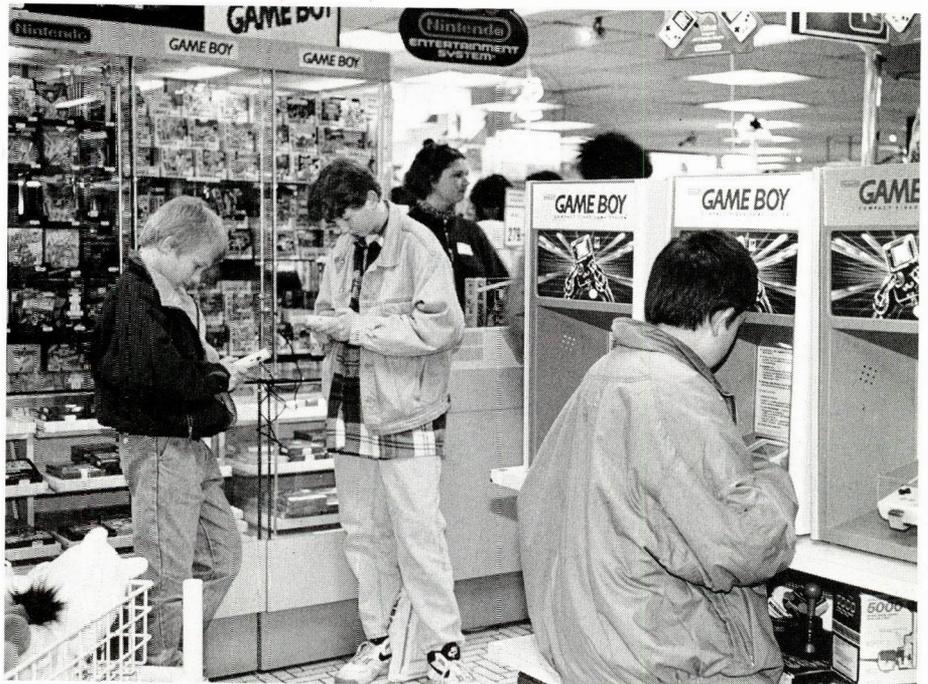
Licht wird gedämpft, und vor uns öffnet sich geheimnisvoll die große Stahltüre, lautlos verschwinden die Eisenplatten diagonal in den Ecken. (War's nicht so beim Raumschiff Enterprise?)

Hinter dem geöffneten Tor zucken Lichtblitze durchs Halbdunkel, es riecht nach künstlichem Nebel. Einer nach dem anderen müssen wir direkt unter einen gewissen Punkt im Türportal treten (ich werd' jetzt langsam echt aufgeregt), der Geschäftsführer drückt irgendwo an meinem „Pack“ auf einen Knopf und aktiviert so den Sensor und den Computer, der alle Schüsse und Treffer registriert. Die Musik wird noch lauter, noch ein Schritt und ich bin drin. Ich weiß: Mein „Shooter“ ist jetzt scharf und die anderen „Shooters“ sind's auch. Man sieht fast nichts, die beiden Mitspieler vor mir sind plötzlich im Nebel verschwunden; ich spüre Schweiß unter meinen Achseln. Irgendwo rechts rüber, denke ich, da müßte eine Wand

sein, vielleicht kann man da Deckung finden und erst mal abchecken, was die anderen tun. Aber plötzlich zucke ich zusammen, ein roter Laserstrahl kreuzt meinen Weg, nur wenige Zentimeter vor mir trifft er die Wand. Unweigerlich sacke ich in die Hocke und krabble hinter einen Mauervorsprung. So sieht das also aus, wenn man schießt: Ein wirklich schöner, dunkelroter Lichtstrahl, ein bis zwei Zentimeter dick, jagt wie der Blitz aus dem „Shooter“, sobald man auf den Abzug drückt. Die Reichweite scheint unbegrenzt, aber wirklich „ausschalten“ kann ich den Gegner nur, wenn ich einen der drei Sensoren am „Pack“ treffe, und die trägt jeder auf dem Rücken, auf der Brust und in der Spitze der Laser-Kanone.

„In jeder Hinsicht ungefährlich“

Inzwischen hat mich wieder jemand entdeckt und Dauerfeuer auf mich eröffnet. Ich versuche mich zu wehren, das heißt, ich schieße zurück, dorthin, wo der Laserstrahl herkommt und suche gleichzeitig Deckung – aber zu spät: Ich bin getroffen und zum ersten Mal „tot“. Mein Brust-Sensor hat den Treffer registriert, rote und grüne Lämpchen blinken auf, mein „Pack“ fängt an zu piepsen und signalisiert auf diese Weise mir und meinen Gegnern, daß ich jetzt für insgesamt sechs Sekunden nicht mehr verwundbar bin, aber auch solange nicht mehr schießen kann. Die sechs Sekunden reichen, um sich zu verstecken und sich eine gute Schießposition zu sichern, was ich auch tue, denn ich habe mich jetzt entschieden, hier nicht nur einfach beobachtend rumzulaufen und mich „abknallen“ zu lassen, sondern voll und ganz mitzuspielen. Hinter einem Haufen von Stahlfässern, die unübersehbar das Gefahrenzeichen „radioaktiv“ tragen, finde ich ein günstiges Plätzchen. Kaum habe ich mich dort auf die Knie niedergelassen, da kommt auch schon, völlig ahnungslos, mein erstes Opfer auf mich zu: Zielen, noch ein bißchen näher kommen lassen und dann ein kurzer Druck auf den Abzug und nochmal und nochmal – und, jawohl, getroffen, die rot-grünen Lämpchen blinken. Enttäuscht läßt mein Gegner seinen „Shooter“ sinken und macht sich davon. Und während ich zwischen den Fässern sitze – und aus diesem Hinterhalt heraus noch zwei weitere Gegner von vorne treffe(!) – kommen mir sehr starke Erinnerungen aus der Kindheit in den Sinn. Genauso war's doch damals, als wir Kinder „Räuber und Gendarm“ gespielt haben. Mit Spielzeugpistolen und Holzgewehren sind wir um Bäume,



Ziehen die Jugendlichen magisch an: Videospiele im Kaufhaus.

Foto: argus/R. Janke

Häuser und Autos geschlichen, haben lauthals „Peng-Peng“ gerufen und „Du bist tot!“.

Das „Peng-Peng“ rufen nimmt mir im „Laserdrome“ der Lichtstrahl ab, und auch die Streitereien, die wir als Kinder immer hatten, wer denn nun tatsächlich getroffen und „tot“ sei, entfallen. Am Ende drückt der Computer die Punktzahl aus. „Das Ganze ist nichts anderes als ein „Räuber- und Gendarmspiel“ mit den heutigen technischen Mitteln, in jeder Hinsicht ungefährlich“, hatte mir der Geschäftsführer erklärt, als ich mein „Ticket“, meine Eintrittskarte, kaufte. Mit „Kriegsspiel“ und „Abknalltraining“, wie das „Laserdrome“ von zahlreichen Kritikern, wie etwa der örtlichen Friedensgruppe bezeichnet wird, habe das Ganze überhaupt nichts zu tun. Es sei ein „sportlicher Spielspaß“, wie Bowling auch, oder Billard oder sonstwas.

Einer derartigen Bewertung der harmlosen Art kann aber zum Beispiel Hans-Werner Carlhoff, Leiter der „Aktion Jugendschutz“ in Stuttgart, ganz und gar nicht zustimmen. Für ihn sind solche Spielereien „der totale Wahnsinn“. „Ich bin erbost“, sagt er gegenüber wub, „daß solche Geschichten eine Zulassung der Behörden bekommen, denn was man hier „Spiel“

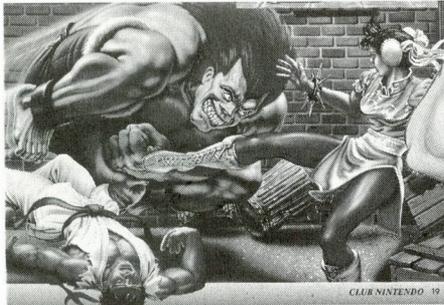
nennt, dient in Wahrheit einer weiteren Verrohung unserer Gesellschaft. Und was mich in diesen Tagen besonders ärgert, das ist die unglaubliche Inkonsequenz der Erwachsenen: Sie wollen, daß die Jugendlichen auf die Straße gehen und zeigen, wie sehr sie Gewalt ablehnen, wie friedvoll und tolerant sie sind. Aber gleichzeitig wollen die Erwachsenen, daß solche Einrichtungen (wie das „Laserdrome“, W. S.) genehmigt und gebaut werden und Geschäftemacher ihr Geld damit verdienen dürfen. Das ist doch paradox.“ Daß mit Einrichtungen wie dem Laserdrome tatsächlich Geld zu machen ist, läßt sich leicht errechnen: In dem knappen Jahr seit seiner Eröffnung hat der Geschäftsführer der Laser-Spielhalle im Stuttgarter Vorort Gerlingen 10000 SpielerInnen gezählt. Eintritt pro Nase: 16 Mark. Nach seinen Schätzungen wird es noch in diesem Jahr mindestens 20 weitere derartige „Spielplätze“ im Bundesgebiet geben.

Von Amts wegen mußte sich bislang weder der Jugendschutz noch die Polizei mit dem „Laserdrome“ befassen, denn Jugendlichen unter 18 ist der Eintritt verboten. Statt dessen werden die Jugendschützer mit Kriegsspielen anderer Art um so massiver konfrontiert: Computerspiele, Videogames. Da gibt es eine ganze Reihe von Spielen, die eindeutige Kriegsszenarien darstellen: An die SDI-Pläne z. B. lehnt sich das Spiel „Star Wars“ an, und hinter „Desert Strike“ steckt nichts anderes als der Golfkrieg. Das Spiel gegen die Besatzer Kuwaits belegt Platz vier der Mega Drive-Hitparade. Ein Zitat aus der „Fachzeitschrift“ „Video Games“: „Ihr fliegt über zerbombte Städte, mischt ein idyllisches Söldnerferienlager auf, beharkt die gegnerischen Geschützstationen und ballert Euch einen Weg hinter die feindlichen Linien“. Sehr beliebt sind auch Kampfflugsimulationsspiele wie „F15 Strike-Eagle“, „Steel Talons“, „Night trap“ oder der Kampfflug in der russischen „MIG 29“. „Video-Games“: „Euer Einsatzziel und Eure Bewaffnung sind vorgegeben: Greift Ihr am Boden liegende Ziele an, besteht euer Waffenarsenal hauptsächlich aus AA-7-Luft-Boden-Raketen; steht Euch ein aufreibender Kampf mit feindlichen Luftkräften bevor, habt

YOU HIT (+10)	FRONT	BACK	GUN	SCORE	13/01/1993 20:37	HIT YOU	FRONT (5)	BACK (4)	GUN (3)	SCORE
2	01	00	00	0010	LASER QUEST PACK NUMBER 19 GAME No. of PLAYERS Solo 11 SHOTS RATIO RANK 0307 08% 09 COLOUR BASES GREEN RED ◀ TOTALS ▶ GREEN SCORE 0135	2	00	02	00	0008
4	00	01	00	0010		4	04	00	02	0026
10	02	01	03	0060		7	01	01	00	0009
12	01	00	01	0020		10	00	01	01	0007
14	03	00	00	0030		12	00	02	00	0008
15	00	02	00	0020		14	00	00	02	0006
18	02	01	00	0030		15	01	00	00	0005
20	01	03	00	0040		18	00	01	00	0004
21	01	01	02	0040		20	03	05	02	0041
						21	00	02	01	0011
	11	09	06	0260			09	14	08	0125

Der Computercrunch: Acht Prozent Trefferquote – ein mieses Ergebnis für den wub-Redakteur.

ihr zielsuchende Luft-Luft-Missiles unter den Tragflächen.“ Oder wie wär’s mit „Super-Star-Soldier“ („Ihr ballert Euch durch unzählige Alien-Formationen bis zum Farbenfrohen Endgegner. Mit vielen intelligenten Extra-Waffen...“). Die Liste der Beispiele ließe sich fortsetzen. Und der Übergang von Kriegsspielen zu sogenannten „Action-Spielen“, wie „Streetfighter“ oder „Super Dragon’s Lair“ oder die Ballerorgie „Super-Turrican“, bei denen auch fast ausnahmslos gekämpft, geschlagen, gestochen, gehauen, gebrandschatzt... wird, ist fließend.



Vom Video-Game zum „Battle-Tech-Center“

Rund 170 Video- und Computerspiele wurden bislang von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert, das heißt für den Verkauf an Jugendliche gesperrt. Aber der Erfolg solcher Maßnahmen scheint selbst den Jugendschützern fraglich, denn die Kontrolle solcher Verbote ist praktisch unmöglich, weil Jugendliche die Software eher tauschen als kaufen. Und oft werden Raubkopien durch Indizierungen erst richtig wertvoll. Hinzu kommt, daß die Entwicklung solcher Spiele in einem atemberaubenden Tempo verläuft. Auch das Angebot auf den 50000 TV-Spielgeräten in den Gaststätten und die Software in den 6000 Spielhallen wandelt sich schnell. Demnächst wird zum Beispiel in Frankfurt ein neues Super-Video-Spiel eröffnet, ein Import aus den USA: das „Battle-Tech-Center“. Bis zu 16 Spieler werden auf miteinander vernetzten Bildschirmen „Krieg der Sterne“ spielen und mit den „Joysticks“ ballern, was das Zeug hält. Das Universum, ein einziges Schlachtfeld.

Dagegen nehmen sich die Kriegsspiele, mit denen sich die Polizei in deutschen Großstädten gegenwärtig beschäftigen muß, nahezu steinzeitlich aus: „Gotcha“ heißt das Reizwort, dem, wie der Spiegel berichtet, „tausende von Bundesdeutschen“ bereits erlegen sind. Mit Druckluftgewehren werden Farbkugeln auf die Mitspieler abgeschossen, am Ende wird sichtbar, wer wen getroffen hat. Der Name stammt vom amerikanischen Ausdruck „I got you“ ab. Die Waffen sind ab 18 frei verkäuflich, dürfen aber in der Öffentlichkeit nicht getragen werden. Schüsse aus nächster Nähe können tödlich sein. Mehrfach wurden „Gotcha“-Spieler, die sich wie Soldaten mit Tarnanzügen und Helmen schützen, in Parks erwischt und angezeigt. In München waren es, laut Auskunft der Polizei, vor kurzem 15 Jugendliche.

Ein Treffer – 10 Punkte

Nach genau einer Viertelstunde geht unseren „Shootern“ im „Laserdrome“ die Puste aus, der

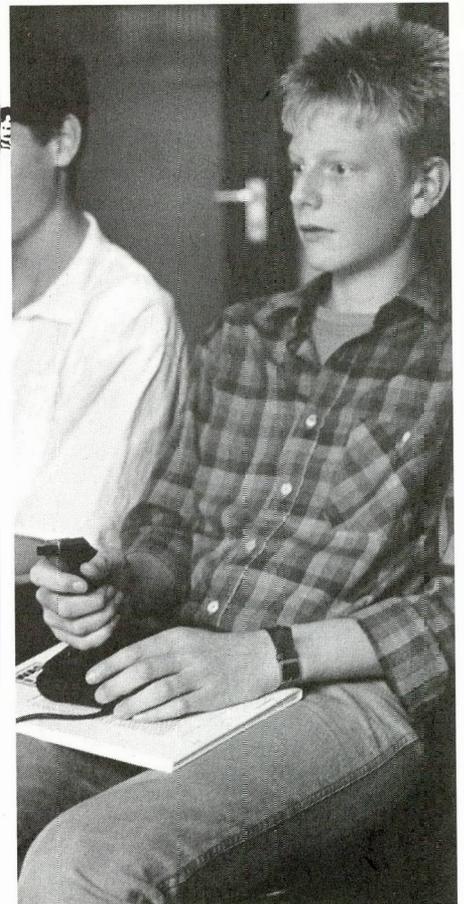
„Spiel-Spaß“ ist vorbei – und mir reicht es jetzt auch, die Sache fing langsam an langweilig und die Luft unerträglich zu werden. Das Innere des Spielsaales ist phantasielos gestaltet, labyrinthähnliche Bretterwände, ein paar Eisenfässer, das ist alles. Man kann sich verstecken und man kann andere Mitspieler aufspüren und „killen“ – viel mehr ist einfach nicht möglich. Draußen vor der „Raumschiff-Tür“ hängen wir unsere „Packs“ auf und warten gespannt auf die Computer-Auswertungen, die uns der Geschäftsführer austeilt. Jeder Treffer gibt 10 Punkte. Mitspieler Alwin zieht sich weiße Pflasterstreifen



Geboren : 23.12.1960
Geburtsort : USA
Größe : 182 cm
Gewicht : 86 kg

Guile ist ehemaliges Mitglied eines militärischen Spezialkommandos. Vor mehreren Jahren geriet er bei einem Einsatz im Urwald Asiens in Gefangenschaft. Nach Monaten gelang ihm die Flucht, die ihn durch die Hölle des Dschungels führte. Nur unter Anwendung seiner antrainierten Einzelkämpferinstinkte überlebte Guile. Dieser erlebte Alptraum tötete den Menschen in Guile, er wurde zur gefühllosen Kampfmaschine.

„Streetfighter Guile“ mit Biographie in der Zeitschrift „Video Games“.



Mit dem „Joystick“ ballern was das Zeug hält.

Foto: Voss/prevant

vom rechten Zeigefinger, die er sich, wie ein Profi-Bogenschütze, zum Schutz vor Blasen aufgeklebt hatte. In kleinen Gruppen stehen die Spieler beieinander und diskutieren heftig über Trefferquoten, Punkte, Rangzahlen. Ich staune: Alwin hat 12mal soviel „shots“ abgefeuert wie ich – und ich bin nur der Vor-Vorletzte. Das schöne am „Laserdrome“, meint der Geschäftsführer, sei eben auch, daß man etwas mit anderen zusammen machen könne, nicht nur alleine vor dem Spielgerät sitze, sondern echt „miteinander kommuniziere“. Wo er recht hat, hat er recht: Einige von uns setzen sich an die Theke zum Bier; „sich miteinander abschießen“ macht durstig.



Foto: Visum/Michael Wolf

röm. Gruß		Einsiedler (Mz.)	chem. Zn. f. Radon	Himmelskörper	chem. Zn. f. Tellur		Stadt i. Sauerland	Augenblick		Tierprodukt Männernamen		
Gegenteil v. Rache				⑦			⑭					Zug
Einbringen d. Früchte						außerird. Filmfigur		Papagei	Wintersportgerät			
freiwilliger Helfer, Sanitäter	Schulprüfung		Flächenmaß		gleichgültig					Sinnesorgane		
	⑮								Gewichtseinheit (Abk.)		Bruder Moses	
Frucht						Prophet z. Zt. Davids				④		
engl.: es									ägypt. Sonnengott			Name unbek. (Abk.)
jetzt									fränk. Hausflur			
									franz. Verneinung			
			Maß d. wiederh. Straftaten						Urwaldtier	Fehlos		NW-Dt. Fluß
		griech. Göttin d. Verblendg.										Kfz-Kz. v. Spanien
lebensverkürz. Handlung			Kfz-Kz. v. Haiti	Psyche (Mz.)		Oper v. Verdi		Laufende Bilder				
										②	Muskelzucken	
Kriechtier						Musikstück f. 2 Pers.						Schädlinggift
Sitzmöbel	letzter griech. Buchst.		chem. Zn. f. Silber	Frau Jakobs				Gefängnisinsasse	Schwur			
				Frauenzeitschrift		Societas Jesu (Abk.)	eirund		röm. Zahl f. 500	Osteuropäer	⑬	
Teil der künstl. Ernährung									①		1 Bundesinnenminister	
semit. Gottesbez.	⑫		Muscheln	Justizvollzugsanstalt (Abk.)				Sozialhilfe (Abk.)				Huftier
längster Fluß Norwegens			⑤			der 7. Planet		arom. Getränk				
it.: Wasser				Witz				⑧	Gefrorenes			
neues Kriegsspiel	Stilpöche d. Kunst			Auerochse		chem. Symbol f. Jod		schmale Stelle	gr. Unfall im AKW			
Musikzeichen				⑰		Flächenmaß	Tier m. Saugnapfen					
				russ. Monarch	chem. Zn. f. Natrium		Schweizer Kanton			③	Opposit. zu Yang	
3-Ton-Intervall		⑨			südamerik. Staat							
ehem. Partner Tina Turners	Gegenteil v. trocken				⑥	Segelkommando			Stromstärkeinheit (Abk.)			
			chem. Zn. f. Radium		Kreis-messg. Zahl		⑩	engl. Prinzessin				⑯

1/93
wub
was uns betrifft
Rätsel
Gesucht: Motto wider den Zeitgeist

Die Lösung des wub-Preisrätsels 4/92 lautete: „Mehr Demokratie wagen“

Die Gewinner der drei ersten Preise sind:
Michael Buck, Nürtingen
Silvia Stapf, Herlebach
Carsten Buck, Freiburg

Alle GewinnerInnen werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen! Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen. Lösungssatz auf eine Postkarte schreiben und unter lesbarer Absenderangabe an:

wub-Redaktion – Werner Schulz
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1
schicken.

Einsendeschluß ist der 02.04.1993 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: Kurt Tucholsky – Gesamtausgabe in zehn Bänden

2. Preis: Rolf Winter: „Wer, zur Hölle ist der Staat?“ (s. S. 25)

3.–10. Preis: Freimut Wössner: „Naturbelassen“ (s. S. 21)

11.–20. Preis: je ein wub-Freiabo für ein Jahr.

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

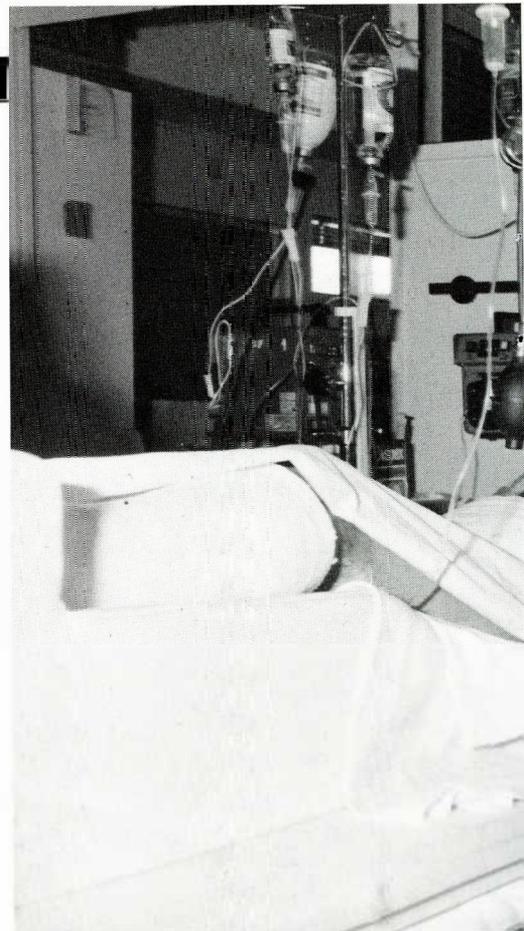
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18			

Behr. wub: Anregung/Kritik/Lob:

Der Zivi als Sterbehelfer?

„Man verlangte, daß ich den Mann vor meinen Augen verhungern lasse“

Von ZDL Jan Pauly



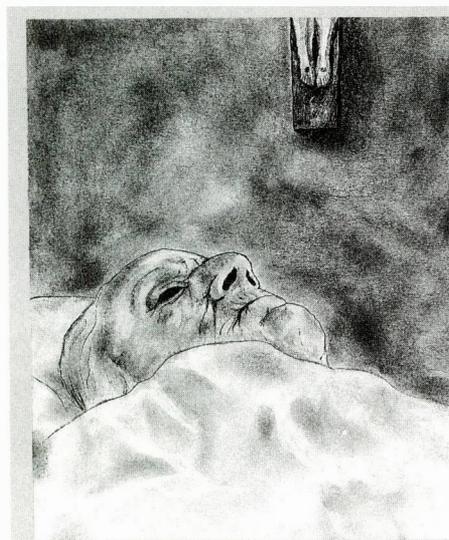
Dienst auf einer Sozialstation. Der ganze Wechsel war eine heikle Sache und ich will mal versuchen, einigermaßen objektiv zu schildern, was vor sich ging:

Wir hatten auf unserer Station fünf Männer, von denen einer nach einigen Schlaganfällen schon seit zwei Jahren ans Bett gefesselt war. Auf Wunsch seiner Tochter war ihm eine Magensonde gelegt worden, da durch einen der Schlaganfälle sein Schluckreflex gestört war. Der Zustand dieses Mannes verschlechterte sich nun zunehmend, er war schließlich nicht mehr ansprechbar und konnte uns auch in keiner Form mehr seinen Willen mitteilen. Und nun bekam dieser Mann, trotz intensiver Pflege, innerhalb kurzer Zeit zwei Dekubita. Die offenen Schultern bekamen wir immer wieder zu, was für mich echt ein Erfolgserlebnis war, denn ich war derjenige, der den Mann hauptsächlich pflegte. Doch erst den einen und dann auch den anderen Dekubitus bekamen wir trotz meines Erachtens guter Pflege nicht wieder zu.

Künstliche Ernährung eingestellt

Soviel zur Vorgeschichte und zur Situation dieses armen Menschen, dem man wirklich nur wünschen konnte, sterben zu dürfen. Die Tochter ertrug die Situation immer weniger. Der Zustand ihres Vaters und ihre Hilflosigkeit ihm gegenüber brachten sie psychisch bis zur äußersten Grenze. So entschloß sich die Tochter in Absprache mit dem behandelnden Arzt, einem Pastor und der Heimleitung dazu, die künstliche Ernährung ihres Vaters einzustellen. Sie verlangte also von uns Pflegern, daß wir ihrem Vater nichts mehr zu essen, sondern nur noch etwas zu trinken über die Magensonde geben sollten. Doch hier war für mich die Schmerzgrenze erreicht!!!

Es wurde hier von mir verlangt, daß ich diesen Mann vor meinen Augen verhungern lasse! Ich wurde mit dieser Situation nicht fertig: Auf



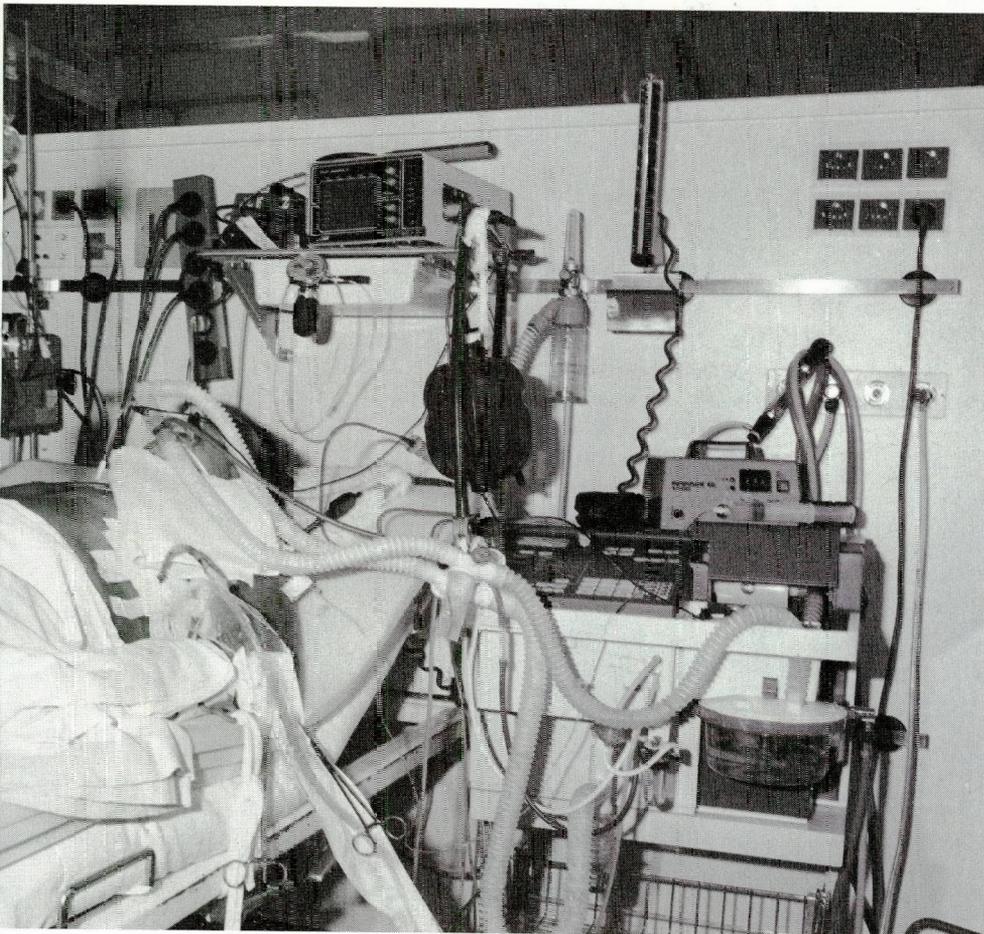
ZDL
Alexander Weber
Nobergartstr. 20
53 200 NN

Man verheißt mir, aber nach sieben Monaten
im ersten Pflegeheim kann ich nicht
mehr mit Hilfe leben.
Tägliche Tod, Schmerz, Not
Alles ist Arde und Staub
Kunst lügt - Kunst ist ein Versteck
Kunst wird zum Ausdruck von Falschem
und Lüge
Ich verheißt - Gelanke bestimmt die eigene
Lebensphilosophie
Eine Antwort auf die Theozee-Frage
wird immer unwahrscheinlicher
- Tod als wahre Erlösung ... aber ein
langes Tod kann kein gnädiges Tod sein
- Zwischen Streif und Monotonie
die Angst vor dem eigenen Scheitern
- Ein gefährliches Gemisch aus Melancholie
und Hofflosigkeit
Ich verheißt mich

Sterben und Tod gehören für viele Zivis zum Dienstalltag. Ex-ZDL Alexander Weber hatte uns diese Arbeit zum wub-Kunstpreis 1989 geschickt (s. a. S. 3).

Von einem besonders schwerwiegenden Problem aus dem Zivildienstalltag schreibt uns ZDL Jan Pauly: Als Pfleger auf einer Altenpflegestation eingesetzt, sah er sich plötzlich in der Rolle des Sterbehelfers. Jans Bericht, den wub hier veröffentlicht, spiegelt seine Betroffenheit.

Seit nunmehr über einem Jahr mache ich Zivildienst. Ich war anfangs sehr zufrieden damit, in einem Altenheim in Hamburgs Norden auf der Pflegestation zu arbeiten, auch wenn der Dienst pure, harte Pflegearbeit war. Von einer Zusatzkraft, die ja ein Zivi eigentlich sein soll, war da überhaupt nichts zu spüren: Nachmittagsdienst zusammen mit einem anderen unqualifizierten Mitarbeiter auf einer mit 27 Bewohnern belegten Station, das war die Regel. Doch all das erschien mir nicht so beklagenswert, weil ich dennoch Spaß an der Arbeit hatte, auch wenn davon die Bewohner morgens um 6.30 Uhr nur sehr selten etwas gespürt haben mögen. Man hatte die Bewohner richtig lieb gewonnen, duzte einige und verstand sich auch mit den anderen Mitarbeitern gut, spätestens ab 9 Uhr, nachdem man dann doch endlich aufgewacht war. Um so schwerer fiel mir der Abschied, der überraschend schnell kam und innerhalb eines Nachmittages vollzogen war! Schon nach einem Tag Pause konnte ich dann zum Glück in einer neuen Dienststelle anfangen, was sehr zügig ging, wenn man bedenkt, daß ich und nicht die Dienststelle um eine Versetzung gebeten hatte. Jetzt mache ich die letzten zweieinhalb Monate



ich noch nicht so abgestumpft war. Ich habe also die Dienststelle gewechselt. Doch total glücklich war ich auch damit nicht, denn ich hätte, wenn ich streng nach meinem Gewissen gehandelt hätte, diesem Menschen weiterhin Nahrung geben müssen. Doch auch das wäre ein Problem gewesen, denn zugleich mit der Nahrung ist auch die Gabe von Insulin eingestellt worden. Ich habe durch die Versetzung von einem Tag auf den anderen zwar nicht die beste Lösung, aber die für mich leichteste gewählt, denn helfen konnte ich dem Mann im Endeffekt nicht!

Ein Einzelfall?

Vermutlich ist Jan nicht der einzige, der als ZDL vor derartige Gewissensfragen gestellt wurde. wub würde gerne wissen: Wem ging oder geht es ähnlich? Wie wurden/werden solche Probleme in anderen Dienststellen gelöst? Wie werdet Ihr damit fertig?

Schreibt uns! (Adresse Seite 2)

Bewußtlos und „leblo“ weiterleben unter den Bedingungen der Apparatemedizin?

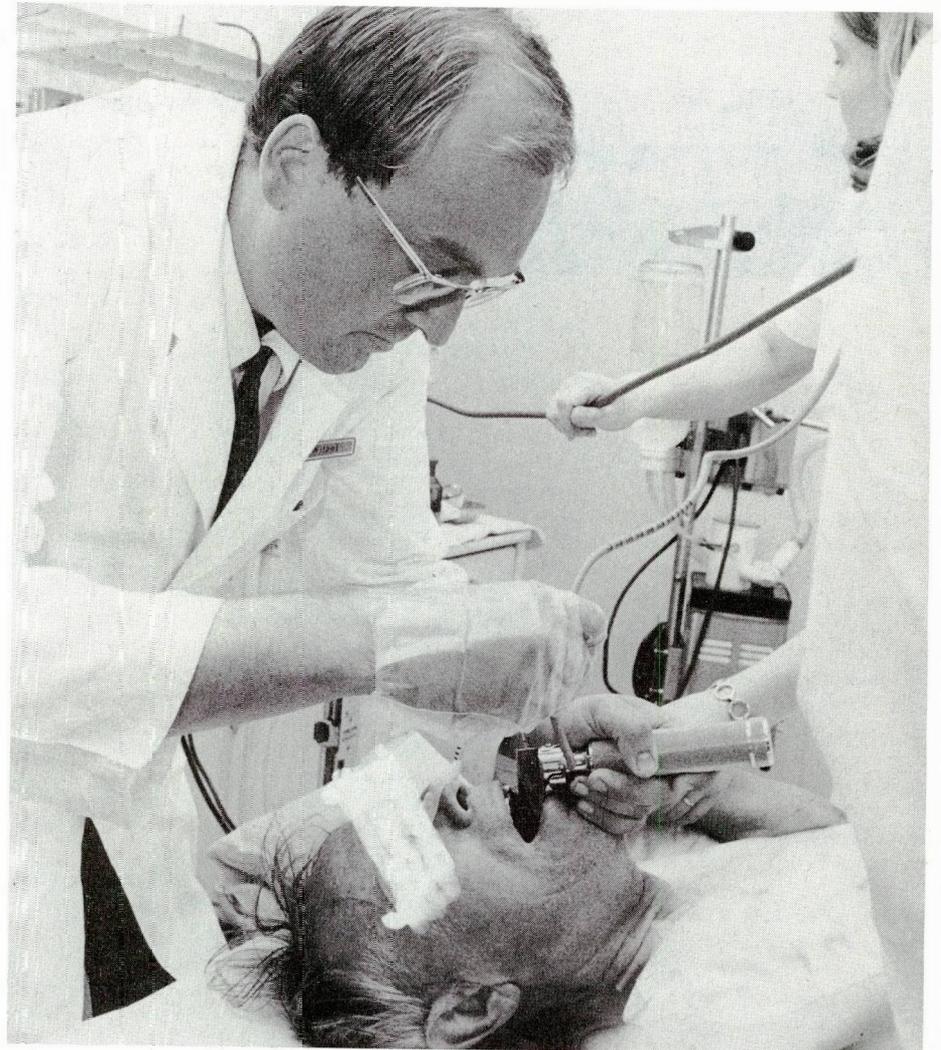
Oft stehen die Ärzte und das Pflegepersonal vor einer schwerwiegenden Frage: Sollen und dürfen sie künstliche Beatmung oder Ernährung abstellen, um dem Patienten weiteres Leiden zu ersparen?

Foto: dpa

Anweisung einen Menschen indirekt zu töten, indem ich nichts mehr für ihn tue. Natürlich wäre es besser für ihn gewesen, wenn er sterben würde, das sah ich ja ein, aber ich sollte mich da mitschuldig machen an seinem Tode, den die Tochter eigenmächtig beschlossen hatte? Immer wieder fragte ich mich, was ich bei meinen Angehörigen tun würde, wenn sie schon so kurz vor dem Tod stünden. Würde ich mich da noch schuldig machen wollen und über ein Leben bestimmen wollen, über das ich nichts zu sagen habe und doch wohl alle Gewalt habe?! Das Heim, die Ärzte und wohl sogar der Pastor zogen mit und ließen (oder lassen sie immer noch?) diesen Mann verhungern. Ich fragte mich immer wieder, ob ich denn wollte, daß man so etwas bei mir mache, wenn ich in der Situation dieses Mannes wäre. Nein!! Ich würde mir zwar wünschen, endlich sterben zu dürfen und wäre wahrscheinlich auch böse auf meine Angehörigen, daß sie mir überhaupt erst so eine Magensonde verpaßt haben, aber ich will doch nicht auf dem Wege des Verhungerns sterben! Außerdem will ich nicht, daß jemand Hand bei meinem Tod anlegen muß, wenn ich sterben möchte.

Ist das Sterbehilfe?

In dem Gespräch mit der leitenden Schwester und allen Schwestern des Hauses fiel auch oft das Wort Sterbehilfe. Aber ist das hier denn wirklich Sterbehilfe? Ist das nicht einfach ein Vergehen an einem Wesen, das seinen eigenen Willen nicht mehr kundtun kann und deswegen nun verhungern muß? Die Schwestern sahen das als legale Sterbehilfe an, denn sie gaben ihm ja weiterhin etwas zu trinken und vernachlässigten ihn nicht. Mir wurde vorgeworfen, ich hätte einfach noch nicht genügend solcher Fälle gesehen, wo Menschen einfach dahinsiechen. Mir lief es bei dieser Argumentation immer nur kalt den Rücken hinunter. Ich war ja froh, daß



Ohne Auto leben?

Kontrovers

Auto (griech.: „selbst“) wie Automobil? Beweglich sein, lebendig bleiben, immer auf dem Laufenden, immer unterwegs? (In Wahrheit, so haben Experten errechnet, steht ein Auto die meiste Zeit irgendwo rum, exakt 97 % seiner gesamten Lebensdauer).

Oder: Auto wie autonom? Frei sein, unabhängig, selbst entscheiden, wann mit wem und wie schnell man irgendwo hinfahren will? (In Wahrheit, so haben wieder die Experten errechnet, liegt die Durchschnittsgeschwindigkeit eines PKWs während der Rush-hour in den Innenstädten mit 5 km/h deutlich unter dem Tempo der langsamsten Postkutsche im 18. Jahrhundert, die immerhin 7,5 km/h schnell war).

Oder: Auto wie automatisch? Selbstlaufend, von außen nicht mehr beeinflussbar? Rund 37 Mio Privatautos gibt es heute in Deutschland. Bis zum Jahr 2010 werden noch einmal 10 Mio PKWs mehr prognostiziert. Das ist unmöglich ohne neue Straßen. Aber neue Straßen ziehen immer auch neuen Verkehr auf sich. Also noch mehr Autos in den Städten und noch mehr Smog, deshalb mehr „Flüchtlinge“ raus ins Grüne, also mehr Verkehr, mehr Straßen...

Oder gar: Auto wie Autoaggression? Selbsterstörung? 68 % der Stickoxide, so haben Experten errechnet, 52 % der Kohlenwasserstoffe und 74 % des Kohlenmonoxids in der Atmosphäre stammen vom Straßenverkehr. Erst stirbt der Baum und dann der Mensch? Was also tun? Können wir überhaupt noch ohne Auto leben? wub hat zwei Experten um ihre Meinung gebeten.

W. Sch.



Jedes System hat seine Stärken und Schwächen

Unbestritten kann die Schiene ökologisch im Massenverkehr von Gütern und Personen im Vorteil sein, wenn die jeweiligen Verkehrsströme auf einer Verkehrsachse gesammelt werden können. Dies ist jedoch ganz anders, wenn der Ort des Aufbruchs oder das Ziel, wohin man möchte, außerhalb der Städte liegen.

Wenn es um Verkehrsleistungen geht, die sich nicht bündeln lassen, sei es in den dünn besiedelten ländlichen Räumen Mitteleuropas, sei es in den südlichen EG-Flächenstaaten oder sei es zu den weniger verkehrsintensiven Tageszeiten, dann wartet die Straße mit ihren ökologischen wie ökonomischen Vorteilen auf. Manche Verkehrsbetriebe haben das schon klar erkannt: Fortschrittliche Unternehmen bieten nachts anstelle von Bus- oder Schienenverbindungen einen Taxen-Ersatzverkehr an, weil eben ein Auto bei der Beförderung einer Handvoll Fahrgäste nicht nur ökonomischer ist, sondern die Umwelt auch weniger belastet als eine tonnenschwere Schienenbahn.

Nein – Die Probleme können gemildert werden.

Von Alfred-Herwig Fischer *

Das Automobil, wegen seiner universellen Nutzbarkeit beliebtestes Fortbewegungsmittel unserer Zeit, ist in den letzten Jahren ins Gerede gekommen. Vorteile wie individuelle Mobilität und schneller Haus-zu-Haus-Verkehr im Gütertransport haben zu einer Motorisierungswelle geführt, deren sichtbares Resultat Staus in Innenstädten und auf Autobahnen sind. Der moderne Massenverkehr wirkt sich auch auf den Verbrauch des Rohstoffs Öl, den Schadstoffausstoß, den Verkehrslärm und die Zahl der Unfälle aus.

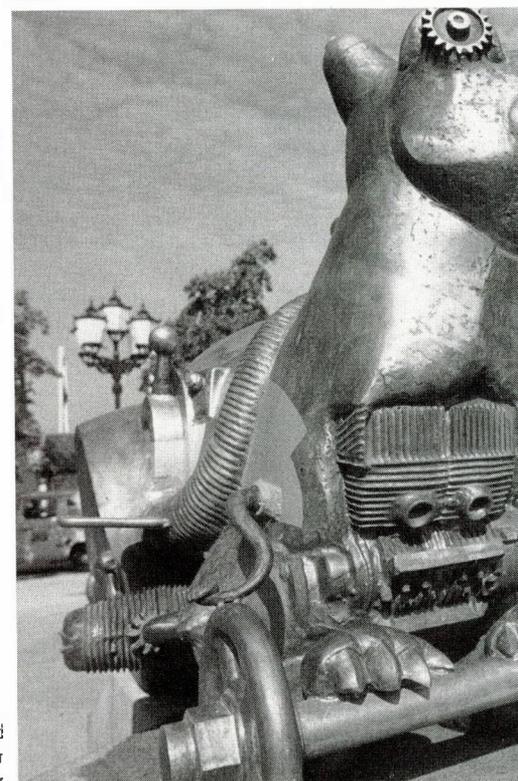
Gesellschaftliches und politisches Ziel ist es deshalb, Vorsorge für den Erhalt einer „lebenswerten Umwelt“ zu treffen, d. h. eine Grenze zwischen „gerechtfertigter Nutzung“, „überzogener Veränderung“ und „Schädigung“ der Umwelt zu finden und damit die Kernfrage des Umweltschutzes zu beantworten. Sinnvoller Umweltschutz bedeutet nun nicht, auf der Zivilisationsstufe der Verfahren zu verharren, sondern innerhalb überschaubarer Grenzen keine substantiellen Veränderungen herbeizuführen.

Verbesserungen für die Umwelt

Die Automobilindustrie ist schon seit längerem bestrebt, die Fahrzeuge hinsichtlich Umweltschonung und Energieverbrauch laufend zu verbessern. Für die Mercedes-Benz Personenwagen-Produktion sind in diesem Zusammenhang die Stichworte Katalysator und Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs zu nennen. Bei den Dieselpkw wurde die Verbrennung optimiert und die Forschung an Rußfilter-Anlagen vorangetrieben.

Um die Beanspruchung der natürlichen Ressourcen durch den Verkehr insgesamt zu verringern, bedarf es jedoch nicht nur des Baus eines umweltschonenden Autos. Es muß vielmehr auch ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Bedarf im Verkehrsbau geschaffen werden. Zu berücksichtigen sind dabei die Hauptquellen des Verkehrszuwachses: der individuelle Freizeitverkehr und die kräftigen Zuwachsraten im Güterverkehr, die als Folge des EG-Binnenmarktes zu erwarten sind. Außer den notwendigen Infrastrukturanpassungen gehören auch intelligente Steuerungen des Verkehrs zu den umweltschonenden Lösungen für den Verkehr von morgen.

Moderne Verkehrsleit- und Informationssysteme, wie sie von der Automobilindustrie auch im Projekt *Prometheus* verfolgt werden, liefern dazu ebenso einen Beitrag wie die verbesserte Logistik und Disposition im Verkehrsgewerbe. Ein weiteres Ziel muß auch die sinnvolle Kooperation zwischen den einzelnen Verkehrssystemen sein. Jedes System hat seine Stärken und Schwächen.



Der Drachenbrunnen in Leimen. Der Sage nach soll einst ein fürchterlicher Drache die Stadt Leimen belagert haben. Um ihn zu beschäftigen, wurden ihm Lämmer und später die Jungfrauen der Stadt geopfert. Der bronzene Drache des Bildhauers Gernot Rumpf spielt unmißverständlich auf den Autoverkehr als den gierigen Belagerer der Städte von heute an.

Foto: Sandbiller

Der Bundesverkehrsminister:
AUTOFAHREN
GEFÄHRDET DIE GESUNDHEIT
UNSERES PLANETEN



Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit

Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit schließen sich auch im Straßenverkehr grundsätzlich nicht aus. Denn je effizienter der Transport bewältigt wird, je mehr Leerfahrten vermieden werden, desto umweltfreundlicher wird der Straßenverkehr insgesamt. So muß die Strategie zur Verbesserung der Umweltschonung ausdrücklich vier wichtige Elemente umfassen:

- Die Weiterentwicklung innovativer Fahrzeugtechnik,
- die Optimierung umweltfreundlicher Logistikkonzepte im Verkehrsgewerbe,
- die Gestaltung eines verkehrsträgerübergreifenden „intelligenten“ Verkehrsmanagements, das sämtliche Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologie nutzt,
- und schließlich die Bereitstellung ausreichender Infrastruktur, an die künftig höchste Umweltansprüche zu stellen sind.

Lösungen, die noch weiter in die Zukunft reichen, sind z. B. die neuen Recycling-Konzepte und völlig neuartige Antriebskonzepte zur umweltschonenden Abwicklung des Verkehrs. Zukunftsmusik ist momentan auch noch die Nutzung sogenannter sauberer, vor allem kohlendioxidfreier Energiekreisläufe wie z. B. Wasserstoff.

Die grundsätzlichen technologischen Potentiale für ein qualitatives Wachstum im Fahrzeugbau und Verkehr, das Umweltforderungen noch stärker berücksichtigt, sind also vorhanden. Die angesprochenen Probleme, die das Auto mit sich bringt, können somit in der Zukunft wenn auch nicht ganz behoben, so doch immerhin gemildert werden.

* D. Ing. Alfred-Herwig Fischer ist Leiter der Hauptabteilung Verkehrspolitik, Umwelt, Gesellschaft der Mercedes-Benz AG, Stuttgart.



Ja – eine Verkehrswende ist notwendig und auch möglich

Von Brigitte Kunze *

Es ist schon eigenartig, daß die Frage nach einem Leben ohne Auto überhaupt gestellt wird und gestellt werden muß.

Schließlich geht es nicht um ein Leben ohne PartnerIn, ohne Liebe und Anerkennung. Darauf kann ein Mensch nicht verzichten. Aber ein technisches Gerät wie ein Auto soll ebenso unverzichtbar sein? Vielen scheint es so. Gerade 100 Jahre alt, doch schon hat das Auto sich unbeherrlich gemacht? Wirklich oder nur fiktiv?

Ein anderes Beispiel: Brauchen Sie eine Waschmaschine? Sich werden Sie die Frage mit „Ja“ beantworten, denn wer will heute noch die Wäsche mit der Hand rubbeln. Aber was Sie wirklich brauchen ist keine Waschmaschine, nicht ein Instrument, sondern das Ergebnis, nämlich saubere Wäsche.

Kein Zeitgewinn durchs Auto

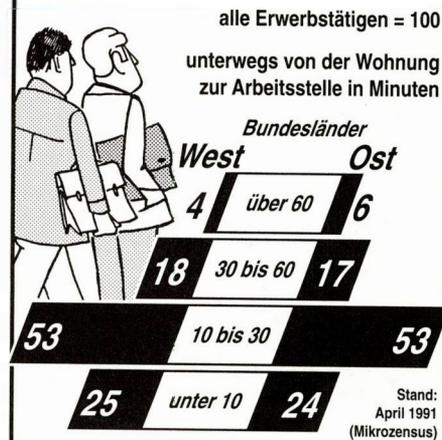
Wir lassen uns täuschen, wenn wir Mobilität und Autoverkehr gleichsetzen. In der Mobilität des Alltags hat sich in den letzten Jahrzehnten relativ wenig geändert. Schon vor 70 Jahren war man im Durchschnitt eine Stunde pro Tag unterwegs, im Mittel zu drei verschiedenen Zielen. Das ist bis heute etwa gleich geblieben. Geändert haben sich die Entfernungen und das Verkehrsmittel. Statt 10 Kilometer per Fahrrad geht's heute 50 oder 100 Kilometer per Auto. Gewonnen werden so im Durchschnitt weder Zeit noch soziale Möglichkeiten. Im Gegenteil: Der Teil der Bevölkerung, der über kein Auto verfügt, bleibt auf der Strecke, weil die ehemals nahen Ziele (Schulen, Läden, Arbeitsplätze, Freizeiteinrichtung) nun weit weg – eben autoentfernt – sind. Geht es also heute doch nicht ohne Auto? In vielen Einzelfällen ist dies sicherlich wahr. Doch eine gezielte Wende in der Verkehrspolitik, in der Siedlungsplanung und der Regionalentwicklung können das Auto in weiten Teilen überflüssig machen. Gründe dafür gibt es massenweise und ernsthaft:

Tausende von Verkehrstoten und -verletzten, die Umweltverschmutzung und die Klimagefährdung. Hätte man bei der Einführung des Automobils schon eine Technikfolgeabschätzung gekannt, dann hätte das Auto wohl kaum eine Chance für eine Massenproduktion bekommen.

Ausstieg aus der Autoorientierung

Wir wollen und müssen uns täglich bewegen. Nicht nur zur Arbeit, sondern auch in der Freizeit und um Freunde und Verwandte zu besuchen. Dies ist möglich zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Bus und Bahn, mit dem Auto oder dem Flugzeug. Unbestreitbar ist, daß heute in vielen Fällen – auf Grund der autoorientierten Verkehrs- und Siedlungsplanung der letzten Jahrzehnte – unsere Mo-

Der Weg zur Arbeit



Quelle: Stat. Bundesamt 92 11 78 © imu

Ein Drittel der Befragten aus den neuen Ländern benutzt den PKW als Selbst- oder Mitfahrer, gegenüber zwei Dritteln derer in den alten Bundesländern. In den neuen Ländern sind doppelt so viele Erwerbstätige zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs wie Kolleginnen und Kollegen im Westen. Der Öffentliche Personennahverkehr wird im Osten zu etwa 26 Prozent, im Westen zu 15 Prozent für den Weg zur Arbeit beansprucht. Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus)

bilität nur mit dem Auto sichergestellt werden kann, da die Wege zu weit sind für Fußmärsche und Radausflüge und der öffentliche Verkehr nicht oder schlecht funktioniert. Dies ist jedoch kein Naturgesetz, keine innere Notwendigkeit der menschlichen Mobilität, sondern eine verfehlte Ausrichtung der Verkehrsplanung am technischen Mobilitätshilfsmittel Auto. Hier ist eine Verkehrswende notwendig, aber auch möglich. Zahlreiche Vorschläge liegen dazu vor, sie könnten bei entsprechendem Willen verwirklicht werden. Sofort können schon heute viele Stadtbewohner auf ein Auto verzichten und ihre Wege bequem ohne Auto zurücklegen. Für andere sind Gemeinschaftsautos, Car-Pools und modern organisierte Mitfahrsmöglichkeiten noch unverzichtbar, verbunden mit einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und besseren Bedingungen für Radfahrer und Fußgänger.

Für alle, die verantwortungsvoll mit ihren Mitmenschen und mit der Zukunft unseres Planeten umgehen wollen, kann es deshalb nur einen Ausstieg aus der autoorientierten Mobilität geben. Dies ist möglich bei einer Verkehrswende zugunsten der umweltverträglichen Verkehrsmittel und unter der Voraussetzung einer rationalen Einstellung zu den technischen Hilfsmitteln der Mobilität, also auch zum Auto.

Das heißt, wenn möglich, sofort ohne Auto leben. Ansonsten alle Ausstiegsmöglichkeiten erproben und nutzen: Umsteigen auf den Öffentlichen Verkehr, auf das Fahrrad oder zu Fuß gehen. Und Autofahren nur, wenn es wirklich sein muß.

* Dipl. geogr. Brigitte Kunze ist Referentin des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) e. V. in Bonn.

Sich schützen kann nützen (2. Teil)

Was man im Schadensfall machen kann Von Reinhard Becker

Sachschaden

Der hilfeschuchende ZDL schlägt im Inhaltsverzeichnis des Leitfadens für den ZD vergeblich nach, wenn er sich darüber informieren will, was er im Schadensfall zu unternehmen habe. Die Stichwörter „Schaden“ und „Schadensersatz für ZDL“ kommen nicht vor. Der Abschnitt A7 im Leitfaden ist jedoch fett mit der Überschrift „Schadensersatz“ versehen. Nur der Zufall also kann einen ZDL an diese Stelle führen. Ist das nun beabsichtigt? Bei allem Respekt – ein lästiges Suchspiel.

Bei einem Dienstunfall

ZDL O. muß täglich Karlchen K. beaufsichtigen. Karlchen ist Spastiker. Er will einen Stuhl über den Tisch heben, trifft dabei aus Versehen den ZDL O. in die Seite. Der fällt hin, verstaucht sich den Arm und zerbricht dabei seine Armbanduhr. Ein Team des DRK ist zufällig im Haus und leistet erste Hilfe, natürlich nicht kostenlos.

Hier gilt unzweifelhaft, was im § 35, Zivildienstgesetz (ZOG) Abs. 5 steht: Sind bei einem Dienstunfall ... Gegenstände, die der Dienstleistende mit sich geführt hat, beschädigt oder zerstört worden oder abhandengekommen, so kann dafür Ersatz geleistet werden. Sind durch die erste Hilfeleistung Kosten entstanden, so ist dem Dienstleistenden der nachweisbare Aufwand zu ersetzen.“ Der Satz beschreibt sozusagen „Bedingungen“, die der ZDL „erfüllen“ muß, wenn er Geld sehen will:

1. Er muß sich verletzt haben
2. Es muß sich um Gegenstände des täglichen Bedarfs handeln. Eine goldene Rolex würde nur nach Quelle-Preisen ersetzt.
3. Er muß nicht unbedingt Eigentümer des Gegenstandes sein, es kann sich auch um einen geliehenen Gegenstand handeln.

Die Kosten für die erste Hilfe werden in jedem Falle vom BAZ ersetzt. Alles andere kann ersetzt werden, wenn der ZDL einen Antrag an das BAZ gestellt hat. Danach befindet er sich im Stande guter Hoffnung.

Beim alltäglichen Dienst

ZDL A. H. wird von seinem Dienststellenleiter gebeten, beim Alternachmittag ein paar Fotos zu machen, um für den Altenclub werben zu können. Ausgerechnet beim schönsten Motiv rempelt ihn ein Teilnehmer an. Der ZDL rutscht aus, fällt auf seine Kamera und bricht das Objektiv aus der Bajonettfassung. Weder der Teilnehmer noch der Altenclub hat eine Haftpflichtversicherung. Und die Clubkasse ist wie üblich leer. Was nun? Da der ZDL keinen Körperschaden erlitt, handelt es sich im Sinne des ZDG nicht um einen Dienstunfall (siehe oben). Doch kein Grund zur Verzweiflung. Hier besteht die Chance, nach dem Grundsatz der Billigkeit etwas ersetzt zu bekommen. Wir leben nicht in Deutschland, wenn dieser Grundsatz nicht auch in die Form einer Verordnung gegossen wäre. Sie heißt: „Richtlinien für die Billigkeitszuwendungen bei Sachschäden, die im Dienst entstanden sind“. Weil der Grundsatz so schön klingt und ihn kaum jemand kennt, sei er zitiert: „Hat ein Beamter oder Soldat in Ausübung des Dien-

stes durch ein auf äußerer Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmtes Ereignis, das keinen Körperschaden verursacht hat, einen Schaden an Kleidungsstücken oder sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs erlitten, die er für den Dienst benötigt, oder die ein Beamter (Soldat) zum persönlichen Gebrauch mit sich zu führen pflegt, so kann auf Antrag ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs eine Billigkeitszuwendung geleistet werden.“ ZDL A. H. sollte also einen Antrag an das BAZ stellen, um die Reparaturkosten ersetzt zu bekommen. Der Versuch lohnt immer, denn die Erstattungssumme kann bis zu zwei Dritteln der Reparaturkosten betragen. Hat der ZDL allerdings aus eigenem Antrieb die Kamera mitgenommen, wird es teuer, er wird keine Billigkeitszuwendung erhalten.

Brillen, die im Dienst beschädigt oder zerstört wurden, werden im Rahmen der Heilfürsorge ersetzt. Sind auch die Gläser zerstört, dann muß vor der Reparatur eine Genehmigung des BAZ eingeholt werden (siehe Leitf. G 7).

In der Dienstunterkunft

Weder die Zahnbürste noch das kleine Radio sind in der Dienstunterkunft dem Raum der Flammen oder Dieben schutzlos preisgegeben. Bei Schäden haftet hier die Beschäftigungsstelle für die „persönliche Habe des ZDL, die er unbedingt in die Unterkunft einbringen muß“, bis zu einer Summe von 2000.– DM.

In allen Fällen aber gilt: Bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit bleibt die Hilfskasse zu.

Zivildienstbeschädigung

Es ist auffällig: Überall, wo der Staat Entschädigung in Form von Geld zahlen muß, wimmelt es von Definitionen. So auch hier: „Zivildienstbeschädigung ist eine gesundheitliche Schädigung, die durch eine Dienstverrichtung, durch einen während der Ausübung des Zivildienstes erlittenen Unfall oder durch die dem Zivildienst eigentümlichen Verhältnisse herbeigeführt worden ist“ (ZDG § 47, Abs. 2). In diese Definition ist auch die Verschlimmerung eines früheren Leidens mit einbezogen. Die Begriffe der Definition meinen z. B. Schädigungen durch:

- die dienstliche Arbeit
 - den Dienstunfall (auch als Kraftfahrer im ZD)
 - Infektionen (z. B. Hepatitis oder Tbc mit Dauerschädigung)
 - seelische Schädigung z. B. durch einen Schock
- Die zeitlichen und örtlichen Umschreibungen umfassen:
- die Arbeitszeit
 - Dienstgänge und Dienstreisen (z. B. zur Heilbehandlung, Arztbesuch, zur Verwaltungsstelle, u. ä.)
 - Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen (Einführungslehrgänge, staatsbürgerliche Bildung, usw.)
 - den Weg von und zur Zivildienststelle
 - den Gang am Monatsanfang zur Bank, um den Sold abzuholen
 - Dienstsport und Urlaub.

Verfahren

Wer einen Schaden hat, braucht für die Formulare nicht zu sorgen. Sie liegen in jeder Dienststelle bereit und zwar: das Zivildienstbeschädigungsblatt (ZGB) und die Unfallanzeige. Beide müssen unter Mitwirkung des ZDL – dazu ist er verpflichtet – und eventueller Zeugen ausgefüllt werden. Hat die Polizei z. B. bei einem Unfall zu ermitteln, dann sollte das Aktenzeichen angegeben werden. Der behandelnde Arzt erhält ein Exemplar des ZGB, auf dessen Rückseite er die Rubrik „Stellungnahme“ bearbeitet. Das ganze geht in 3 Exemplaren an den ärztlichen Dienst des BAZ. Er kann weitere Untersuchungen anordnen, denen der ZDL sich unterziehen muß. Um nun eine Zivildienstbeschädigung und den entsprechenden finanziellen „Ausgleich“ anerkannt zu bekommen, muß der ZDL noch einen entsprechenden Antrag an das BAZ richten. Vorübergehende Beeinträchtigungen der Gesundheit – in der Regel bis zu 6 Monaten – führen nicht zu einer Anerkennung.

Leistungen

Ist die ZD-Beschädigung anerkannt worden, dann erhält der ZDL für die Dauer seines ZD einen Ausgleich entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz (§ 47-50 ZDG), wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit wenigstens 25 % beträgt.

Nach dem ZD erhält der Geschädigte die sogenannte Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG). Dafür sind dann die örtlichen Versorgungsämter zuständig. Wer nach dem ZD die Anerkennung einer Zivildienstbeschädigung anstrebt, stellt einen Antrag bei diesen Ämtern.

Was bringt das alles? Im Falle der Anerkennung eine Versorgung, die Heilbehandlung, Versehrtenübungen, Krankenbehandlung, Beschädigtenrente, Pflegezulage, Sterbegeld, Hinterbliebenenrente umfaßt.

Beispiele

Was Volk und Vaterland einem in ihrem Dienst blessierten ZDL anbieten, sei an einigen wenigen Beispielen gezeigt: Bei einer Erwerbsminderung von:

- 30 % (Verlust eines Ohres)
Grundrente: DM 196.–
- 50 % (Verlust der Nase) Grundrente: DM 360.–
- 70 % (Verlust eines Beines)
Grundrente: DM 629.–
- 100 % (erwerbsunfähig)
Grundrente: DM 1028.–

Tips:

- Wer genauer nachlesen will, findet im Leitfaden unter A7, G11 oder G12 sowie im ZDG § 47-50 die einschlägigen Texte.
- Wer die Anerkennung einer ZD-Beschädigung anstrebt, sollte einen Rechtsanwalt konsultieren.
- Wer am Ende des ZD Anzeichen dafür hat, daß seine Gesundheit beeinträchtigt ist, sollte in jedem Falle eine Entlassungsuntersuchung beantragen. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, den Hausarzt vorher zu konsultieren und mit einem Attest zur Entlassungsuntersuchung zu gehen. ■

THEMA STRAFVOLLZUG



Im Namen des Volkes: Den Stichtag 20.05.1992 verbrachten genau 55 053 Männer und 2 367 Frauen in einer deutschen Justizvollzugsanstalt (JVA). Das Thema Strafvollzug geht also nicht nur ein paar wenige an: Mehr als 57 000 Menschen, das entspricht der Einwohnerzahl von Städten wie Lüneburg oder Fulda – und fast alle „Knackis“ haben Angehörige, Freundinnen und Freunde, die auch betroffen sind. Hinter Gittern und Stacheldraht büßen die Gefangenen für ihre Taten, die einen ein paar Monate (wie der Totalverweigerer, der für wub auf Seite 20 berichtete), andere lebenslänglich. Strafe muß sein, sagt man. Aber nicht nur Betroffene, sondern auch Fachleute fragen sich heute zunehmend, ob denn dieser Satz so einfach stimmt. Ob es nicht eigentlich für uns heißen müßte – wie der Rechtsanwalt Ulrich Hahn auf S. 14/15 betont: Wiedergutmachung muß sein? Versöhnung muß sein? „Die simple Logik“, so ein Zitat aus der beachtenswerten Denkschrift der EKD zum Strafvollzug, „daß die durch den Rechtsbruch geschlagenen Wunden durch weitere beim Täter geheilt werden können, ist nicht mehr diskutabel“ (s. S. 20). Nicht mit Gewalt auf Gewalt reagieren!

Strafe muß sein, sagt man. Aber: Woher wissen wir, daß Strafe so aussehen muß wie der Knast in Bautzen, Fuhlsbüttel oder Stammheim? Wären nicht weit mehr Alternativen zur Haft denkbar, wie sie etwa das Land Bremen vorschlägt und praktiziert (S. 16)? Strafe muß sein, das sagt sich so leicht, und man kann dann alles beim alten belassen, man ist ja (noch) nicht betroffen. Den unangenehmen Job, die Strafe zu vollziehen, also Menschen „wegschließen“, bewachen, reglementieren und kontrollieren, das müssen ohnehin andere für uns machen. Nur: Wer an dem Ziel mitarbeiten will, eine Kultur der Gewaltfreiheit zu entwickeln, der kann die Gewaltformen im Strafvollzug nicht einfach verdrängen oder ignorieren.

W. Sch.

„Im Namen des Volkes“ Lithographie von A. Paul Weber

„Das Strafrecht abschaffen!“

wub-Gespräch mit dem Rechtsanwalt und Mitglied des Versöhnungsbundes, Ulrich Hahn

wub: Herr Hahn, Sie plädieren als Rechtsanwalt für die völlige Abschaffung des Strafrechts. Heißt das, die Straftäter sollen ungeschoren davonkommen und ganz normal weiterleben dürfen?

Hahn: Die Forderung nach einer Abschaffung des Strafrechts bedeutet für mich nicht, daß Straftäter ihre Straftaten begehen können, ohne daß eine Reaktion darauf erfolgt. Einer Straftat muß eine soziale Reaktion folgen. Aber diese soziale Reaktion sollte eben nicht die Vergeltung des begangenen Übels durch ein neues Übel sein, sondern sollte die Wiedergutmachung des alten Übels und nach Möglichkeit die Versöhnung zwischen Täter und Opfer beinhalten. Darum geht es bei der Forderung nach der Abschaffung des Strafrechts.

wub: „Wiedergutmachung“, „Versöhnung“... ist sowas überhaupt machbar? Setzt das nicht gerade beim Täter sehr viel guten Willen voraus, den er ja offenbar nicht hat, denn sonst würde er die Tat gar nicht begehen?

Hahn: Es geht auch, aber nicht nur, um den guten Willen, denn auch in einer Rechtskultur, wie ich sie mir vorstelle, würde ein Strafrecht natürlich aufgeklärt werden müssen, müßte der Täter ermittelt und müßte er mit seinem Tun konfrontiert werden. Erst wenn der Täter ermittelt wurde und festgehalten wird, dann würden sich meine Vorstellungen vom bisherigen Strafrecht unterscheiden. Was ich mir vorstelle wird zum Teil auch jetzt schon ansatzweise praktiziert, nämlich in dem sog. „Täter-Opfer-Ausgleich“, der jetzt fast in jedem Gerichtsbezirk vor allem für Jugendliche angeboten wird.

wub: Können Sie mit einem konkreten Beispiel beschreiben, wie man sich diesen „Täter-Opfer-Ausgleich“ vorstellen muß?

Täter-Opfer-Ausgleich

Hahn: Ein gängiges Beispiel: Ein junger Mann hat einer älteren Frau die Handtasche weggerissen und hat sie dabei noch umgestoßen, also sogar noch verletzt, ist dann weggerannt, aber von Passanten geschnappt worden. Täter-Opfer-Ausgleich heißt dann, daß durch eine vermittelnde dritte Person, meistens durch einen Sozialarbeiter, bei beiden die Bereitschaft zum Gespräch erfragt wird. Und wenn die Bereitschaft da ist, dann gibt es ein Gespräch zu dritt, das dann zum einen den Inhalt hat, den materiellen Schaden wiedergutzumachen, zum anderen dem Täter klarzumachen, welchen seelischen Schaden er dem Opfer zugefügt hat. Und schließlich wird in solchen Gesprächen dem Opfer die Möglichkeit gegeben, sich jetzt in Konfrontation mit dem Täter mit dieser eigenen Kränkung und Verletzung auseinanderzusetzen. Es besteht die Chance, die Verletzung auf diese Weise eher zu verarbeiten, als wenn das so im Unterbewußten bleibt. Die Erfahrungen dieser Täter-Opfer-Ausgleich-Stellen sind überwiegend gut!

wub: Handelt es sich dabei nicht in erster Linie um Bagatelldelikte?

Hahn: Das ist richtig. Zur Zeit wird dieser Täter-Opfer-Ausgleich nur bei der leichten bis mittleren Kriminalität vor allem von Jugendlichen und Heranwachsenden praktiziert, aber der Täter-Opfer-Ausgleich ist im Prinzip durchaus in der Lage, auch schwere Straftaten zwischen Täter und Opfer zu regeln und vor allem: auf sinnvolle Weise zu regeln als es das bisherige Strafrecht tut. Man muß sich klar machen: Strafe heißt, der Täter bezahlt entweder eine Geldstrafe an den Staat oder muß eine Gefängnisstrafe absitzen. In beiden Fällen hat das Opfer von dieser Reaktion überhaupt nichts, sondern wird mit seinen berechtigten Schadenersatzforderungen noch mehr durchfallen, weil ja der Täter durch die staatliche Strafe noch weniger in der Lage ist, diesen berechtigten Wiedergutmachungsforderungen Folge zu leisten.

wub: Aber man kann ohnehin nicht alles wiedergutmachen.

Hahn: Nein, man kann sicher nicht alles wiedergutmachen, wenn es sich z. B. um Delikte gegen das Leben handelt, wenn es um sehr schwere Verletzungen geht. Das kann aber auch die Strafe nicht. Auch wenn der Täter „sitzt“, macht er das nicht wieder gut, was er vorher verschuldet hat. Insofern wird jede Form von Reaktion unvollkommen bleiben. Es stellt sich hier die grundsätzliche Frage: „Welchen Sinn sehe ich in der Strafe?“ Unser geltendes Strafrecht hat immer noch sehr viel von dem Vergeltungsdenken: Für das, was ein Täter an Unrecht getan hat, soll er leiden, durch eine Geldstrafe oder durch eine Freiheitsstrafe. Hinter diesem „Dafür-soll-er-leiden“ steckt natürlich auch das Rachebedürfnis...

wub: ...im Sinne von „Wie Du mir, so ich Dir“?

Hahn: Ja. Aber es wird so für die Zukunft nichts Gutes getan, weder für den Täter, der in der Regel durch den Vollzug, durch die Strafe überhaupt, nicht besser wird, noch für das Opfer, das vielfach mit dem seelischen Schaden und dem materiellen Schaden alleingelassen wird.

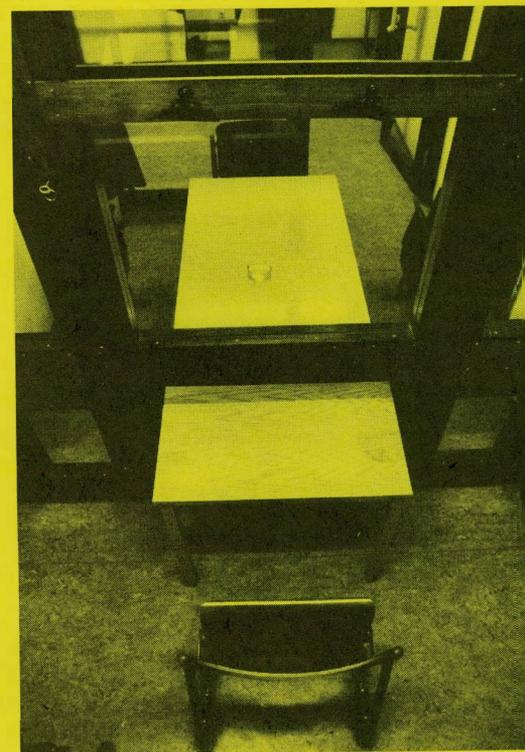
wub: Wo es um bewaffneten Raub geht, Körperverletzungen, Vergewaltigungen... da ist es sicher nicht nur der Rachegedanke, wenn man sich wünscht, daß die Täter „hinter Gitter“ kommen, daß die Gesellschaft vor ihnen geschützt wird.

Hahn: Natürlich soll der bisherige Strafvollzug auch einen Sicherungszweck haben. Ich denke, es gibt sicher Täter, wo ich hilflos bin, wo ich auch nicht sehe, daß man sie bessern kann, wo ich befürchte, daß sie immer die gleichen Straftaten wieder tun werden. Da sehe ich auch keinen anderen Weg, als die Freiheit zu entziehen zum Zweck der Sicherung der Gesellschaft, zur Sicherung von vielleicht potentiellen Opfern. Aber diese Tätergruppe ist die Minderheit unter den Straftätern, mit denen wir es zu tun haben. Etwa 85 % der Täter werden zu Geld-, und 15 % zu Freiheitsstrafen verurteilt. Von den

Freiheitsstrafen werden ca. zwei Drittel auf Bewährung ausgesprochen. Und von den Strafvollzugsinsassen schätzt man, daß etwa 10 % gefährliche Täter sind, die um der Gesellschaft Willen drin sitzen müssen. Aber 90 % der Gefangenen sind solche, die durchaus draußen weiterleben können, wo man nicht annimmt, daß sie sofort die gleiche Tat wieder begehen würden. Überall da, wo es keine lebenslange Strafe gibt, rechnet man ja sowieso damit, daß die Täter irgendwann rausmüssen. Man weiß, daß der Strafvollzug sie nicht bessert, sondern daß es allenfalls zu keiner Verschlechterung kommt, daß es also um der Gesellschaft Willen oftmals sowieso rationaler wäre, sie lieber gleich draußen zu lassen und ambulant mit ihnen zu arbeiten. Ein Teil dieser ambulanten Aufarbeitung einer Straftat wäre eben der Ausgleich mit dem Opfer, das Aufarbeiten der Tat zusammen mit dem Opfer, so, wie es jetzt mit den Täter-Opfer-Ausgleichstellen versucht wird.

„Eine Form der Gewalt“

wub: Sie haben jetzt eine ganze Reihe von pragmatischen Argumenten gegen die heutige Form des Strafrechts genannt. Gibt es denn neben der eher rationalen „Kosten-Nutzen-Rechnung“ für Sie auch noch andere Gründe, die Sie zu der Einsicht führten, daß das Strafrecht abzuschaffen sei?



„Eine Form der Gewalt“ – Besuchsraum in der JVA Bruchsal. Die Tische sind durch Glasscheiben getrennt, die Stühle sind am Boden festgeschraubt. Foto: Angelika Emmerling

Hahn: Der Ansatzpunkt für meine Überlegungen war ursprünglich meine eigene Kriegsdienstverweigerung. Mit der wollte ich ja nicht nur zum Ausdruck bringen, daß ich es ablehne, Menschen zu töten, sondern mit der wollte ich auch zeigen, daß ich für eine grundsätzlich gewaltfreie Gesellschaft eintreten möchte. Und die Art unseres Strafrechts ist durchaus eine Form von Gewalt. Das Einsperren von Tätern und alles, was damit zusammenhängt, sind Gewaltformen, die sich für mich nur so lange rechtfertigen lassen, solange ich nichts Besseres weiß. Und immer – auch durch mein Studium hindurch – hat mich die Frage begleitet: „Wie kann etwas Besseres als unser Strafrecht gefunden und entwickelt werden, um eine gewaltärmere bzw. gewaltfreie Gesellschaft zu erarbeiten?“ Was ich da außer den ganz rationalen Ergebnissen der Kriminalwissenschaft und Sozial-

die noch lebende oder bis vor kurzem lebende Naturgesellschaften untersucht hat, ist immer wieder auf das gleiche Phänomen gestoßen, daß nämlich Menschen ihre Straftaten im Sinne eines Täter-Opfer-Ausgleichs beglichen haben. Zunächst kann man vielleicht fast verallgemeinernd sagen, daß es sowohl in den alten Hochkulturen wie in der jüdischen Kultur bis hin zu den Stammesgesellschaften in unserer Zeit immer das Phänomen der Rache gab und gibt. Der, der einen Täter auf frischer Tat ertappt, hat zunächst die Emotion, „draufzuhauen“ und das Unrecht sofort zu rächen. Das passiert aber auch in unserer Zeit, denn die Polizei kommt ja vielleicht erst später dazu. Wenn – angenommen – ein Täter eine Frau vergewaltigt und der Ehemann käme dazu, dann müßte der Täter wohl auch unmittelbar damit rechnen, daß er totgeschlagen würde. Das ist heute nicht anders

und nicht zwischen einer staatlichen Rechtsordnung und dem Täter.

wub: *Ist es denn heute, 1993, eine sehr exotische Forderung, wenn jemand wie Sie die Abschaffung des Strafrechts verlangt?*

Bewußtseinsbildung

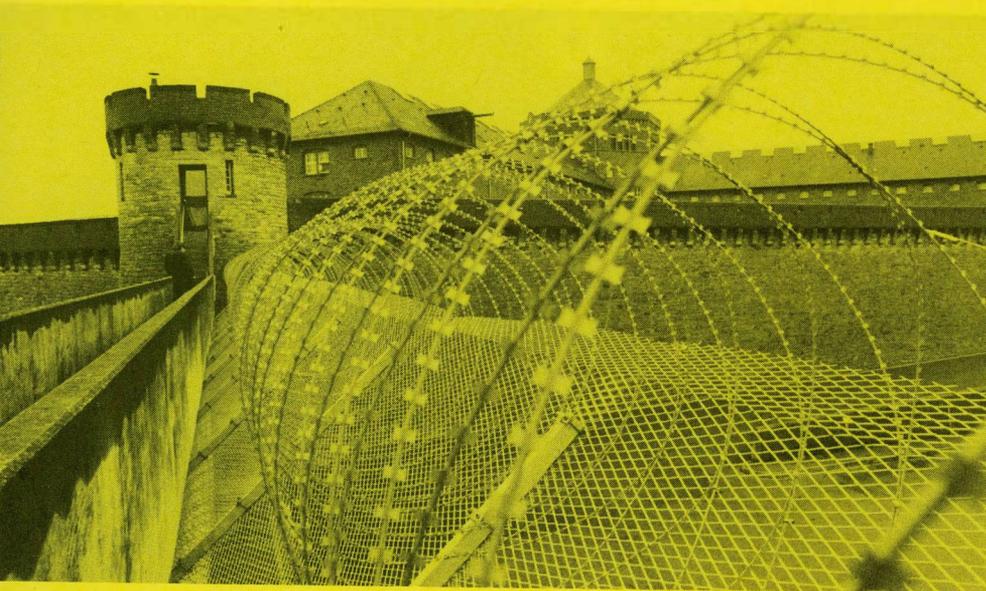
Hahn: Man kann wohl sagen, daß alle, die in der Wissenschaft arbeiten und sich mit diesem Thema beschäftigen, das gleiche Anliegen so unterschreiben würden und die Zielrichtung billigen würden, sowohl was die Kritik am geltenden Strafrecht angeht und seine Unvollkommenheit, als auch die Rationalität dieses Täter-Opfer-Ausgleichs. Der Einwand, der meistens kommt, ist, daß unsere Gesellschaft das nicht akzeptieren würde; daß das Vergeltungsbedürfnis in unserer Gesellschaft so tief verankert sei, daß sie es nicht verstünde, daß jemand nicht ein Übel erleiden soll, wenn er ein Übel getan hat, sondern daß es da einen Schadensersatz geben soll, und der Betroffene dann wieder frei ist. Sowas würde man bei uns nicht verstehen, heißt es. Es ist also eine Frage der geistigen Auseinandersetzung. Und ich denke schon, daß diese Täter-Opfer-Ausgleichsstellen, die jetzt überall entstanden sind, ein Stück weit mit ihrer Arbeit Bewußtseinsbildung betreiben und daß diejenigen, die mitbekommen, wie eine Strafe auch abgearbeitet werden kann, auch davon zu überzeugen sein werden, daß man hier Schritt für Schritt das Strafrecht zurückdrängen kann. Es ist also keine allzu exotische Meinung.

wub: *... aber sicherlich eine unbequeme Meinung, denn das Ganze verlangt ja nicht nur Anstrengung seitens der Justiz, sondern auch eine Anstrengung von Seiten der Opfer.*

Hahn: Ja, das ist sicher für beide Seiten so. Wobei ich mir schon vorstellen kann, daß viele Opfer eher dazu bereit sind, sich mit den Tätern auseinanderzusetzen, als man denkt. Ich möchte natürlich nicht, daß Opfer dazu gezwungen werden. Aber ich weiß von vergewaltigten Frauen, die sich im Rahmen einer solchen Täter-Opfer-Beziehung sehr intensiv mit den Tätern auseinandergesetzt haben und dadurch die eigene seelische Verletzung besser verarbeiten konnten und dem Täter etwas vermitteln konnten, was sonst leider nie geschieht. Ich kann mir diese Abschaffung des Strafrechts nur so vorstellen, daß sie schrittweise geschieht, soweit jeweils die Gesellschaft auch dazu bereit und in der Lage ist. Ich erhoffe mir eben, daß immer mehr Menschen bereit werden, die an ihnen begangenen Straftaten im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleichs auszugleichen. Und die, die einfach so getroffen oder so verletzt sind, daß sie es nicht wollen, denen würde ich es auch nicht aufbürden. Da muß man sagen: Gut, dann läuft eben auch das normale Strafrecht weiter. Ich denke aber, daß positive Beispiele von Täter-Opfer-Ausgleichen auch andere Leute mit der Zeit überzeugen werden. Und ich denke auch: Das Thema Strafen, Schuld und Sühne hängt sehr stark mit unserem Gottesbild zusammen. Solange wir uns Gott als Richter und Strafenden vorstellen, übertragen wir diese Vorstellungen auf unsere staatliche Justiz und dann muß eben bestraft werden. Wenn wir eine andere Beziehung zu Gott haben, im Sinne eines versöhnenden und liebenden Gottes, der auch den Straftäter lieb hat und nicht möchte, daß ein neues Übel geschieht, dann können wir vielleicht auch eher in unserer Gesellschaft versuchen, unsere Strafjustiz umzugestalten.

wub: *Herr Hahn, herzlichen Dank.*

(Interview: Werner Schulz)



forschung noch gefunden habe, sind historische Beispiele, die einem Mut machen können, nach alternativen Formen zu suchen. In der Bibel etwa fand ich diese berühmt-berüchtigte Stelle „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Sie wird aber in jüdischen Übersetzungen folgendermaßen übersetzt: „Auge um Augersatz, Zahn um Zahnersatz, Wunde um Wundersatz“. Das Ganze ist also zu verstehen im Sinne eines Schadensersatzrechts.

wub: *Aber kein Mensch kann ein Auge ersetzen.*

Hahn: Nein, aber es wird zum Beispiel beim Schadensausgleich von Verkehrsunfällen eine bestimmte Schmerzensgeldrente gegeben. Natürlich kann man das Auge nie ersetzen, aber man kann versuchen, Erwerbsminderung auszugleichen. Und genau das haben alle alten Kulturen gemacht, sowohl im Alten Testament als auch in allen alten Kulturen. Bis zum Mittelalter wurde jedes Strafrecht im Sinne von Schadensersatzrecht verstanden. Erst im hohen Mittelalter, im Zuge der Inquisition, wurde Strafrecht zu einer staatlichen Aufgabe. Das Verhältnis Täter-Opfer verwandelte sich in das Verhältnis Täter-Staat. Und so ist es heute noch: Deswegen zahlt ja der Täter seine Geldstrafe an den Staat für ein Unrecht, das er einem anderen Menschen angetan hat.

wub: *Gibt es denn Beispiele von Gesellschaften, die auch heute noch ohne Strafe im Sinne von Vergeltung auskommen?*

Hahn: Die ganze völkerkundliche Forschung,

als früher. Aber da, wo ein zeitlicher Zwischenraum zwischen der Tat und der Ermittlung des Täters gesetzt werden kann, da hat in allen alten Kulturen der Täter-Opfer-Ausgleich eingesetzt. Und dafür, daß es einen solchen zeitlichen Zwischenraum überhaupt gibt, während dem die Emotionen abgebaut und ein rationales Schadensersatzrecht entwickelt werden konnten, dafür gab es in allen alten Kulturen das Asylrecht. Das ist interessant: Schon im alten Testament gibt es eine Reihe von Asylstätten, die ja nicht für politische Flüchtlinge galten, sondern eben für Straftäter, die irgendwohin fliehen mußten, um dann mit der Familie des Opfers oder mit dem Opfer selber in Verhandlungen einzutreten. Und auch in allen Stammesgesellschaften, die es heute noch gibt, gibt es einen solchen Asylplatz; die Hütte des Priesters oder irgendeinen heiligen Ort, ein Baum z. B. Dort läuft der Täter erst mal hin, und von dort aus wird dann der Täter-Opfer-Ausgleich in Gang gesetzt, und zwar durch die Vermittlung des Priesters. Und bis zum Beginn der Neuzeit war dies auch die Aufgabe von christlichen Klöstern, die ja ursprünglich auch alle Asylstätten waren für Straftäter. Auch sie hatten die Aufgabe, solche Straftäter mit dem Opfer in einen Ausgleich zu bringen und damit letztlich auch der Versöhnung zu dienen, die ja dahinter stehen soll. Es soll nicht nur einen materiellen Schadensersatz geben, sondern auch zur Versöhnung kommen. Aber Versöhnung kann es eben nur zwischen konkreten Menschen geben

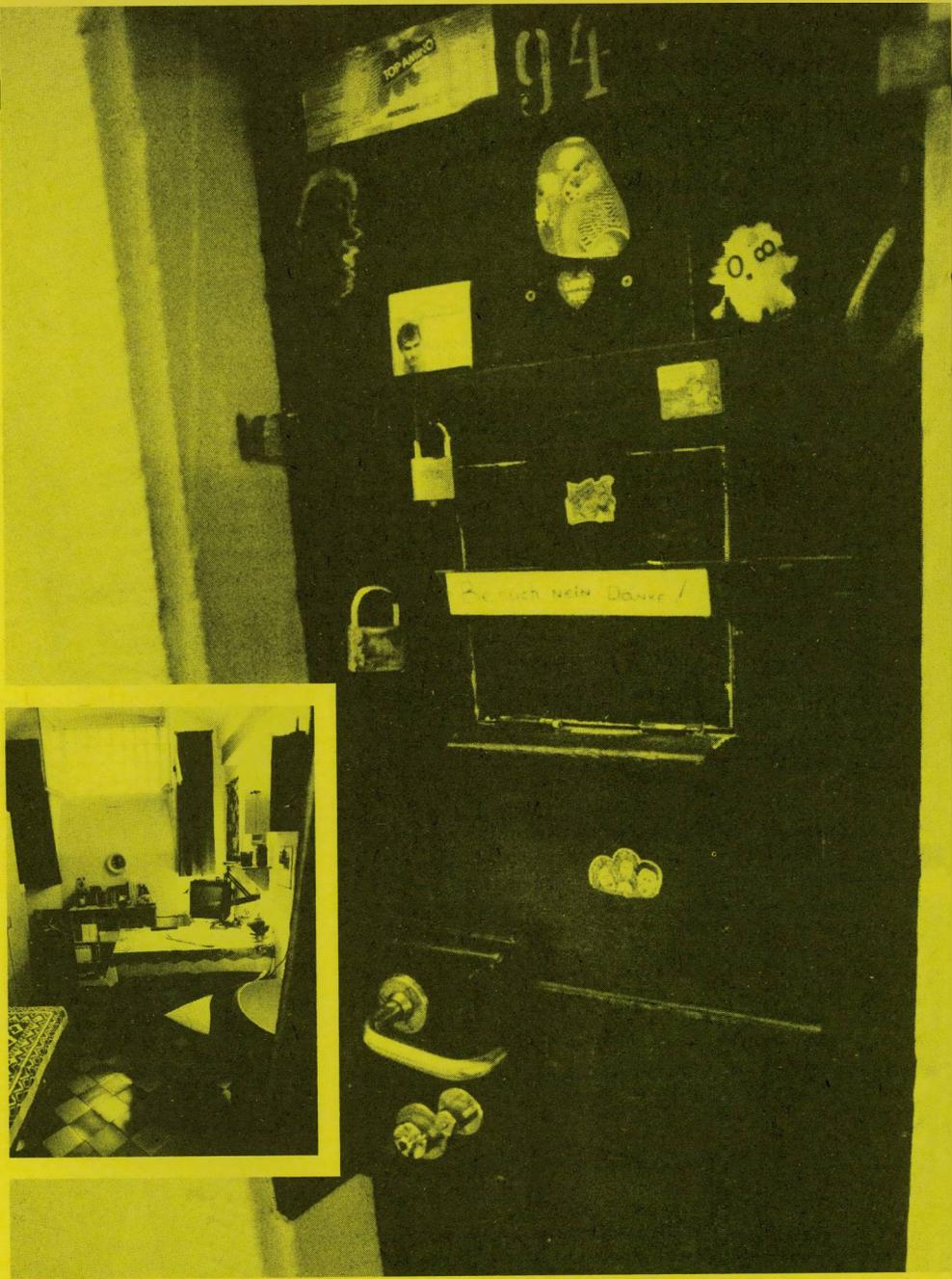
Mehr strafen nützt nichts

Streiflichter moderner Jugendkriminalpolitik am Beispiel Bremens

Von Jürgen Hartwig *

Mehr strafen führt in den seltensten Fällen junge, wiederholt rückfällig gewordene Straftäter aus dem Teufelskreis von Straffälligkeit - Inhaftierung - Entlassung - erneuter Straffälligkeit und Inhaftierung etc. heraus. Die Frage, wie dieser unselige „Drehtüreffekt“ vermieden und einem straffällig gewordenen jungen Menschen aus seiner kriminellen Karriere herausgeholfen werden kann, beschäftigte seit Mitte der 70er, aber insbesondere in den 80er Jahren Forschung und Praxis. Seitdem kamen verstärkt Modelle zur Vermeidung einer Inhaftierung (Arrest oder Jugendstrafe) und zur Aussöhnung zwischen Opfer und Täter durch Umlenkung der staatlichen Reaktion auf sog. „ambulante Alternativen“ wie „gemeinnützige Arbeit“, „soziale Trainingskurse“ und „Täter-Opfer-Ausgleich“ zur Anwendung. Auf die Straftaten erstmals straffällig gewordener junger Menschen reagieren die Staatsanwaltschaften und die Jugendgerichte im Rahmen der „Diversions“ (Umlenkung) pädagogisch, d. h. ohne eine Abstempelung der jungen Menschen als Straftäter. Aber die ambulanten Alternativen müssen dringend weiter ausgebaut werden, das zeigen schon ein paar wenige Zahlen: Es ist eine Tatsache, daß haftentlassene junge Menschen nach ihrer Entlassung zu 70 %, bei der Entlassung aus dem offenen Strafvollzug bis zu 50 % rückfällig werden und in einem Zeitraum bis zu vier Jahren nach der Haftentlassung zu annähernd 80 % erneut verurteilt werden. Eine Studie des Senators für Justiz und Verfassung in Bremen ergänzte diese sehr wichtigen sicherheitspolitischen um soziologische Argumente: Anhand der Auswertung der Akten eines kompletten Jahrganges arrestierter junger Menschen wurde die Annahme der Justizverwaltung über die desolote Lage der jungen Menschen bestätigt. Eine abgebrochene Schul- und Berufsausbildung, Arbeitslosigkeit, Beziehungsprobleme, zu Eltern und Partnern, Verschuldung, Wohnungslosigkeit und im zunehmenden Maße Suchtprobleme kennzeichneten die Lebenslage dieser jungen Menschen, deren Durchschnittsalter bereits bei 20 Jahren lag. Die wesentliche Einsicht war, daß Jugendarrest von bis zu vier Wochen, vollzogen in einer Jugendarrestanstalt, an dieser desolaten Lebenslage nichts ändert.

Aufgrund dieser empirisch belegten sicherheits- und sozialpolitischen Fakten schnürte der Senator für Justiz und Verfassung der Freien Hansestadt Bremen ein Paket ambulanter Alternativen, um den unabhängigen Richtern ein wei-



„Drehtüreffekt“: Annähernd 80 % der haftentlassenen jungen Menschen werden innerhalb von 4 Jahren erneut verurteilt.

Foto: A. Emmerling

tes Spektrum sinnvoller Alternativen zur Haftstrafe oder zum Jugendarrest anzubieten. Parallel hierzu wurde die Jugendarrestanstalt in Bremen-Lesum geschlossen. Mit dem Land Niedersachsen wurde die Nutzung der Jugendarrestanstalten in Bremervörde und Ahlfeld/Leine durch die Bremer Justiz vereinbart, um den Richtern, wenn sie von dem rechtlich vorgesehenen Zuchtmittel Arrest Gebrauch machen wollten, diese Möglichkeit auch einzuräumen. Bei der Beratung des 1. Jugendgerichtsänderungsgesetzes im Bundesrat hat Bremen konsequenterweise die Streichung des Arrests aus dem Jugendgerichtsgesetz gefordert. Es fand zwar Unterstützung, aber bislang keine Mehrheit, obwohl der Gesetzgeber in der Begründung zum Gesetzentwurf die Schädlichkeit der Inhaftierung und die Vorteile ambulanter Alternativen, ohne daß sich die Rückfallgefahr erhöht, selber einräumt.

Die ambulanten Alternativen müssen also einen Beitrag zur Verbesserung der desolaten Lebenslage der jungen Straffälligen leisten. Die Betroffenen müssen für sich Lebensperspektiven entwickeln können, um letztlich auch aus der Straffälligkeit herauszukommen. Dafür wurden im Land Bremen folgende Hilfsangebote entwickelt: Der Diversionserlaß, der der

Staatsanwaltschaft die pädagogisch angepaßte Reaktion auf leichte bis mittlere Straftaten junger Menschen erlaubt, ohne gleich den „Hammer“ des Gesetzes einzusetzen. Zur Vermeidung des Jugendarrestes wurde - überwiegend bei Freien Trägern - das Angebot der Übungs- und Erfahrungskurse als Alternative zum Dauerarrest, die Beratungsstelle zur Arrestvermeidung als Alternative zum Kurz- und Freizeitarrest und der Koordinator am Amtsgericht Bremen als Stelle für sozialarbeiterische Intervention im Falle eines drohenden Ungehorsams oder Beugearrestes geschaffen. Freie Träger haben auch im Zusammenwirken mit dem Senator für Justiz und Verfassung und dem Senator für Jugend und Soziales die Hilfeform des „Betreuten Wohnens“ entwickelt, um Straf- und Untersuchungshaft für Jugendliche und Heranwachsende zu vermeiden.

Soweit die jungen Menschen bereits inhaftiert sind, wird diese Hilfeform den Jugendrichtern als Möglichkeit zur Haftverkürzung (Aussetzen des Restes der Strafe zur Bewährung) angeboten. Alle genannten Stellen leisten Hilfestellung beim Aufbau einer Lebensperspektive: Hilfe bei der Wohnraumbeschaffung, Hilfe bei der Aufnahme einer praktischen Ausbildung und/oder Arbeit. Angebote zur Integration in

das soziale Leben (Gruppenangebote), Schuldnerberatung zur Regulierung vorhandener Schulden und Entwickeln eines Schuldentilgungsplanes und Hilfen bei der Bewältigung der vorhandenen Sucht (Methadon, Betreuung, Hilfe zum Ausstieg).

Der Etat beim Senator für Justiz und Verfassung für die ambulanten Alternativen im Jugendbereich beträgt inzwischen ca. 500 000,- DM, beim Senator für Jugend ca. 1,5 Mio. DM. Im Sinne eines ressourcenschonenden Einsatzes der Gelder wurden parallel durch die Schließung der Jugendarrestanstalt Bremen und durch Haftplatzabbau in der Jugendstrafanstalt Bremen-Blockland die Mittel hierfür teilweise erwirtschaftet. Doch die wichtigste Botschaft dürfte sein, daß die Akzeptanz der ambulanten Alternativen bei der Staatsanwaltschaft und den Jugendgerichten im Land Bremen seitdem durch die gravierende Abnahme der verhängten Arreste (um 2/3) und durch das Anwachsen der Haftverkürzungen und durch die zunehmenden Zuweisungen in die Alternativangebote stetig gewachsen ist. ■

* **Dr. Jürgen Hartwig** war von 1987 bis 1991 Referent für Jugendvollzug und ambulante Alternativen und stv. Abteilungsleiter Justizvollzug und Soziale Dienste der Justiz beim Senator für Justiz und Verfassung in Bremen. Seit Dezember 1991 ist er Pressesprecher des Senators für Finanzen und der Senatskommission für das Personalwesen. Seit dem 1. Dezember 1992 ist er zusätzlich Leiter eines Haushaltsreferates.

Weiterführende Literatur:

Der Senator für Justiz und Verfassung (Hrsg.): *Praktische Kriminalpolitik. Das System der Straffälligenhilfe im Land Bremen.* Bremen 1991

Helmut Grass/Reiner Kaulitzki (Hrsg.): *Ambulante Maßnahmen und Innere Sicherheit in der Jugendkriminalpolitik.* Bremen 1992

Franz Josef Krafeld (Hrsg.): *Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugenddeliquen.* Schriftenreihe der Landeszentrale für Politische Bildung. Band 4. Bremen 1992

Als Seelsorger im Gefängnis: Dienst inmitten von Widersprüchen

Von Pfarrer Johannes Müller, JVA Bruchsal

Meine Tätigkeit als Seelsorger im Gefängnis ist geprägt von Widersprüchen, die mir unüberwindbar erscheinen. Einerseits arbeite ich in einem Hause, in dem ich alle paar Meter mit einem großen Schlüssel eine schwere Eisentüre aufschließen muß, um mich bewegen zu können; in einem Haus, in dem das ganze Leben in einen strengen Ablauf eingebunden ist, den keiner umgehen kann.

Und andererseits will ich nun in eben diesem Haus die befreiende Nähe Gottes verkündigen und etwas von seiner Zuwendung spürbar werden lassen. In der praktischen Ausgestaltung dieses Auftrages habe ich zwar jede *Freiheit*, soweit die Sicherheit und Ordnung nicht zu sehr gestört werden, aber zu den Widersprüchen gehört auch, daß nach meinem Eindruck das traditionelle kirchliche Angebot für immer weniger Gefangene eine Bedeutung hat. Gesucht wird dagegen der unvoreingenommene menschliche Kontakt, und ich erlebe sehr offene und lebendige Gespräche über bedrückende Nöte und Probleme.

Ich biete also an den Sonn- und Feiertagen Gottesdienste an – in Abwechslung mit dem Katholischen Kollegen – oder lade auch zu einer Gesprächsgruppe ein, in der neben anderen Themen auch biblische Texte und religiöse Fragen eine Rolle spielen.

Doch der eigentliche Schwerpunkt meiner Arbeit ist der persönliche Kontakt mit den Gefangenen. Für diese Begegnungen ist mir wichtig, daß ich strikt an das Beichtgeheimnis gebunden bin, d. h. ich habe nicht nur das Recht, Aussagen zu verweigern (auch vor Gericht), sondern ein Gefangener könnte mich sogar anzeigen, wenn er meinte, ich hätte diese Vertrau-

lichkeit gebrochen. Außerdem nehme ich nur dann zu Fragen der Vollzugsgestaltung Stellung, wenn der Gefangene dies ausdrücklich von mir wünscht. Doch auch die Begegnung mit den Gefangenen selbst ist voller Widersprüche:

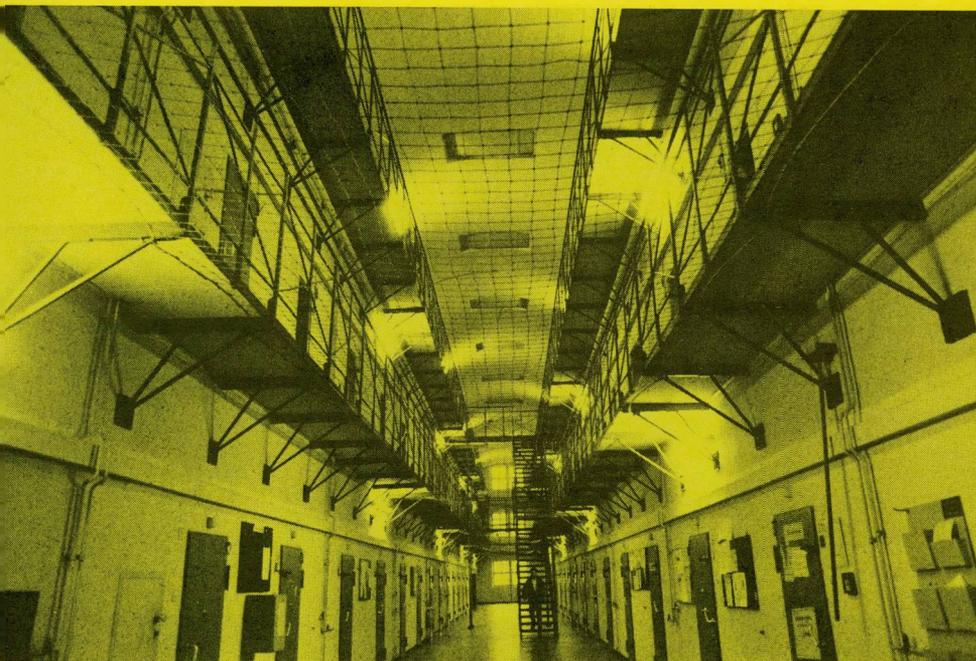
Einerseits sehe ich die enormen Benachteiligungen, die viele der Gefangenen in ihrem Leben von Anfang an erfahren haben und bin oft ein 'Mitleidender' an diesen Kränkungen. (Die entmündigende Struktur der Freiheitsstrafe verstärkt ja oft genau diese Erfahrungen noch.)

Andererseits ärgern und verunsichern mich aber auch Gefangene durch viele ihrer Verhaltensweisen, wie sie sich zunächst einmal in den Straftaten gezeigt haben, dann aber auch heute noch im persönlichen Umgang untereinander, mit den Mitarbeitern des Hauses und auch in der Begegnung mit mir zeigen.

Ich muß also versuchen, weder zum tabakverteilenden Schokoladenonkel zu werden, der zu allem 'Ja' sagt, noch mich als weiser Winkeltherapeut aufzuspielen. Ich möchte einen partnerschaftlichen Umgang mit den Gefangenen suchen, der der jeweiligen Situation angemessen ist. Das heißt leider dann aber auch immer wieder, daß ich mich der persönlichen Betroffenheit und den damit verbundenen Konflikten stellen muß.

Es sind ja nicht nur die Mauern und Türen, die die Gefangenen von einem Leben „in Freiheit und sozialer Verantwortung“ trennen, es sind vor allem die abgeschnittenen zwischenmenschlichen Kontakte. Wenn Seelsorge im Gefängnis ihre christliche Glaubwürdigkeit erweisen will, so geht es für mich darum, daran mitzuarbeiten, diese Trennungen zu überwinden. So ist mir neben der unmittelbaren Beschäftigung mit den Gefangenen alles wichtig geworden, was die Fronten zwischen den Menschen innerhalb des Hauses und die Mauern nach draußen durchlässig macht.

Als Pfarrer habe ich besondere Möglichkeiten, in Gemeinden und Schulen etwa, vom Gefängnis und von den Menschen, die dort leben, zu berichten. Ich kann Kontakte nach draußen herstellen und vorhandene Kontakte unterstützen. Daneben ist mir die Begleitung der Mitarbeiter im sog. allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst wichtig geworden, denn diese Beamten und Angestellten arbeiten ein ganzes Berufsleben lang zusammen mit den schwierigsten Menschen, die es in unserer Gesellschaft gibt. Aber oft sind sie mit den damit verbundenen Problemen alleingelassen. Damit gerate ich selber auch gefühlsmäßig zwischen eine gewisse Frontstellung, die zwischen den Mitarbeitern und den Gefangenen besteht. Doch wenn ein Stück weit das Gespräch, der verständnisvolle Umgang miteinander im Gefängnis gefördert wird, dann geschieht dies nicht nur im Sinne der Verantwortlichen, sondern dann hilft dies auch dem Straffälligen, in der Zeit der Unfreiheit Erfahrungen zu sammeln, die für sein Leben in Freiheit wesentlich sein können. ■

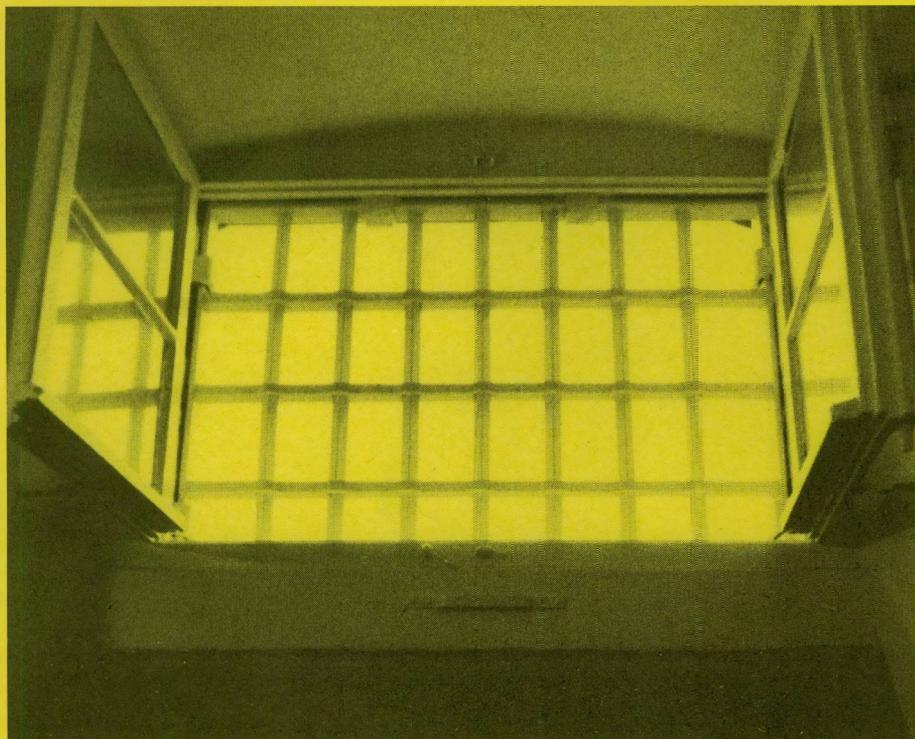


Freiwillig hinter Gittern

Über die Arbeit der „ehrenamtlichen VollzugshelferInnen“

Von Werner Schulz

Fotos: A. Emmerling



Am Anfang denke ich: Warum immer diese Bescheidenheit? Es sei wirklich nichts Besonderes, sagt Frau Mußnug, sie profitiere ja für sich selbst oft mehr als sie investiere. Und auch Frau Helfrich meint, es sei mindestens ein ausgewogenes Geben und Nehmen, sie hätten beide schon so viel dazugelernt und Neues entdeckt, an Sichtweisen, an Problemen und Lösungen – und nicht zuletzt an sich selbst. Im Grunde, behauptet Frau Helfrich, laufe alles so, wie in irgendeiner Gruppe, in der Menschen miteinander reden.

Nichts Besonderes? Irgendeine Gruppe? Die beiden Frauen, Erna Mußnug ist 58 und Hausfrau, Jutta Helfrich ist Psychologiestudentin, 25, arbeiten als sogenannte ehrenamtliche Vollzugshelferinnen in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal. Ihre Gruppe, das sind 20 Knackis mit langjährigen Haftstrafen: Raub, schwerer Diebstahl, Mord, Vergewaltigung, Kindesmißhandlung... Und der Gruppenraum, der liegt hinter Stacheldraht, meterdicken Mauern und ungezählten Toren, Schlössern und Riegeln, im Herzen der sternförmigen Gefängnisfestung von Bruchsal, Baujahr 1848. Und das alles soll nichts Besonderes sein?

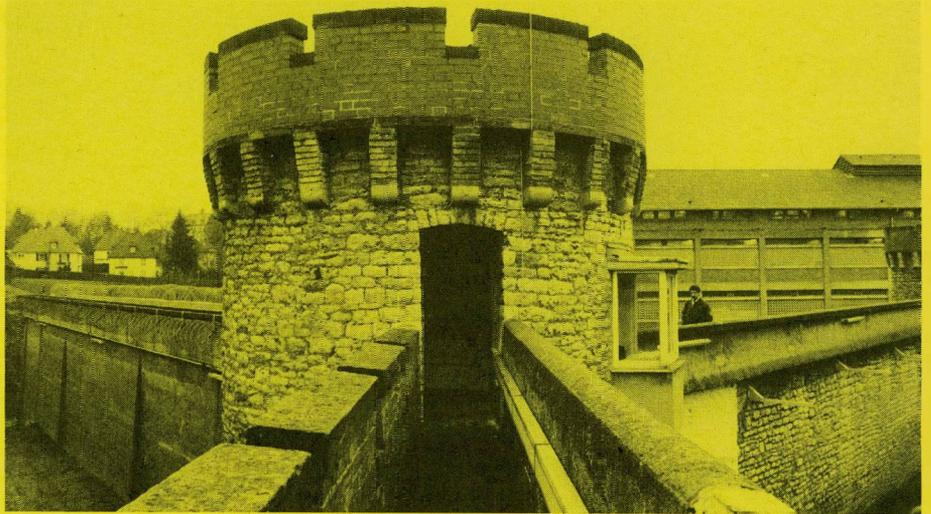
Warum denn, will ich wissen, sowas jemand freiwillig auf sich nimmt, sich immer wieder in diese kalte, abweisende Zuchthauswelt zu begeben?

Den beiden Frauen fällt die Antwort schwer. Die Frage nach dem Warum, meinen sie, die stellten immer nur die anderen, für sie selber sei diese Frage nicht so wichtig. Wieder diese Bescheidenheit? Vielleicht sei es Neugier gewesen, vielleicht die Lust, mal was ganz ungewöhnliches zu tun, vielleicht auch ganz andere Gründe...

Aber wie alles anfing, das sei schnell erzählt: Der Gefängnispfarrer der Bruchsaler JVA, Pfarrer Müller, habe vor einigen Jahren einen Zeitungsartikel veröffentlicht, in dem er ehrenamtliche HelferInnen suchte und InteressentInnen aufforderte, sich bei ihm zu melden. Und das haben die beiden getan. Inzwischen gehören sie zum festen Stamm der ehrenamtlichen BetreuerInnen.

Durchschnittlich einmal pro Monat besuchen sie einen Gefangenen zum Einzelgespräch oder treffen sich mit mehreren Insassen in einer Gruppe. Die Gesprächsthemen in der Gruppe werden vorher gemeinsam ausgewählt (s. Liste) und je nach Interesse bereiten sich einzelne Gefangene durch Referate auf die Abende vor oder man diskutiert in Kleingruppen.

Etwa 100 LaienhelferInnen gibt es insgesamt für die ca. 400 Insassen der JVA Bruchsal, wobei allerdings nicht nur die Kirchen, sondern auch Verbände und Organisationen HelferInnen schicken. An regelmäßigen Gruppenabenden, etwa alle 2 Wochen, werden die ehrenamtlichen BetreuerInnen um Pfarrer Müller von ihm und psychologischen Fachkräften auf ihr (Ehren-)Amt hinter Gittern vorbereitet. Es sind nicht wenige, die nach anfänglichem Interesse für die Knastarbeit schon bald wieder abspringen (sei es, weil sie sich durch die Aufgabe überfordert sehen, oder sei es auch, weil ihre Vorinformationen über das Knastleben offenbar den wenig seriösen Quellen entstammen und Anlaß zu ausschweifenden Phantasien geben: Einer der freiwilligen Betreuer, so weiß Frau Mußnug zu berichten, habe ihr erklärt, daß er bei Frauen, die freiwillig im Männerknast arbeiten, sehr „spezielle“ Interessen vermuten müsse...). Etwa 10 Freiwillige, je zur Hälfte Männer und Frauen, bilden den har-



ten Kern in der Gruppe, der auch Frau Mußnug und Frau Helfrich angehören. Sie treffen sich regelmäßig und besprechen gemeinsam Probleme, die ihnen aus den Einzel- oder Gruppenkontakten mit den Gefangenen auf den Nägeln brennen. Und da, berichten die beiden Frauen, komme einiges zusammen.

Am meisten Probleme gäbe es bei der Einzelbetreuung. Den Ehrenamtlichen werde per Losverfahren ein Gefangener zugeteilt, der zuvor beim Gefängnispfarrer um einen solchen Kontakt gebeten habe. „Man hat da also einen Namen“, sagt Frau Helfrich, „vielleicht ein, zwei Briefe, sonst nichts. Das ist am Anfang schon alles sehr aufregend.“ Und alles andere als einfach. Schon die erste Begegnung, die ersten Kontakte fordern sehr viel Fingerspitzengefühl von den BetreuerInnen, erklärt Frau Mußnug und blättert dabei suchend in einem Ordner. Es komme z. B. schon entscheidend darauf an, wie man aufeinander zughe. Und natürlich auch darauf, werfe ich ein, mit wem man es zu tun hat, sprich: wegen welcher Tat(en) der Mann hinter Gittern sitzt? Aber da schauen sich die beiden nur an und schütteln die Köpfe. Das interessiere eigentlich wenig, davon erfahre man oder auch nicht. Nein, viel wichtiger sei z. B. die Frage: duzen oder siezen? Und noch während ich mich frage, ob ich wohl der einzige sei, der gerne wissen wollte, ob ihm denn ein Frauenmörder oder ein Scheckbetrüger gegenüber sitzt, da hat Frau Mußnug im Ordner gefunden, was sie suchte. Ein Spruch von Alfred Delp auf einer Postkarte: „Die Behutsamkeit und die große Ehrfurcht müßten immer die Haltung sein, mit der man in die Nähe eines Menschen kommt.“ Das sei so ein Leitgedanke, ein Ziel, dem sie sich zu nähern suche. Und allmählich beginne ich zu begreifen: Wer so über Knackis denken kann, dem geht's nicht um die Täter, dem geht's um die Menschen. Da hat der Knast längst seinen Horror oder auch seine Exotik, seinen Geruch nach spektakulären Schlagzeilen und spannenden Kriminalgeschichten verloren. Der Knast, sagt Frau Helfrich, ist wie ein kleines Dorf, ein Ort, an dem Menschen leben. „Man kennt sich und man kennt sich aus – aber so richtig reden kann man mit keinem.“ Die Einzelbetreuung und die Gesprächsgruppen der ehrenamtlichen BetreuerInnen sind ein Angebot, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und als ich schließlich nach den Erfolgen der Arbeit frage, da habe ich längst nicht mehr den Eindruck, die Antworten klängen nach falscher

Bescheidenheit. Ich denke eher, sie geben sehr realistisch wieder, was jenseits der endlosen Diskussionen über Reformen im Strafvollzug tatsächlich innerhalb der bestehenden Mauern machbar ist – und das ist nicht eben viel. Frau Mußnug: „Ich frage nicht immer, was dabei herauskommt, ich tu's einfach. Und mindestens bringen unsere Gespräche Abwechslung in den Knastalltag.“

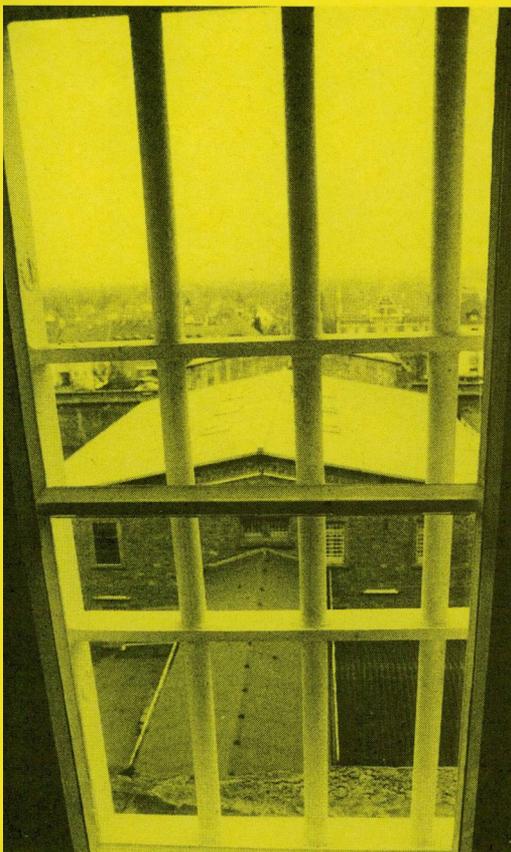
Frau Helfrich: „Wer im Gefängnis mit niemandem reden kann, der staut eine Wut in sich auf. Diese Wut abzubauen, für später, wenn die Leute wieder rauskommen, das würde ich gerne helfen zu ermöglichen.“ ■

Wer sich für die Arbeit als ehrenamtlicher Vollzugs- helfer interessiert, der kann sich an die Gefängnis- pfarrer wenden. Die Telefonnummer ist über die Zentrale der jeweiligen JVA erhältlich.

Böse Menschen – gute Menschen

Themenvorschläge aus der Gesprächsgruppe am 5. Juni 1992

- 1.a.) Wir brauchen keine „besseren“ Gefängnisse. Wir brauchen etwas „Besseres“ als Gefängnisse.
- 1.b.) Christlich strafen – Gibt's das?
- 2.) Böse Menschen – Gute Menschen.
- 3.) Das Böse siegt! – Schlechte Zeiten für das Gute!?
- 4.) Willensfreiheit!
- 5.) Verraten und verkauft! (Besuch!)
- 6.) Wenn die Entlassung droht!!!
- 7.) Es ist nichts zu klein und wenig, woran man sich nicht erfreuen könnte.
- 8.) Resozialisierung – Wiedereingliederung in die Gesellschaft.
- 9.) Rechtsstaat – Gewaltmonopol – Persönliche Freiheit.
- 10.) Es gibt nichts gutes, es sei denn, man tut es. E. K.
- 11.) Freie Entfaltung der Persönlichkeit?
- 12.) Ausländerhaß.
- 13.) Innere Freiheit kann trotz räumlicher Einengung bestehen – wenn jemand zuhört!
- 14.) Wie soll sich Ihrer Meinung nach der „Vollzug“ verändern bzw. verbessern?
- 15.) Resozialisierung
- 16.) Kirche und Strafvollzug.
- 17.) Psychologie im Strafvollzug.
- 19.) Strafvollzug als Folge der menschlichen Kultivierung?
- 20.) Erziehung allgemein.
- 21.) Familiengründung nach der Haft.
- 22.) Unterhaltung
- 23.) Film (Kultur), Buchvorstellung.
- 24.) Meditation, Entspannung, Joga.



Knastnotizen

Gerhard Scherer war als Totalverweigerer viereinhalb Monate im Gefängnis

Gefängnis erleben heißt kämpfen.

Vor Antritt der Gefängnisstrafe ringt man mit seinen Ängsten und Befürchtungen, hadert man mit der eigenen Courage, man gerät in Zweifel: War's das alles wirklich wert? So ging es mir und so ähnlich all den von mir befragten FriedensaktivistInnen mit Gefängniserfahrungen. Es ist hilfreich, sich mit Knast und seinen Untiefen vorab vertraut zu machen durch Lektüre und Gespräche mit Kundigen. Es ist mildernd, mit FreundInnen über alles zu reden. Es ist wichtig, sich mit Friedens- und Menschenrechtsgruppen vorher zu vernetzen, damit man als Gefangener Aktionsradius behält.

Nach der Festnahme beginnt die entwürdigende Dauerprozedur ständiger Demütigung: Beschimpfungen, warten, Hosen runter zur Arschkontrolle, warten, wegschließen. Wer seine Haftstrafe nicht freiwillig antritt und fern vom vorgesehenen Ort verhaftet wird, gerät in die krasse Gefangenen-Transport-Mühle. „Grüne Minnas“ nennt der Volksmund die Justizbusse. Meist sitzen die Gefangenen darin in bedrückend engen Holzverschlägen auf harten, schmalen Holzpritschen. Die Verschläge haben nur handbreite Fensterchen in Brusthöhe. Wer etwas von der Außenwelt sehen will, muß sich krümmen. Die künstliche Belüftung ist unzureichend. Mich erinnerte alles an Viehtransporte. Stundenlang juckelt die Justiz ihre Sträflinge so durch die Gegend, von Knast zu Knast, mit mehrtägigen Aufenthalten. Bis ein entlegenes Ziel erreicht ist, dauert es Wochen. Wochenlang 23 Stunden in schmutzigsten Transportzellen, keine Kleider zum Wechseln, keine Post, kein Besuch, kaum Kontakte. Gefangenentransporte – darüber gilt es in der Gesellschaft mehr zu reden. Was da läuft ist ungeheuerlich.



Eine ganz normale Gefängniszelle, 3,50 m lang, 2,50 m breit, vorbereitet für den nächsten „Einzug“
Foto: Angelika Emmerling

„Diktatur par excellence“

Der Gefängnisalltag dann fordert einem kritischen Geist fast täglich Gewissensentscheidungen ab. Wie verhalte ich mich bei der ärztlichen Zwangsuntersuchung? Unterschreibe ich „Vollzugsanstands“-Papiere? Halte ich mich an die maßlose Zahl sinnloser Verbote und Vorschriften?

So durfte beispielsweise niemand aus dem Flurfenster schauen, das Anbringen von Bildern in der Zelle war verboten, eine gelesene Zeitung durfte nicht weitergereicht werden, generell war das Verleihen von Sachen an Mitgefängene untersagt.

Eine schwerwiegende Frage ist die Gefängniszwangsarbeit. Fast ohne Lohn (0,80 DM - 1,20 DM pro Stunde) sollen Gefangene hart arbeiten. Die Knäste machen horrende Gewinne, weil sie von den beauftragenden Firmen nahezu Tariflohn ausgezahlt bekommen. Wer die Arbeit verweigert, kommt in Sonderzellen und wird der meisten „Haftlockerungen“, wie Aufschluß, Umschluß, Einkauf, Freizeitbeschäftigungen etc., beraubt. Überhaupt ist der Katalog der widerwärtigsten Unmenschlichkeiten gegenüber Querulanten und Individualisten, Freigeistern und Unangepaßten immens lang. Selbst wer zu allem ja und amen sagt, genießt seine bescheidenen Annehmlichkeiten auf Widerruf und durch der Anstalt Gnaden. Gefängnisse sind insofern Paradebeispiel für eine totale Institution, sind Diktatur par excellence.

Positiv, gewaltfrei, kreativ, sensibel und menschenfreundlich zu bleiben innerhalb dieses Unterdrückungsapparates, fällt nicht immer leicht. Im Gefängnis ein „besserer Mensch“ zu werden ist unmöglich, besteht die Herausforderung doch schon darin kein „schlechterer“ zu werden. Gefangene sind Entmündigte und Behandelte. Das Prinzip von Zuckerbrötchen und Peitsche macht Justizvollzug zu Schwarzer Pädagogik für Erwachsene. Für viele Knackis bedeutet dies die Fortsetzung ihrer unsäglichen Kindheitstraumata.

„Aktion Brief- und Feilenflut“

Nein, ich kann von keinen schlechten Erfahrungen mit Mitgefängenen berichten. Sicher, es gibt im Knast Revierstreitigkeiten und Privilegienrangeleien, die durchaus zu Ungunsten einiger Leidensgenossen ausgehen können. All das empfand ich jedoch nie so drastisch wie die strukturelle, psychische und physische Gewalt der Institution.

Überwinden aber ist unmöglich. Möglich durch einen Wechsel von der Position des Behandelten zu der des Handelnden, des Akteurs. Erfahrungen mit gewaltfreier Aktion waren mir sehr dienlich. In dem Moment, in dem mit Hilfe der befreundeten Politik- und Friedensgruppen aus der Zelle heraus die Probleme im Gefängnis angegangen werden konnten, war der Psychodruck weg. Ich denke an die Flut von Hunderten und Tausenden Briefen mit verbotenen Inhalt („Aktion Brief- und Feilenflut“ als Demonstration gegen die schmerzliche Briefzensur). Ich denke an Mahnwachen und die „Aktion Mauerspecht“. Ich denke an die „Aktion Freigang“, bei der Gruppen von außerhalb für fast jeden Hafttag Freigang beantragten. Leider sind solche Aktivitäten das Privileg von organisierten politischen Gefangenen mit vielen Außenkontakten. Leider werden unsere unmenschlichen Gefängnisse von einem Großteil der Bevölkerung für unverzichtbar gehalten, um die Gesellschaft vor „Verbrechern“ zu schützen. Leider kenne ich momentan keine definitive Lösung des Problems. Trotzdem heißt Gefängnis erlebt zu haben gegen Gefängnisse zu kämpfen.

Gerhard Scherer ist Musiker und Musiklehrer. 1987 brach er seinen Zivildienst nach neun Monaten ab. Dafür wurde er 1988 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Inhaftierung erfolgte 1990 nach vielen spektakulären gewaltfreien Aktionen. Er wurde von Berlin nach Rottenburg verfrachtet. Seine Haft war von ständigen Protesten und Aktionen innerhalb und außerhalb des Knastes Rottenburg begleitet. Deshalb wurde er nach viereinhalb Monaten vorzeitig auf Bewährung entlassen. Heute lebt er in Berlin.

Bücher zum Thema

EKD: Strafe: Tor zur Versöhnung? Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Strafvollzug. Gütersloher Verlagshaus. 1990

Herman Bianchi: Alternativen zur Strafjustiz. Biblische Gerechtigkeit, Freistätten, Täter-Opfer-Ausgleich. Kaiser/Grünwald-Verlag, München/Mainz, 1988

Bühler-Stysch/Menzel: Im Namen des Volkes? FriedenstäterInnen im Gefängnis. Weber, Zucht u. Co. Verlag, Kassel, 1988

Komitee für Grundrechte und Demokratie: Wider die lebenslange Freiheitsstrafe. Erfahrungen, Analysen, Konsequenzen aus menschenrechtlicher Sicht. Sensbachtal, 1990. Anschrift des Verlegers siehe unten.

Sonja Vack: Kleines Schwarzbuch Strafvollzug. Einige Erfahrungen und Beispiele über Würde und Menschenrechte aus dem alltäglichen Knast. Verleger: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal, Juli 1992

Alle Preise S. 29

So kann man schließlich
Zusammenfassend sagen, daß der Hingeschiedene
im Grunde genommen eigentlich gar nicht so übel war
und daß es deshalb irgendwo schon ganz schön
blöd ist, daß er gestorben ist.



Das kommt dabei raus, wenn man am Pfarrer spart.

Eine Begegnung in Israel

„Du kannst ja doch
nichts ändern“

In Jerusalem lernte unsere Autorin den 18jährigen Yonatan kennen. Er ist, wie alle jungen Männer und Frauen in Israel, wehrpflichtig. Aber Yonatan verweigerte den Kriegsdienst – und kam dafür ins Gefängnis.

Yonatan Ben-Efrat lebt mit seiner Familie im jüdischen Teil von Jerusalem. Seine Eltern, Roni und Jakob Ben-Efrat, sind bekannte Journalisten. Seine Mutter arbeitet u.a. für die Zeitschrift „CHALLENGE – A Magazine of the Israeli Left“, eine Zeitschrift, die sich hauptsächlich mit dem israelisch-arabischen Konflikt und den daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen befaßt. Jeden Freitag steht sie mit den 'Frauen in Schwarz' (1) auf einem Platz im Zentrum von Jerusalem. Sie hält ein Schild in der Hand mit der Aufschrift „End the Occupation“ (Schluß mit der Besetzung). 1988 wurde sie von einem israelischen Gericht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Yonatan Vater erhielt 18 Monate. Ihnen wurde vorgeworfen, Kontakte zur PLO zu unterhalten, was damals streng verboten war.

Yonatan ist ein kluger, eher stiller und nachdenklicher junger Mann. Die Zeit, als seine Eltern im Gefängnis waren, ist ihm lebhaft in Erinnerung. Kurz nach seinem 18. Geburtstag erhielt er seine Einberufung zum Militärdienst. Für ihn begann damit die härteste Zeit seines bisherigen Lebens. In Israel gibt es kein Recht auf Wehr- oder Kriegsdienstverweigerung. Der Militärdienst ist Pflicht für alle, auch für Mädchen (Männer 3 Jahre, plus Reservetübungen; Frauen 2 Jahre).

Wehrpflichtige im Kriegsdienst

Yonatan wurde zu einer kämpfenden Einheit einberufen. Das heißt, er sollte seinen Dienst in den besetzten Gebieten, Gaza oder Westjordanland, ableisten. Aber Dienst in den besetzten Gebieten, das war für Yonatan klar, ist Kriegsdienst und was dieser Kriegsdienst für ihn bedeuten würde, davon hatte er nur zu genaue Vor-



„Happy new year, Yonatan“ – über Megafon versuchen Angehörige, Freundinnen und UnterstützerInnen von Gefangenen, von einem dem Gefängnis gegenüberliegenden Hügel aus, Grüße in die Zelle hinüberzurufen. Besuche sind nicht erlaubt, deshalb organisiert die Gruppe „Yesh Gvul“ solche Ausflüge.

Foto: L. Klug

stellungen: Ständig als Zeuge die Menschenrechtsverletzungen des israelischen Militärs mitanzusehen oder selbst daran beteiligt zu sein; palästinensische Familien aus ihren Häusern zu jagen, Häuser von Palästinensern unter fadenscheinigen Begründungen einzureißen; Gärten und Felder von Palästinensern zu zerstören, jahrhundertalte Olivenbäume aus der Erde zu reißen; steinewerfende Kinder festzunehmen, einzusperren und ohnmächtig mitanzusehen, wie sie von der Sicherheitspolizei gefoltert werden. Und immer wieder – so stand ihm vor Augen – würde er schießen müssen auf diese Halbwüchsigen, die verzweifelt versuchen, sich aufzulehnen gegen das Unrecht, das ihnen ständig angetan wird.

Da die ursprünglich gewaltfreie Intifada nicht zum Erfolg führte, greifen immer mehr Palästinenser erneut zur Gewalt. Radikale islamische Gruppen wie die brutalen 'Hamas' haben Zulauf. Sie schrecken auch vor Mord und Terroranschlägen nicht zurück.

Kein israelischer Soldat, der in den besetzten Gebieten Dienst tun muß, kann sich dem Teufelskreis der Gewalt entziehen. Jeder macht sich die Hände schmutzig. Viele werden die damit verbundenen Schuldgefühle nie mehr ganz los. Yonatan wußte, daß er in die Spirale aus Gewalt und Unrecht hineingezogen würde, bliebe er bei seiner Einheit. Aber es war ihm klar: Würde er sich weigern, würden sie ihn wahrscheinlich ins Gefängnis stecken. Und ein israelisches Militärgefängnis, das wußte er aus Berichten, ist kein Ort, an dem den Menschenrechten allzu große Bedeutung zugemessen wird.

Gewissenskonflikte

Die Entscheidung, vor der er stand, ist nicht zu vergleichen mit der Entscheidung in Deutschland, den Kriegsdienst zu verweigern. Israel ist ein Land im Krieg. Es ist eine Entscheidung für

oder gegen eine bewußte Verletzung geltenden Rechts, für oder gegen die Politik der israelischen Regierung, für oder gegen die Menschenrechte, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Vier Monate – so lange dauerte die Grundausbildung – blieb Yonatan bei der Truppe. Vier Monate lang kämpfte er mit sich selbst: Sollte er den Schritt tun und den Dienst verweigern? – Würde er stark genug sein, das durchzustehen? Eigentlich fühlte er sich zu jung, noch gar nicht richtig erwachsen. Oder sollte er einfach seinen Dienst tun wie die anderen auch, getreu dem Motto: Du kannst ja doch nichts ändern? – Aber würde er das aushalten? Oder würde er daran zerbrechen? Er wäre nicht der erste. Wie immer



er sich entscheiden würde, er wußte nicht, ob er die Kraft haben würde, durchzuhalten.

Eine Haftstrafe würde für seine Berufsausbildung, für sein späteres Leben in Israel schwerwiegende Nachteile bringen. Er wäre gezeichnet als Feigling und Drückeberger. Viele Türen würden für ihn verschlossen bleiben.

Nach 4 Monaten schließlich stand seine Entscheidung fest. Er teilte seinem Vorgesetzten mit, daß er nicht bereit sei, in den besetzten Gebieten seinen Militärdienst abzuleisten und bat um Versetzung in eine nicht kämpfende Einheit.

Das Militär ließ ihn schmoren: Keine Reaktion. Nach eineinhalb Wochen aber hielt es Yo-

natan nicht mehr aus. Er verließ die Truppe ohne Erlaubnis und ging nach Hause. Er rief den Oberkommandierenden seiner Einheit an und erklärte, so lange nicht zur Truppe zurückzukehren, bis eine Entscheidung über seinen Antrag getroffen sei. Zwei weitere Wochen rührte sich nichts. Schließlich ging er selbst zum Hauptquartier und verlangte den Oberkommandierenden zu sprechen. Er übergab ein Schreiben, in dem er seine Beweggründe darstellte.

Am nächsten Tag bereits wurde er zur Anhörung vor ein Militärtribunal geladen. Die Anhörung war eher eine Verurteilung. Die Offiziere

Für ein Recht auf KDV

Anfang Oktober habe ich mit Roni Ben-Efrat gesprochen. Sie hat beschlossen, an die Öffentlichkeit zu gehen und mit der Geschichte ihres Sohnes international auf die Probleme der israelischen Jugend im Zusammenhang mit der Besetzung Palästinas aufmerksam zu machen. Sie hofft, daß durch Druck der internationalen Öffentlichkeit den jungern Israelis geholfen werden kann und das Militär gezwungen wird, seine drakonische Praxis zu überprüfen. Vielleicht wird dann in naher Zukunft auch jungen Israelis das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zugestanden. (2)

Seit Beginn der Intifada, 1987, haben ca. 300 israelische Soldaten, meist Reservisten, den Dienst in den besetzten Gebieten verweigert. 14 Wehrpflichtige wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. „Die meisten 18jährigen,“ so Roni, „sind im Grunde noch nicht erwachsen. Sie sind psychisch noch nicht so gefestigt, daß sie sich den Mut und die Kraft zutrauen, sich allein gegen das allmächtige Militär zu stellen. Aber viele werden durch den brutalen Dienst in den besetzten Gebieten psychisch so geschädigt, daß sie nie damit fertig werden. Die Zahl der Selbstmorde unter den 18jährigen ist hoch.“ ■

Lilo Klug



Jugendliche Palästinenser werfen mit Steinen auf israelische Soldaten.

Foto: dpa

machten ihm klar, auf Soldaten wie ihn lege das Militär sowieso keinen Wert und verurteilten ihn zu 56 Tagen Haft in einem Militärgefängnis in der Nähe von Haifa. Normal sind 28 oder auch nur 14 Tage. Eine Begründung für die hohe Strafe wurde ihm nicht gegeben.

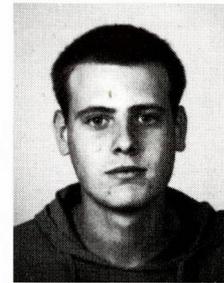
Am 13. September trat Yonatan seine Strafe an. Ich schreibe diesen Bericht Ende Oktober. Bald wird er aus dem Gefängnis entlassen. Wie wird es weitergehen? – Es gibt drei Möglichkeiten:

- Entweder er wird zu einer anderen kämpfenden Einheit versetzt und muß erneut eine Entscheidung treffen: Nachgeben, resignieren oder zurück ins Gefängnis. Dieses bössartige Spiel kann sich über die gesamte Dienstzeit mehrere Male wiederholen.
- Die zweite Möglichkeit wäre, daß das Militär seinem Antrag entspricht und ihn zu einer nicht kämpfenden Einheit versetzt.
- Die dritte ist die unehrenhafte Entlassung aus dem Militär mit allen negativen Folgen für sein späteres Leben.

Wie immer es ausgehen wird, Yonatan hat den Mut gehabt, sich dem Moloch Militär entgegenzustellen und ist bereit, die Konsequenzen zu tragen.

Palästinensische Frauen, die vor einem Gefangenlager darauf warten, ihre inhaftierten Söhne besuchen zu dürfen.

Foto: dpa



Yonatan Ben-Efrat

Nachtrag:
Kurz vor Redaktionsschluß konnten wir aus Israel den neuesten Stand der Dinge erfahren: Yonatan wurde nach 56 Tagen

aus dem Gefängnis entlassen und in eine andere Einheit nach Golan versetzt. Dort allerdings – so wurde ihm versprochen – werde er nur im waffenlosen Dienst eingesetzt. Angesichts der Probleme, die eine „unehrenhafte Entlassung“ aus der israelischen Armee mit sich bringt, hat sich Yonatan auf diesen Kompromiß eingelassen. W. Sch.

(1) „Frauen in Schwarz“ nennt sich eine Gruppe der israelischen Friedensbewegung. Jeden Freitag zwischen 13 und 14 Uhr stehen sie seit Beginn der Intifada auf einem Platz im Zentrum von Jerusalem. Alle sind schwarz gekleidet. Stumm hält jede eine schwarze Tafel in der Hand mit der Aufschrift: „End the Occupation“. Es gibt inzwischen 'Frauen in Schwarz' in über 30 Städten in Israel und es gibt Solidaritätsgruppen in Europa und USA. Die 'Frauen in Schwarz' erhielten 1991 den Aachener Friedenspreis.

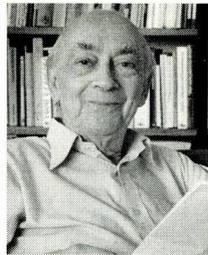
(2) UnterstützerInnen können sich (auf englisch) direkt an eine Gruppe von Reservisten wenden, die allesamt den Einsatz in den besetzten Gebieten verweigern. Die Gruppe nennt sich „Yesh Gvul“, was etwa soviel heißt wie „bis hierher und nicht weiter“ und ist zu erreichen über:

Yesh Gvul Tel Aviv 61047
PO Box 4172 Israel

Literatur zum Thema

Ari Shavit: Als Soldat im Lager Ansar 2 in Gaza (aus 'Al-Fajr')
David Grossman: Der gelbe Wind.
Felicia Langer: Die Zeit der Steine.
Sahar Kalifa: Der Feigenkaktus
Die Sonnenblume.





Walter Fabian (1902–1992)

Ein Leben für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit

Von Helmut Donat

„Friedenspolitik ist eine viel zu ernste Sache, als daß wir sie allein den Staatsmännern und Diplomaten überlassen dürften.“ Mit dieser Mahnung hat der am 15. Februar 1992 verstorbene jüdische Schriftsteller und Publizist Walter Fabian zugleich einen der wichtigsten Beweggründe seines Lebens umrissen. Von früher Jugend an engagierte er sich für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Fabian wurde am 24. August 1902 als Sohn eines Innenarchitekten und Musikpädagogen in Berlin geboren. Er besuchte das renommierte Charlottenburger Mommsen-Gymnasium. Früh wurde ihm die zerstörerische Wirkung von Haß und Gewalt bewußt. Die blutigen Schlachten des Ersten Weltkrieges erweckten den gerade Vierzehnjährigen aus dem nationalistischen Rausch. Leonhard Franks verbotene, gegen den Krieg gerichtete Novellensammlung „Der Mensch ist gut“ festigte ihn in der Überzeugung, das Massenmorden zu verurteilen. Zugleich setzte Fabian sich Woche für Woche mit Hellmut von Gerlachs „Welt am Montag“ auseinander, einem pazifistischen Blatt, dem es trotz der allmächtigen Militärensensur gelang, dem Weltkriegsgeschehen zwischen den Zeilen eine pazifistische Deutung zu geben. Es zeigte den Lesern, so Fabian, „was wirklich vom Krieg zu halten war und was geschehen mußte, um ihn endlich, endlich zu beenden“.

Anfang 1919 schloß Fabian sich der Friedensbewegung an. Er engagierte sich im Bund entschiedener Schulreformer, in der Deutschen Liga der Menschenrechte, in der Deutschen Friedensgesellschaft und im Pazifistischen Studentenbund, den er bis 1924 im Deutschen Friedenskartell vertrat. 1922 erschien seine Veröffentlichung „Die Friedensbewegung – Ein Handbuch der Weltfriedenströmung der Gegenwart“ (zusammen mit Kurt Lenz), eines der ersten und bedeutendsten Dokumentationswerke der internationalen Friedensbewegung (Neudruck 1985). Noch im selben Jahr organisierte er eine Solidaritätsaktion des Pazifistischen Studentenbundes für den Schriftsteller Ernst Toller, der wegen seines Engagements als Vertreter der bayerischen Räterepublik noch immer inhaftiert war; es gelang ihm, die Unterstützung u. a. von Albert Einstein, Thomas Mann und Alfred Kerr zu gewinnen.

Was wäre Deutschland erspart geblieben...?

An den Universitäten Freiburg, Berlin, Leipzig und Gießen studierte Fabian Pädagogik, Philosophie, Geschichte, Psychologie, Wirtschaftsgeographie und Nationalökonomie. Nach seiner Promotion über sein Vorbild Friedrich Wilhelm Foerster, den bedeutenden Pädagogen und Mentor der Friedensbewegung, wurde er Verlagslektor und Journalist bei der „Chemnitzer Volksstimme“ in Leipzig. Deutlich sah Fabian, wie das ideologische Fundament der Weimarer Republik durch die Propaganda von der Unschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg untergraben und das Revanchedenken gefördert wurde. Mit seiner Schrift „Die Kriegsschuldfrage – Grundsätzliches und

Tatsächliches zu ihrer Lösung“ (1925) wandte er sich dagegen, das Volk ideologisch im Kriegszustand festzuhalten sowie gegen die monarchistische Reaktion, die mit der Wahl Hindenburgs zum Präsidenten der Republik eine bedeutende Schlacht gewonnen hatte. Kein Geringerer als der Hamburger Historiker Fritz Fischer schrieb in seinem Nachwort zur Wiederveröffentlichung von Fabians „Kriegsschuldfrage“ (1985): „Daß ein junger, historisch gebildeter und politisch engagierter Publizist eine so fundierte und kritisch überlegte Darstellung der Kriegsschuldfrage schreiben konnte, verdient auch aus der Sicht der sechzig Jahre später Lebenden und Lesenden eine hohe Anerkennung. Was wäre Deutschland erspart geblieben, hätten damals seine Einsichten ein größeres Echo gefunden, das Volk als Ganzes... bewegt, hätte eine kritische Distanzierung zur Politik des Kaiserreichs... stattgefunden und zu Selbstbesinnung und Nüchternheit geführt!“

Redeverbot bei der SPD...

Fabians realistische Analysen zur Entwicklung der Weimarer Republik und seine Warnungen vor den Gefahren, die für den Frieden vom militaristischen und nationalistischen Deutschland ausgingen, fanden in seiner Partei kaum Resonanz. Seit 1924 Mitglied der SPD, gehörte er zu den Vertretern des entschieden pazifistischen Flügels der Partei, die den Frieden als fundamentale Bedingung sozialistischer Politik begriffen und sich den Traditionen der französischen und deutschen Aufklärung verpflichtet sa-

hen. In zahlreichen linksoppositionellen Vereinigungen der SPD und in ihren Publikationsorganen, vor allem in der von ihm seit Ende 1928 herausgegebenen Korrespondenz „Sozialistische Information“ kritisierte Fabian die Zustände der Partei gegenüber der mehr und mehr zum Objekt der materiellen und geistigen Kriegsvorbereitung werdenden Weimarer Republik. Wegen seiner pazifistischen Opposition in der Panzerkreuzerdebatte und in der Frage der Wehrhaftmachung der Republik erteilte ihm die Partei Redeverbot; bald danach schloß sie ihn aus.

Seit dem Reichstagsbrand lebte Fabian im Untergrund. Von August 1933 an hatte er die illegale Reichsleitung der SAP inne. Der drohenden Verhaftung durch die Gestapo entging er im Januar 1935 durch die Flucht in die Tschechoslowakei. Von hier ging er nach Paris. Während des Exils in Frankreich (bis 1942), danach in der Schweiz, organisierte er die Rettung politischer Flüchtlinge, deren Vertretung er ab 1945 repräsentierte.

...und Redeverbot in den „Amerika-Häusern“

Nach 1945 setzte er sich für den geistigen Wiederaufbau eines neuen Deutschlands ein. Als Referent für die „Amerika-Häuser“ und neu entstehenden Volkshochschulen bereiste er von Zürich aus sein zerstörtes Heimatland. Seine Kritik an der unheilvollen US-Politik in Südamerika führte 1954 dazu, daß er in „Amerika-Häusern“ keine Vorträge und Kurse mehr halten durfte. Von seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1957 an bis 1970 war Fabian Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, die er als intellektueller Exponent des linken Flügels innerhalb der DGB-Publizistik zu einer bedeutenden kritischen Kulturzeitschrift machte. In der Kampagne gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik war Fabian ebenso aktiv wie in der Ostermarsch-Bewegung. 1965 initiierte er mit Martin Niemöller die „Hilfsaktion Vietnam“, die den Vietnam-Krieg bekämpfte. Fabian trat für Kriegsdienstverweigerung ein und wandte sich gegen die Notstandsgesetzgebung. 1971 erhielt er die Carl-von-Ossietzky-Medaille. Für sein Bemühen um eine deutsch-polnische Aussöhnung verlieh ihm die Volksrepublik Polen den Orden für „Kulturelle Verdienste“.

Walter Fabian, der ein ausgesprochener Gegner von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit war, verband sein Eintreten für den Frieden stets mit dem Einsatz für menschliche Grundfreiheiten. An Ruhm und Karriere war ihm nicht gelegen. Er wollte ganz einfach Frieden und soziale Gerechtigkeit. Dafür hat er gelebt und gekämpft, beharrlich und ausdauernd – ein Vermächtnis, das uns keine Ruhe lassen sollte.



Donat Verlag

Titelblatt des Neudrucks von Fabian „Die Kriegsschuldfrage“ (1985).

Lit.: Walter Fabian: Mit sanfter Beharrlichkeit. Ausgewählte Aufsätze 1924-1991. Hrsg. von Anne-Marie Fabian und Detlef Henschke, Frankfurt/Main 1992, 220 S., (dipa-Verlag); Walter Fabian: Die Kriegsschuldfrage, Bremen 1985, 148 S., (Donat Verlag). Preise s. S. 29.

Über Worthülsenfabrikanten, Verteidigungs- technik und die ganz große Tötungslizenz

Rolf Winter: *Wer, zur Hölle, ist der Staat? Geständnisse, Fragen und Empörungen eines Pazifisten*, Rasch und Röhrling Verlag, Hamburg 1992, 240 S., Preis s.S. 29
Besprochen von Friedhelm Schneider

„Sachgemäß ist ausschließlich der präzise gezielte, ist der effektive, ist der Todesschuß; ich meine: Es ist schließlich Krieg, und in einem Krieg verplempert man keine Munition, denn Munition wird nicht aufwendig hergestellt, damit Soldaten Löcher in die Luft schießen, sondern tödliche Löcher in die Körper von Feindmenschchen.“

Kurz vor dem Kriegsende hat im Frühjahr 1945 der junge Rekrut Rolf Winter sein militärisches Lernziel erreicht und einen britischen Soldaten erschossen. Jahrzehnte später kehrte Winter, der es im Zivilleben (u. a. als Chefredakteur von „stern“ und „geo“) zum erfolgreichen Journalisten gebracht hat, an den Tatort in Ostfriesland zurück. Der Todesschuß von damals hat ihm keine Ruhe gelassen. („... ich sage: Ich war Soldat, und ich habe gemordet, und die Jungen müssen wissen, daß es sich lausig damit lebt...“). Winters Versuch einer persönlichen Vergangenheitsbewältigung verbindet sich mit der Sorge um eine Friedenspolitik, die diesen Namen verdient und wirksam verhindert, daß Bürger zu kriegsbereiten „Todespartnern“ und „Feindmenschchen“ gemacht werden. Da bleiben auch 1993 noch viele Fragen offen:

„Wir haben ja in der Bundesrepublik Deutschland die Todesstrafe abgeschafft, weil der Staat endlich begriff, daß selbst er nicht das Recht hat, menschliches Leben gewaltsam zu beenden. Aber wie paßt zu dieser späten Einsicht, daß der Staat ständig ein paar hunderttausend junge Männer lehrt, in seinem Namen menschliches Leben abzuschließen?“ – „Daß die reichen Staaten ihre bewaffneten Streitkräfte mit phantastischen Unsummen mästen, als wären sie heilige Kühe, während gleichzeitig in den armen Ländern der Dritten Welt an jedem Tag mehr als 40000 Kinder sterben, weil ihre Eltern keine 2.50 Mark haben, um lebenserhaltende Medikamente zu kaufen oder ihre Kinder anständig zu ernähren; ich meine: Wo, bitte, ist da die Vernunft?“ – „Daß Soldaten in ihren Kasernen zunehmend nach dem Sinn des an ihnen begangenen Zeitdiebstahls fragen und die Realpolitiker mit ihren wichtigen Mienen ihnen beschwichtigend erzählen, soldatische Existenz habe stets und insbesondere auch dann einen Sinn, wenn es momentan kei-

ROLF WINTER

WER, ZUR HÖLLE, IST DER STAAT?

GESTÄNDNISSE,
FRAGEN UND
EMPÖRUNGEN
EINES
PAZIFISTEN

RASCH UND RÖHRING

nen Feind gebe, auf den man anlegen und den Zeigefinger durchdrücken müsse; ich meine: Welchen Beweis ihrer Borniertheit müssen denn die Realpolitiker noch erbringen, ehe ein Volk sie zum Teufel jagt und den Staat menschlich macht?“ – „Wie kommen die Deutschen dazu, ihrem Staat zu gestatten, zum Europameister des Waffenexports zu werden, der er 1991 war?“

Statt sich zufriedenzugeben mit den „wortfeigen Umschreibungen“ der „Realpolitiker“, bringt Winter die Dinge auf den Punkt: Bewaffnete Streitkräfte sind für ihn nicht „friedensstabilisierende Kräfte“, sondern „Gewaltankündiger“ und „Völkerbedrohung“, „gewaltsamer Tod im Wartestand“. Und weil dem Staat, der „doch in Wahrheit bloß ein Stück Zufallsgeographie ist“, das Recht, Leben zu nehmen, nicht zukommt, deshalb sollten seine Repräsentanten „den potentiellen Tod und sein grausiges Gesicht“ nicht verdrängen dürfen: „Herr Dr. Kohl sollte jedesmal, wenn er anordnet, die Bundeswehr noch ein bißchen besser auszurüsten, gezwungen sein, mindestens eine Woche lang in einem städtischen Leichenschauhaus zu arbeiten, wo sie die Opfer der Gewalt lagern, die an Krieg erinnern. Und der forsche Verteidigungsminister Rühle sollte mindestens einmal im Jahr eine Woche lang gezwungen sein, Familien darüber zu informieren, daß eines ihrer Mitglieder starb, wie das in einem Krieg Routine ist. Und die fleißigen Händler mit „Verteidigungstechnik“ sollten mindestens einmal im Jahr eine Woche lang in einer Notaufnahme station eines Krankenhauses arbeiten müssen, wo sie die Schwerverletzten von unseren Straßen hereintragen...“

Rolf Winters „Fragen und Empörungen“ vermitteln Anstöße zum Weiterdenken, gerade weil sie einseitig Stellung beziehen und nicht bei unbestimmt-abstrakten Ausgewogenheitsbekundungen stehenbleiben. Da schreibt einer an gegen die scheinbare Normalität staatlich legitimer Gewaltbereitschaft, da empört sich ein Autor über Mißstände, die so auffällig viele Menschen bei uns unbeteiligt und kalt lassen.

Dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgend, finden sich auf dem deutschen Büchermarkt in jüngster Zeit wieder Titel, die dazu an-

„Mediation – Vermittlung in Konflikten“

„Mediation“ ist ein Verfahren zur Konfliktlösung, bei dem unparteiische Dritte als VermittlerInnen Hilfestellung leisten. Die MediatorInnen führen die Konfliktparteien durch einen Klärungsprozeß, der die KontrahentInnen befähigt, ihre eigenen Interessen und Gefühle zu erkennen, diejenigen der anderen zu verstehen und gemeinsam eine einvernehmliche Konfliktlösung zu finden. In den USA ist Mediation mittlerweile ein gebräuchliches Verfahren zur Konfliktlösung. In immer mehr Bereichen wird es mit Erfolg eingesetzt.

Dieses Handbuch von Christoph Besemer gibt auf 140 Seiten erstmals in deutscher Sprache eine umfassende und praxisorientierte Einführung in das Konzept der Mediation. Bezug: PAZIFIX – Materialversand Sonnhild und Ulli Thiel Alberichstr. 9, 7500 Karlsruhe 21

Friedenspädagogischer Medienservice

Alle verfügbaren Video- und 16-mm-Filme, Diaserien und Ausstellungen zu einem bestimmten friedensrelevanten Thema – das enthält jede Ausgabe des neuen „Friedenspädagogischen Medienservices“, den der Tübinger Verein für Friedenspädagogik eingerichtet hat. Die aufgelisteten Medien werden jeweils mit kurzen Besprechungen, Angaben zur Technik und zum Verleih vorgestellt. 12 Ausgaben (DIN-A5, 20-50 Seiten) sind bis Herbst 94 geplant. Der erste Band widmete sich den Themen KDV, Zivildienst, Freiwilliges soziales Jahr, Freiwillige Friedensdienste. Band 2, soeben erschienen, enthält alle ausleihbaren Medien zum Stichwort „Gewaltfreiheit“, Untertitel: „Ideen – Personen – Aktionen“.

Die Ausgaben können einzeln oder im Abo (Preise s. S. 29) bestellt werden bei: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen.

getan sind, einem Krieg durchaus positive Seiten abzugewinnen. Dazu bedarf es, so der Frankfurter Professor Karl Otto Hondrich, „der soziologischen Verfremdung des moralischen Blickes auf den Krieg“. Hondrich nimmt für sich „den Luxus des Unbeteiligtseins“ in Anspruch und würdigt den „Lehrmeister Krieg“ wegen seiner kollektiv-erzieherischen Wirkung. (K. O. Hondrich: Lehrmeister Krieg, rororo aktuell 13073, Reinbek 1992)

Als erzieherischen Fortschritt ganz anderer Art stelle ich mir vor, wie es wäre, wenn die literarischen Vertreter einer neuen Kriegsrechtfertigung ihre Produkte nur im Doppelpack zusammen mit Winters Plädoyer für eine „Empörung der Friedfertigkeit“ verkaufen dürften. ... Jedenfalls ist Rolf Winters anregender Aufregung über die Militanten und Gewaltbereiten – nicht nur in diesem Umfeld – eine weite Verbreitung zu wünschen.

P. S.: Als bemerkenswert bleibt nachzutragen, daß Winter sein Buch 151214 Personen widmet: einem befreundeten und einem „feindlichen“ Opfer des 2. Weltkriegs sowie „in Dankbarkeit“ den Kriegsdienstverweigerern des Golfkriegsjahres 1991... ■

Termine

Kirchentag

Unter dem Motto „Nehmet einander an“ wird vom 09.-13. Juni 1993 in München der 25. Deutsche Evangelische Kirchentag stattfinden. Die Veranstalter rechnen auch in diesem Jahr mit mehr als 100000 Besuchern aus allen Teilen Deutschlands und der ganzen Welt. Mehr als 300 Gruppen haben sich bereits für kommunikative Veranstaltungen angemeldet und auf dem berühmten „Markt der Möglichkeiten“ werden 630 Initiativen vertreten sein.

Auch wub wird sich am „Markt“ beteiligen und wie an den beiden Kirchentagen zuvor eine Auswahl der wub-Kunstpreis-Einsendungen der Öffentlichkeit präsentieren. Zivis können für die gesamte Dauer des Kirchentages Sonderurlaub beantragen (s. Leitfaden E5), desgleichen Beamte, Angestellte u. Arbeiter des Öffentlichen Dienstes, kirchliche Mitarbeiter und Soldaten. Schülerinnen und Schülern kann in allen Bundesländern Befreiung vom Unterricht gewährt werden.

Die Teilnahmegebühren für Zivis werden etwa 66,- Mark betragen, inkl. Quartier und Netzkarte. Dauer TeilnehmerInnen müssen sich vorher schriftlich anmelden, Anmelde-schluß ist der 15.03.93. Bei späterer Meldung ist ungewiß, ob man noch eine Karte bekommt.

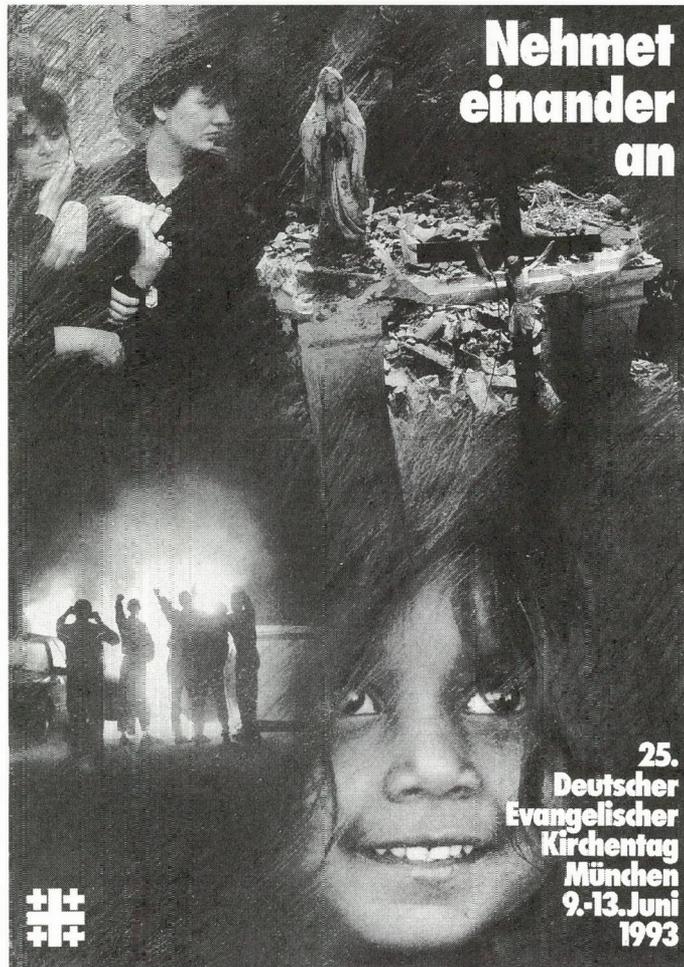
Deutscher Evangelischer Kirchentag, Zentrales Büro, Postfach 480, W-6400 Fulda, Tel. 06 61 / 60 10 91, Fax 60 73 10

15. Mai: BRD ohne Armee

Zum zweiten bundesweiten **Aktionstag** ruft die Arbeitsgruppe für eine **Bundesrepublik ohne Armee (BoA)** am 15. Mai, dem Internationalen Tag der KDV, auf. Wer sich an diesem Aktionstag vor Ort oder zusammen mit anderen Gruppen beteiligen will, der/die möge nähere Infos erfragen bei: AG BoA, c/o Christoph Besemer, Am Dorfbach 11, 7800 Freiburg

Phantastische Zeiten

Eine Art „kulturelles Experiment“ soll die Ausstellung und Ideenwerkstatt „Phantastische Zeiten“ werden, die von der Münchener Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik mit einer „Welturaufführung“ erstmals am 7. Juni geöffnet wird. Die Münchener Friedenspädagogen haben es sich mit ihrem Projekt zur Aufgabe gemacht, neue Blickwinkel und Betrachtungsweisen auf die Problem-



Das vierfarbige Plakat zum diesjährigen Kirchentag wurde von Joachim Jansong gestaltet.

bereiche Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Bis 31.7., also auch während des Kirchentages, werden die Phantastischen Zeiten in der Pasinger Fabrik (München-Pasing, August-Exter-Str. 1) zu sehen sein. Danach geht das Projekt auf Reisen: Sept. '93, Kiel; Nov. '93, Regensburg; März '94, Ulm; Sommer '94, Nürnberg; Herbst '94, Berlin.

Freiwilliges Ökojahr

Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 27 Jahren können sich künftig für ein freiwilliges ökologisches Jahr entscheiden. Dies sieht ein Gesetzentwurf vor, der vom Kabinett beschlossen wurde und im September '93 in Kraft treten soll. Nach dem Vorbild des Freiwilligen Sozialen Jahres, das seit 1964 besteht, wurden bereits in einigen Bundesländern seit 1988 Öko-Jahr-Modelle eingerichtet, die sehr großen Anklang fanden. Dabei waren mehr als 90 Prozent der Freiwilligen Frauen.

Nehmet einander an

25.
Deutscher
Evangelischer
Kirchentag
München
9.-13. Juni
1993

Mitmachen

Erkunden, begegnen, lernen

So lautet der Titel des neuesten Seminarprogramms des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks, IBB. Im Angebot sind zahlreiche Seminare in west- und osteuropäischen Ländern, wobei die Themenpalette sehr weit gestreut ist: Fotographie in Italien; die Lebensbedingungen der Kinder von Tschernobyl; Radtour durch Lettland; Arbeit gegen Rassismus in den Niederlanden...

Programmbestellung an: IBB e.V., Reinaldistr. 2-4, 4600 Dortmund.

Friedensdienst sucht Freiwillige

Freiwillige, die die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in den Lagern von Kroatien verbessern helfen, sucht der Christliche Friedensdienst (cfd). In Zusammenarbeit mit der „Anti-War-Campaign“, einer Friedensorganisation aus Zagreb, versuchen die HelferInnen des cfd, die notwendigsten sanitären Einrichtungen zu schaffen. Besonders gefragt ist medizinisches (Hilfs-)Personal wie Ärzte, Pfleger, Schwestern, Ret-

tungssanitäter, Medizinstudenten. Es werden aber auch Leute mit handwerklichen Fähigkeiten gesucht. Personen ab 20 Jahren, die für mindestens 3 Wochen nach Kroatien fahren können, melden sich bitte bei: cfd, Rendelerstr. 9-11, 6000 Frankfurt 60, oder: Pax Christi, Feststr. 9, W-6368 Bad Vilbel

Informationen für Kriegsdienstverweigerer

Ein Plakat mit den wichtigsten Infos über das Grundrecht auf KDV, das Anerkennungsverfahren, den Zivildienst und den Freiwilligendienst im Ausland gibt es gegen DM 1,- in Briefmarken bei der EAK in Bremen. Das Plakat sollte überall dort hängen, wo viele Jugendliche ein- und ausgehen.

Bezug: Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer (EAK), Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1

Information für Kriege

wenn Du

18 Jahre alt bist, zum 12-monatigen **KD** zu max. 9 Monaten **KD** zum „unbeschränkten“ nach dem 60. Geburtstag

wenn Du

militärische Gewalt **ablehnen** sie mit Deiner religiösen **Überzeugung** vereinbaren ist, dann **niemand darf** der Waffe gezwungen

wenn Du

Deinen Kriegsdienst **satzamt** stellst, **bevor** **dienst erhalten hast** (Lebenslauf, Begründung einer schriftlichen **Position** kann es zu **ein**

wenn Du

dann als Kriegsdienst **Du** anstelle des Wehr **im sozialen Bereich** **sind** im Pflege- und **als Hausmeister, Fahrer** **Rechtzeitig** geäußert **Regel** berücksichtigt.

wenn Du

anstelle des Zivildienst **leisten** möchtest (zur **formationen** bei der **e.V. (AGDF), Blücherst**

wenn Du

weitere Fragen hast **dienstverweigerungs** **Du** Dich an einen **kirch** **Kriegsdienstverweiger** **Pfarrämtern**.

TeamerInnen für internationale Workcamps gesucht

Politisch interessierte junge Menschen, die an internationaler Jugendarbeit interessiert sind, sucht der Service Civil International, sci. Für 2-3wöchige internationale Sommerworkcamps 1993 in der Bundesrepublik werden noch TeamerInnen gebraucht. Workcamps finden statt in den Bereichen: Ökologie, Antifaschismus, Antirassismus und Frieden, Solidaritätsarbeit, Frauenarbeit, Soziale Initiativen/Selbsthilfegruppen. TeamerInnen werden in einem Ausbildungsseminar auf ihre Tätigkeit vorbereitet und erhalten 200 DM Honorar. Die Mitarbeit kann als 10wöchiges Praktikum bescheinigt werden! Interessierte können sofort weitere Informationen sowie - gegen DM 3,50 in Briefmarken - das neue sci-Sommerprogramm mit über 500 Workcamps in 60 Ländern anfordern bei: Service Civil International, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1.



Noch bestehen Überlebenschancen: Die Mönchsrobbe im Mittelmeer. Foto: Terraqua

Hoffnungsvolles

Friedenserziehung

„... Es ist Ziel der Friedenserziehung, mit den Kindern und Jugendlichen die Fähigkeit zum toleranten und gewaltfreien Umgang zu entwickeln. Dazu gehört auch die Entwicklung von Selbstbewusstsein, um anbefohlenen Gehorsam ablehnen zu können und die eigene Gewissensentscheidung zum Maßstab des Handelns zu machen.“

So lautet eine der „Leitlinien“ für die Friedenserziehung in den Schulen Brandenburgs. Bereits im Sommer des vergangenen Jahres wurden die Leitlinien allen staatlichen Schulämtern des Landes Brandenburg bekannt gegeben. Dort heißt es z. B. auch: „Eine der zentralen Forderungen des Herbstes 1989 war die Entmilitarisierung des Denkens und der Sprache. Diese Forderung schließt die Verpflichtung zu gewaltfreien Lösungen von Interessengegensätzen und Konflikten ein. (...) Nicht zuletzt ist das Bemühen, Kinder und Jugendliche zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung zu erziehen, nur vor dem Hintergrund konkreter politischer Friedens- und Abrüstungsschritte glaubhaft.“

Den Robben eine Chance

Ein Projekt zum Schutz der Mönchsrobbe und ihres Lebensraumes im Mittelmeer hat die „Stiftung Europäisches Naturerbe“ ins Leben gerufen. Die Mönchsrobbe, die einst an fast allen Küsten des Mittelmeerraumes beheimatet war, gilt heute als das seltenste Säugetier Europas. Nur noch etwa 400 Tiere leben in den Gewässern rund um die griechischen Inseln. Im Meeresnationalpark Nördliche Sporaden konnte jetzt die Stiftung Europäisches Naturerbe ein Naturschutzzentrum ein-

richten und in Zusammenarbeit mit den örtlichen Fischern erste Erfolge beim Robbenschutz verbuchen. Nähere Infos: Stiftung Europ. Naturerbe Gättingerstr. 19, 7760 Radolfzell

Was unser Recht betrifft

- Alle bisher erschienenen Recht-Infos von Reinhard Becker (19 Seiten insgesamt, vom „Beschwerderecht“ bis zur „Verschwiegenheitspflicht“, vom „Sonderurlaub“ bis zur „Arbeitslosenhilfe“ ...)
- einsortiert in einen praktischen Hefter
- plus Inhaltsverzeichnis
- plus treffende Karikaturen unseres Zeichners „Matz“
- plus viel Platz für das bequeme Einordnen zukünftiger Ausgaben
- plus Verpackung
- plus Porto
- ... das alles zum absolut gerechtfertigten Preis von DM 5,- in Briefmarken ist ab sofort zu bestellen bei: wub-Redaktion
Stichwort: Was unser Recht betrifft
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1
Alles was recht ist: Da muß man einfach zugreifen!



Dranbleiben! Mitreden!



Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschiedt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Bitte ausschneiden und senden an: Büro Pfarrer Helmut Schlüter · Vertrieb „was uns betrifft“ · Barbarossaplatz 4 · 5000 Köln 1

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. ... bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 12,- (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname) _____

(Straße, Hausnummer) _____

(PLZ, Ort) _____

(Datum, 1. Unterschrift) _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. oben) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift) _____

Ein Jahr wub für DM 12,-

sdienstverweigerer

ann Dich die Bundeswehr einberufen, undwehrdienst (bis zum 28. Geburtstag), Wehrübungen (bis zum 45. Geburtstag), Wehrdienst“ im Krieg (bis zum 31.12. tag).

wendung und -androhung ablehnt, weil n oder humanitären Überzeugung nicht zu kannst Du den Kriegsdienst verweigern, gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit werden“. (Art. 4 Abs. 3, Grundgesetz)

erweigerungsantrag an das Kreiswehr- Du den Einberufungsbescheid zum Wehr- dann werden Deine Antragsunterlagen (ng und polizeiliches Führungszeugnis) nur ifung unterzogen. Bei späterer Antrag- er mündlichen Gewissensprüfung kommen.

erweigerer staatlich anerkannt bist, mußt enstes einen Zivildienst (zur Zeit 15 Monate) leisten. Zwei Drittel der Zivildienstplätze reuungsbereich, der Rest sind Tätigkeiten r, in der Verwaltung und im Umweltschutz. e Einberufungswünsche werden in aller

es einen Freiwilligendienst im Ausland ab- eit mind. 17 Monate), erhältst Du nähere In- tionsgemeinschaft Dienst für den Frieden . 14, 5300 Bonn.

der Dich bei der Abfassung Deiner Kriegs- begründung beraten lassen willst, kannst lichen Berater oder Verfahrensbeistand für er wenden. Adressen gibt es bei allen



Von Ernst Elitz

Natürlich ist der Aufmarsch der Soldaten, die mit ihren Waffen Frieden schaffen und den Hungernden Hilfe bringen sollen, ein eindrucksvolles, ja zu Herzen gehendes Bild. Aber mit einer neuen Weltordnung, die Präsident Bush kurz vor seinem Abgang noch einmal beschwört, hat das nichts zu tun.

Diese Aktion, so notwendig sie aus humanitären Gründen ist, erinnert mich eher an die Geschichte vom Feuerwehrmann, der selber das Brandzeug herbeischafft, um dann für seinen unerschrockenen Einsatz Lob einzusammeln.

So ist das auch mit dieser Aktion neue Hoffnung. Wer hat denn Somalia und die vielen anderen Somalias auf dieser Welt mit den mörderischen Waffen vollgepumpt, die sich jetzt gegen die Elenden und Hungernden richten. Wer die Liste der größten Waffenlieferanten der Welt durchsieht, stößt dabei auf diejenigen, die jetzt mit der Fahne der Humanität in die Krisenregionen einziehen: auf die USA, die schon Saddam Hussein hochrüsteten und dann niederschlugen und auf die Franzosen, die andere Schreckensregime mit Waffen versorgten. Und auf die anderen, die jetzt Bravo rufen, z. B. auf die ehemals kommunistischen Staaten, die ihren noch immer verwendbaren Rüstungsschrott auch heute noch gegen Bares gewinnbringend in die Dritte Welt verscheben. Beihilfe zum Mord überall. Auch die Deutschen haben das ihre getan. Deutsche Gewehre sind noch immer ein Hit in Somalia, das sich nach dem Sturm auf die „Landshut“ militärischer Entwicklungshilfe aus Deutschland erfreuen konnte.

Brandstifter also spielen Feuerwehr. Schön – und sie loben sich für ihren selbstlosen humanitären Einsatz. Bosnien oder Liberia, Kambodscha oder Afghanistan, Mozambique oder der Kaukasus – das sind die anderen Brandherde auf dieser Welt, wo die internationalen Feuerwehrmänner gefragt sind.

Aber wie gesagt, mit neuer Weltordnung hat all das nichts zu tun. Die kann erst dann in Kraft treten, wenn die Waffenproduktion rapide gesenkt und der internationale Waffenhandel endgültig gestoppt wird. Und das will keiner so richtig, da hört man lauter faule Ausreden.

Und so beruhigen wir denn weiter unser Gewissen mit einer internationalen Feuerwehr, die weltweit Brände löscht, bei denen sie selber kräftig mitgezündelt hat.

UNO-Einsatz in Somalia

Wenn Brandstifter Feuerwehr spielen

(Kommentar von Ernst Elitz in den „Tagesthemen“, ARD, 08.12.92. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors)



Fotos: dpa



Betr.: Reaktion auf den Leserbrief „Ausgereizt“ von Jan Hansen in wub 4/92

Hallo Jan (und Freunde),

ich habe Deinen Brief in wub 4/92 gelesen und war danach irgendwie betroffen.

Auch ich bin kein gläubiger Christ und leiste meinen Zivildienst, weil ich es muß. Aber wenn ich nun auf die letzten 13 Monate zurückblicke (6 Monate Pflegedienst im Krankenhaus, ab dann Zivi in einem Behindertenkindergarten), dann stelle ich fest, daß mich diese Zeit geprägt hat. Klar hat es mich auch mal angereizt, aber der Spaß und das Zwischenmenschliche überwiegen.

Ich hab' den Zivildienst nicht als „kleineres Übel“ gegenüber der Bundeswehr gewählt, sondern aus Überzeugung. Für mich waren die letzten 13 Monate eine sehr wichtige Zeit, in der ich viele Erfahrungen gemacht habe, die in meine „Erfahrungskiste“ kommen, und somit alles andere als „Scheiß“ sind, wie Du Deinen Zivildienst bezeichnest.

Wenn für Dich Themen wie „Friedensmissionen“, „Hunger in der 3. Welt“ und „Altersfürsorge“ ausgereizt sind, weil vielfach diskutiert, dann blicke ich mich sorgenvoll um in dieser beschissenen, von Egoisten geprägten deutschen Gesellschaft und frage mich, wie sich etwas verändern soll, wenn schon junge Leute – wie Du – diese Themen am liebsten verdrängen.

Vielleicht hättest Du Deinen Zivildienst lieber im Pflegebereich machen sollen, als wie ich annehme, irgendeinen Schreibtischjob zu verrichten. Vielleicht würdest Du Dir dann mehr Gedanken über solche Themen machen...

Mit freundlichen Grüßen
Kai Pollmann, Freiburg

„Nehmt neue Themen auf“

Ich stimme dem Leserbrief von Jan Hansen in der wub-Ausgabe 4/92 in vielen Punkten zu. Endlich jemand, der seine Meinung mal sagt. Meistens übergehe ich die sicherlich wichtigen Artikel in eurer wub, denn sie sind für mich nur interessant, wenn ich in einer besonders melancholisch-nachdenklichen, wissensbegierigen Stimmung bin. Diese Artikel haben allerdings immer noch ihre Daseinsberechtigung in der wub. Denn welcher großenwahnstimmige Meinungsforscher kann von sich schon behaupten, er wisse alles über die merkwürdigen Lesegewohnheiten von Zivis?

Natürlich war es für mich und viele andere KDVer die bessere Alternative, Zivildienst zu leisten, anstatt 12 Monate sein Gehirn auszuschalten. Die Gründe für diese Entscheidung suchen viele, evtl. etwas naive Menschen, immer noch in z. T. veralteten Weltvorstellungen. Gibt es noch Menschen, die glauben, es gebe weit mehr als eine Million echter Pazifisten in Deutschland? Die wahren Beweggründe für die Ableistung eines Zivildienstes liegen da viel breitgefächelter. Die erste Überlegung vieler junger Männer ist nicht etwa „Werde ich Soldat oder KDVer?“, sondern: „15 Monate Zivildienst (ruhig etwas sinnvolles tun, oder möglichst wenig tun und sich durchmogeln) oder 12 Monate Gehirn abschalten (und 3 Monate durch den Schmutz kriechen), um möglichst schnell wieder Kohle zu verdienen?“

Jetzt möchte ich auf weitere mögliche Gründe zum Verweigern hinweisen:
– Ich kann mir meine Dienststelle aussuchen und



damit auch das, was ich tun möchte während dieser Zeit

– Ich kann mir den Ort meiner „Stationierung“ aussuchen

– Ich brauche mich nicht anbrüllen zu lassen

– Ich brauche keine unmöglichen Dienstzeiten auf mich zu nehmen...

Sicherlich sind noch völlig andere Faktoren wichtig. Ehrlich gesagt mag ich die meisten KDVer; und mir persönlich sind die letztlichen Beweggründe für die Kriegsdienstverweigerung scheißegal.

Ich möchte also nicht sagen „Macht weiter so, wub!“, sondern: Ergänzt Eure Zeitung einfach etwas! Nun ist konstruktive Kritik etwas sehr kompliziertes, aber ich versuchs mal: Neue Themen, wie z. B.

– „BW-Soldaten – sind es Christen?“

– Praktischer Umweltschutz, nicht immer nur Theorien.

– Ein paar Comics wären sicher toll

– Rechtsradikalismus bekämpfen!

– Müssen Schwule auch zum Bund oder Zivildienst leisten?

P. S.: Vorwort von Werner Schulz, wub 4/92 war toll – guter Mann.

Michael Urban, Soltau

Betr.: wub 4/92, „Pazifismus und Friedensbewegung in Deutschland“

Liebe wub-Redaktion,

schade finde ich es, daß in Eurem Bericht mit keinem Wort auf die Existenz der DFG-IDK, der Deutschen Friedensgesellschaft – Internationale der Kriegsdienstgegner, eingegangen wird. Diese Organisation ist zwar nur in Hamburg ansässig und zählt bloß etwa 120 Mitglieder, aber sie gehört ebenso dazu wie die DFG-VK und feiert mit ihr auch ihr 100jähriges Jubiläum als eine Nachfolgerin der DFG.

Die DFG-IDK ist also klein und daher vielen unbekannt. Sie wird deswegen von manchen Auto-

ren nicht genannt und für vernachlässigbar gehalten.

Ich möchte aber, daß wenigstens Ihr in der Redaktion von der Existenz der DFG-IDK unterrichtet seid und nicht dem Trugschluß aufsitzt, es gäbe nur die DFG-VK.

Viele Grüße und ein schönes, friedliches Neues Jahr für uns alle.

Christian Störger

Ann. d. Red.: Wir sind unserem Leser Christian Störger für seinen Hinweis dankbar und geben hier für alle Interessierten die Anschrift weiter: DFG-IDK

Jungfrauenenthal 375, 2000 Hamburg 13

Betr.: wub 3/92, Blickpunkt: „KDV in Ostdeutschland“ von Detlef Harland

Liebe Freunde von der wub,

der Umstand, daß die Wende-DDR das liberalste KDV-Recht hatte, ist vielleicht in nicht unbeträchtlichem Maße dem Umstand zu verdanken, daß ein Teil der Gruppen, die sich mit der Wehrpflicht befaßten, seit ca. 1986 radikalere Forderungen gestellt hatten, z. B. gleiche Dienstzeit, keine Gewissensprüfung...

Detlef Harland würde ich gerne fragen, woher er so genau weiß, daß es die „Kirchenleitung“ war, die „erwirkte...“, daß Totalverweigerer (nach 1985) nicht mehr mit einer Einberufung bedroht wurden.“ Ich denke, das ist eine verkürzte Sicht. Ein klarer Wissensstand wird sich vielleicht erst nach mühseligem Stasi-Aktenstudium herauskristallisieren. Aber klar ist schon jetzt, daß zu dieser „Patt-Situation“ nicht unwesentlich beitrug, daß zunehmend auch nichtkirchliche junge Männer aus unterschiedlichsten Motiven für sich eine Gefängnisstrafe statt Militärdienst in Kauf nahmen. Im Herbst 1985 waren über 60 für 4 Wochen inhaftiert, dann wurden die Einberufungsbefehle vom Verteidigungsminister Heinz Hoffmann zurückgezogen. Wenige Tage danach verstarb er. Es hatte massive Proteste seitens der Oppositionsgruppen, der Kirche und der transnationalen Friedensbewegung (Grüne, holländische Totalverweigerer...) gegeben. Außerdem stand das erste Abrüstungs-Treffen Breshnew-Reagan in Genf kurz bevor.

Ansonsten stellt der Artikel sehr wichtige Fragen. Gerold Hildebrand, Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer/innen, Berlin

Buchpreise:

Aus Gründen der Postordnung bringen wir die Preise für die vorgestellten Bücher hier:

Fabian:

Mit sanfter Beharrlichkeit	DM 20,-
Fabian: Kriegsschuldfrage	DM 14,-
Winter: Wer, zur Hölle, ist der Staat?	DM 29,80
Medienservice	DM 4,- bis DM 6,-
EKD-Denkschrift	DM 6,80
Bianchi: Alternativen	DM 25,-
Byhler-Stysch:	
Im Namen des Volkes?	DM 12,80
Wider die lebenslange Freiheitsstrafe	DM 12,-
Vack: Kleines Schwarzbuch	DM 6,-

RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

BADEN

- 12.04.–18.04.1993 Cim/CSFR (Nähe Prag): „Begegnung mit jungen Christen aus Osteuropa“
- 19.04.–23.04.1993 Neckarkirzimmern/Odenwald: „Zivis – die ‘anderen’ Männer“
- 8.05.–17.05.1993 Schwarzwald-Westweg von Pforzheim nach Basel: „Unterwegs mit Bibel und Rucksack“
- 1.06.–15.06.1993 Südfrankreich: „Gewaltfrei leben lernen – Begegnung mit französischen KDVern“ (Radtour)
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Vorholzstr. 7, W-7500 Karlsruhe, Tel. 0721/168-327

BAYERN

- 29.03.– 2.04.1993 Kastell-Windsor: „Das war mein Zivildienst – war das alles?“
- 19.04.–23.04.1993 Kattenhochstatt: „Zivis in Bewegung: Tanzende Bilder – Tanzendes Leben“
- 26.04.–30.04.1993 Neukirchen-Lautertal: „Grenzen entdecken – Grenzen überschreiten: Meditation, Selbsterfahrung, Körperarbeit und Naturerleben“
- 3.05.– 7.05.1993 Prackenfels: „Begegnung mit dem Leibhaftigen – Pantomime und Körpertheater“
- 24.05.–28.05.1993 Ellertshäuser See: „Begegnung Soldaten–ZDL“
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, W-8500 Nürnberg 40, Tel. 0911/4304-238

HANNOVER

- 29.03.– 2.04.1993 Obernkirchen: „Mediation – bewußt gewaltfrei leben lernen“
- 26.04.–30.04.1993 Spiekeroog: „Von der Würde des Lebens – Gentechnik und Ethik“
- 10.05.–15.05.1993 Radtour in Norddeutschland (Emslandlager): „Mit anderen Augen“
- 24.05.–28.05.1993 Spiekeroog: „Alter, Krankheit, Sterben“
- 7.06.–12.06.1993 München: „Friedensbewegung auf dem Kirchentag“
- 1.06.–12.06.1993 Rüstzeit in Larzac (Südfrankreich): „Erlebte Geschichte des gewaltfreien Widerstandes“ mit verbindlichem Vorbereitungstreffen im April.
Anmeldeformulare: Beauftragter der ev. luth. Landeskirche Hannover für KDV und ZDL im Amt für Gemeindedienst, Pastor Günther Reinboth, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/1241-468

HESSEN UND NASSAU

- 22.03.–26.03.1993 Höchst/Odw.: „Lernen aus der Geschichte“
- 25.06.– 6.07.1993 Polen/Höchst: „Die Zeugen der Vergangenheit sind unsere Zukunft. Deutsch-Polnische Begegnungsrüstzeit“
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Kiesstr. 18, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/44088

KURHESSEN-WALDECK

- 22.03.–26.03.1993 Kassel: „Ob – Dach – Los“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Lessingstraße 13, 3500 Kassel, Tel. 0561/107882

OLDENBURG

- 3.05.– 7.05.1993 Martinshof Rothenburg/Neisse: „Begegnung von ZDL“ Teilnehmerbeitrag DM 60,-
- 10.05.–14.05.1993 Naturfreundehaus Stenum: „Austausch und Perspektive“ Teilnehmerbeitrag DM 60,-
Anmeldeformulare: Rolf Karkmann, Haus Marienhude/Bildungsstätte für den ZD, Hohe Straße 42, 2872 Hude, Tel. 04408/539

NORDELBNIEN

- 29.03.– 2.04.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Ein gerechtes Wirtschaftssystem in der Welt – Ist das überhaupt denkbar?“
- 19.04.–23.04.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Lebensrichtige Ernährung – Was ist richtig?“
- 3.05.– 7.05.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Wachstum und Vergehen – Geburt und Tod in Religion und Philosophie“
- 10.05.–14.05.1993 Koppelsberg/Plöner See: „Ausländer raus“ – „Bleibe-recht für alle“ – Wanderungsbewegungen, – ihre Ursachen und Konsequenzen.
- 7.06.–11.06.1993 Husum: „Nordfriesisches Wattenmeer“ – Ökologische Erkundung mit dem Segelboot.
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/258881

PFALZ

- 26.04.–30.04.1993 Bad Dürkheim, Martin-Butzer-Haus: „Fremdenfeindlichkeit oder: Wer zündet Häuser an?“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 6720 Speyer, Tel. 06232/78238

RHEINLAND

- 3.05.– 7.05.1993 Solingen, Hackhauser Hof: „Meditation als Lebenshilfe“
- 19.04.–23.04.1993 Solingen, Hackhauser Hof: „Hoyerswerda, Hünxe, Rostock und kein Ende?“
- 21.06.–25.06.1993 Solingen, Hackhauser Hof: Thema offen
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Helmut Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/244696

KIRCHENPROVINZ SACHSEN

- 22.04.–25.04.1993 Wernigerode, Huberhaus: „Christsein in politischer Verantwortung für den Frieden“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV, Provinzialpfarrer Uwe Koch, Draesekeplatz 1, O-3024 Magdeburg, Tel. und Fax: 0391/5616698

WESTFALEN

- 15.03.–19.03.1993 Bielefeld: „Kabarett – mit Worten spielen“
- 22.03.–26.03.1993 Schwerte, Haus Villigst: „Lateinamerika – zwischen Kaffee und Kokain“
- 29.03.– 2.04.1993 Nordwalde: „Was hat mir der ZD gebracht?“
- 29.03.– 2.04.1993 Berchum: „Männer – Familie – Beziehungen“
- 19.04.–23.04.1993 Dortmund, Haus Husen: „Mime und Improvisationstheater“
- 19.04.–23.04.1993 Bielefeld, Haus Einschlingen: „Israel: KDV – (k)ein Thema?“
- 3.05.– 7.05.1993 Bosenholz bei Paderborn: „Körpererleben durch sportive Körpererfahrung und Ernährung“
- 14./15.–24.05.1993 Radfahrt entlang der deutsch-polnischen Grenze – Grenzländerfahrten
 Anmeldeschluß: 1.04.93
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Tel. 02304/755-230

WÜRTTEMBERG

- 19.04.–23.04.1993 Murrhardt bei Backnang: „Einfacher leben“, Rüstzeit auf einem Bioland-Hof.
- 3.05.– 7.05.1993 Tieringen bei Balingen: „Angst und Gewalt auf der Straße“
- 14.06.–20.06.1993 Sonderveranstaltung Straßburg: „Euro-Visionen“ oder „Euro-Alpträume“ – Begegnungsreise nach Straßburg
- 9.06.–13.06.1993 Sonderveranstaltung München: „Evangelischer Kirchentag“
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/6368149

GEDANKEN

Mit diesen Worten rechtfertigte Petrus vor dem Hohen Rat in Jerusalem, weshalb er und die anderen Apostel die Lehre Jesu trotz strengstem Verbot weiterverbreiteten. Die Autorität des höchsten jüdischen Gremiums hat Petrus damit nicht infrage gestellt, aber er hat klargemacht, daß es über allen religiösen und politischen Instanzen eine göttliche Autorität gibt: Einen Gott, der, wie Jesus verkündete, der liebende Vater aller Menschen ist, der das Heil für die ganze Schöpfung möchte. Diese frohe Botschaft gilt es bekanntzumachen, in Jerusalem und anderswo; an dieser Liebe gilt es, sein Leben zu orientieren.

„Gott mehr gehorchen als den Menschen“ — mit dieser Botschaft sind die Apostellernen aller Zeiten angeeckt bei den Inhabern religiöser, politischer und wirtschaftlicher Macht. Natürlich bedarf es auf allen Ebenen menschlichen Zusammenlebens der Absprachen, Ordnungen und Gesetze, wenn Chaos und Willkür verhindert werden sollen. Aber auch demokratisch zustandegekommene Regelungen sind nicht davor gefeit, unmenschliche Auswirkungen zu haben. Denken wir beispielsweise an die Asylpolitik, die immer mehr auf Abschottung hinausläuft; an die Energiepolitik, die der Verschwendung nicht entschieden genug wehrt und radioaktive Erblasten und Umweltzerstörung für künftige Generationen in Kauf nimmt; oder an die Sicherheitspolitik, die immer mehr zu einer Kriegsführungspolitik ausgebaut wird.

Gott mehr zu gehorchen als den Menschen, das heißt, daß wir in allem, was wir tun und lassen, die globalen Zusammenhänge mit berücksichtigen. Daß wir uns selbst kritisch befragen: Ist das, was ich tue, mit Gottes Heils-

willen für alle Menschen im Einklang? Wird darin deutlich, daß ich meinen Nächsten liebe wie mich selbst? Weil sie dem Gott des Lebens mehr gehorchen wollen als den mitunter lebensbedrohenden Gesetzen der Menschen, deshalb sind es immer wieder auch Christen, die als Bekenntnis ihres Glaubens gegen Kriegsvorbereitung, Umweltzerstörung und Mißachtung der Menschenrechte eintreten. Einer von ihnen war der Baptistenpfarrer Martin-Luther King, der mit vielen gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams für die Bürgerrechte der schwarzen Amerikaner kämpfte. Am 4. April ist es 25 Jahre her, daß er in Memphis ermordet wurde. In seiner letzten Ansprache am Tag zuvor wurde deutlich, daß dieses „Gott mehr gehorchen“ kein blinder Kadavergehorsam, sondern Ausdruck einer großen Hoffnung ist:

„Nun, ich weiß nicht, was jetzt geschehen wird. Schwierige Tage liegen vor uns. Aber das macht mir wirklich nichts aus. Denn ich bin auf dem Gipfel des Berges gewesen. Ich mache mir keine Sorgen. Wie jeder andere würde ich gerne lange leben. Langlebigkeit hat ihren Wert. Aber darum bin ich jetzt nicht besorgt. Ich möchte nur Gottes Willen tun. Er hat mir erlaubt, auf den Berg zu steigen. Und ich habe hinübergesehen. Ich habe das Gelobte Land gesehen. Vielleicht gelange ich nicht dorthin mit euch. Aber ihr sollt heute abend wissen, daß wir als ein Volk in das Gelobte Land gelangen werden. Und deshalb bin ich glücklich heute abend. Ich mache mir keine Sorgen wegen irgend etwas. Ich fürchte niemanden. Meine Augen haben die Herrlichkeit des kommenden Herrn gesehen.“

Theodor Ziegler * (Apostelgeschichte 5, 29; Jahreslosung 1993)

Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen *



wub

was uns betrifft

ART

Henri Rousseau „Der Krieg – Ritt der Zwietracht“



Henri Rousseau, „Der Krieg – Ritt der Zwietracht (La guerre – La chevauchée de la discorde)“ 1894.

Öl auf Leinwand, 113 x 193 cm. Paris, Musée Louvre.

Im Pariser Musée du Louvre hängt seit 1946 ein ungewöhnliches Bild: „Der Krieg – Ritt der Zwietracht“. Es stammt von einem der bedeutendsten Vertreter der sog. Naïven Malerei, dem Franzosen Henri Rousseau. Am Ende des 18. Jahrhunderts sind Rousseaus Bilder einzigartig in der europäischen Kunst. In der öffentlichen Meinung stießen seine Werke damals auf großes Unverständnis und zum ersten Mal ausgestellt wurden sie deshalb auch im „Horror-Museum“, einer Galerie für außergewöhnliche Kunstwerke, die es zu Rousseaus Zeit in Paris gab. Und dennoch: In seiner Schlichtheit inspirierte Rousseau die Kubisten und Surrealisten: „Er hat der Einfachheit den Weg geöffnet. Dieser Wert seiner Begabung ist uns der wichtigste.“ (Kandinsky) Zu seinem Freundeskreis und seinen Bewunderern gehörte eine ganze Generation radikaler Künstler wie etwa Paul Gauguin, Toulouse-Lautrec, Pissarro, Mallarmé, Strindberg oder Degas.

Rousseaus eigentlicher Beruf war Warenkontrolleur an einer Zollstelle in Paris, was ihm den Beinamen „Le Douanier“ eintrug. Wie so viele Künstler, die nach ihrem Tode Weltruf genießen, war Rousseau zu Lebzeiten ständig in Geldnot. Oft konnte er seine Miete nicht bezahlen und nicht selten spielte er an den belebten Straßenkreuzungen in Paris auf der Geige, um sich eine Mahlzeit zu sichern. Auch durch das Bemalen von Aushängeschildern für die Pariser Läden hielt er sich über Wasser. Aber selbst von dem wenigen, was er hatte, gab er noch an andere großzügig weiter: „Ich half den Ärmsten der Armen, beherbergte sie und gab ihnen zu essen. Ich verschaffte zwei oder drei Krüppeln Arbeit. So war ich bald bekannt als ein wohlthätiger Mensch.“ Am Ende seines Lebens mußte er auf Gemeindekosten beerdigt werden. Seinen Militärdienst leistete Henri Rousseau als Klarinetist beim 52. Infanterieregiment ab. 1870 wurde er als Reservist zum Krieg gegen Deutschland eingezogen, aber er hatte Glück und mußte nie an einem Gefecht teilnehmen.

Der „große Naive“ schrieb 1894 über sein wichtigstes Werk „Der Krieg“: „Schrecklich zieht er vorüber, überall Verzweiflung, Tränen und Trümmer hinterlassend.“ Unklar ist der Anlaß für dieses Bild.

War es die prophetische Vision des kommenden Weltkrieges, oder „inspiriert“ ihn Zeitungsberichte vom Krieg zwischen Japan und China?

Auf dem Gemälde sehen wir im weiblichen Reitersitz eine Kriegsfurie mit kindlich rosigem, maskenhaftem Gesicht und wehendem Haar, mit weißem zerfranstem Kleid, bereit, jederzeit vom Pferd zu springen. Sie hält die Kriegsflagge in der Linken, schwingt das Kampfschwert und galoppiert über die weißen nackten Körper der Gefallenen (unter ihnen wurde von Rousseau übrigens auch der erste Mann seiner Frau verewigt).

Es sei der „Geist des Krieges auf der sich sträubenden Horizontalen eines erschreckten Pferdes“ schreibt der Freund des Malers, der Schriftsteller Jary. Das schwarze Pferd erinnert an archaische Höhlenzeichnungen. Das Pferd, als altes Symbol für Krieg, gehört zu tiefenpsychologischen Bilderwelt und zum kollektiven Gedächtnis der Menschheit. Im alten Testament etwa ist das Pferd Symbol für rohe militärische Gewalt, für aggressive unkontrollierte Triebe. Im Bild herrschen starke schwarz-weiß Kontraste vor. Weiß ist in der Symbolsprache die Farbe des Todes und der Trauer, Schwarz symbolisiert Nacht, Vernichtung und Tod. Schwarze Raben, „Todesvögel“, reißen Fleischstücke aus den Körpern der Leblosen und Erstarren. Die Toten tragen keine Uniform, sind keine Soldaten, sondern einfach nackte, verwundbare Menschen. Das Pferd galoppiert vor einer dunklen, schweigenden Hügelkette über der gelbrote Wolken stehen. Sie lassen in der Ferne eine Feuersbrunst erahnen. Die Bäume mit hängenden Ästen stehen da wie in Trauer, sind entlaubt und weisen auf die schlimmen Zerstörungen der Natur hin, die jeder Krieg mit sich bringt. In allen Werken Rousseaus steckt die Sehnsucht nach einer friedlichen Welt. Das Bild „Der Krieg“ ist ein lautloser Aufschrei gegen das Grauen des Krieges, ein Friedensappell und eine Mahnung an den Betrachter. Es steht in der Tradition der Kriegsdarstellungen, die von Albrecht Dürers „Apokalyptischen Reitern“ bis zu Franz Stucks „Der Krieg“ reichen.

Harald Wagner